

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße auch herzlich die Damen und Herren, die die Presse vertreten und die Damen und Herren, die aus der Bürgerschaft heute dieser Sitzung beiwohnen.

Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschluß-fähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau Kollegin Monika Freimund und - da haben wir schon die erste Schwierigkeit - Herr GR Ing. Klaus Hoflehner, der entschuldigt ist, gemeldet. Ich bitte die F-Fraktion einen anderen Kollegen namhaft zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Toman. Einverstanden?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollegin Toman nimmt diese Funktion an. Ich bitte, das ins Protokoll einzufügen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich ihnen kundtun, daß wir auf dem Sektor der Gewerbeueuanmeldungen den positiven Trend, den wir seit '95 hatten, auch im Jahr '97 verzeichnen können.

Es hat hier 227 Gewerbeueuanmeldungen gegeben, 53 weitere Betriebsstätten wurden angemeldet. Wenn man die wegfallenden Betriebe wegrechnet, so können wir mit einem Nettozuwachs von 55 Gewerbebetrieben bzw. Gewerbeberechtigungen aufwarten. Das ist ein gutes Zeichen. Denn wenn man diesen Bereich über den Zeitraum '95, '96, '97 betrachtet, so haben wir netto in unserer Stadt nicht weniger als 287 zusätzliche Gewerbebetriebe bzw. selbständige Gewerbeberechtigte. Ein Hinweis auch darauf, daß offensichtlich die Standortqualität in Steyr eine gute ist, wir in diesem Bereich eine positive Entwicklung sehen und sich hier die Menschen Chancen ausrechnen, daß sie mit neuen Betriebsgründungen auch weiterkommen können.

Die Stadt Steyr präsentiert sich neuerdings auch mit einem eigenen Homepage im Internet. Wir sind damit in der Lage, Interessantes aus unserer Stadt, auch über Österreich hinaus, international kundzutun. Wir glauben, daß das ein attraktives Zusatzangebot ist, das in Zukunft von sehr vielen Menschen, auch aus privaten Bereichen, den Fir-men ohnehin, die Internetanschlüsse haben, angesprochen werden kann.

Wir können mitteilen, daß leider die Hausmüllmengen wieder steigend sind. Wir haben in den letzten 5 Jahren rückläufige Mengen gehabt, ab '97 wieder eine Steigerung. Es sind insgesamt 6.522 Tonnen Abfall von den Steyrer Haushalten abtrans-portiert worden, das sind 1100 LKW-Einzelfuhren. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber '96 um 3 % oder 200 Tonnen.

Das ist nicht sehr erfreulich, weil die Mülldeponie dadurch sehr belastet wird und natürlich die Zeit, die sie vorhalten wird, das Deponievolumen reduziert wird.

Erfreulich ist, daß auch beim Grünschnitt eine steigende Tendenz vorherrschend ist. Das ist deswegen günstig, weil es ein Ausweis dafür ist, daß die Steyrer den Müll sehr gut trennen.

Erfolgreich sind wir weiterhin im Tourismusbereich. Die letzten Zahlen für das Jahr 1997 liegen nunmehr vor. Wir haben hier ein Plus von 4,7 % bei den Übernachtungen und von 3,1 % bei den Ankünften zu verzeichnen.

Das Jahr '97 war das bisher erfolgreichste Jahr. Wir erwarten uns vom Jahr '98, also von diesem Jahr, eine weitere Steigerung, weil wir glauben, daß die Landesausstel-lung und die Initiativen, die hier in unserer Stadt auch gesetzt wurden, durch interessante Ausstellungsbeiträge im Reithofferhaus oder im Museum Arbeitswelt und bei BMW natürlich eine zusätzliche Belebung bringen werden.

Im Hinblick auf einen Dringlichkeitsantrag, der hier gerade vorgelegt wird, darf ich mitteilen, daß

auch aufgrund unserer Bemühungen der Herr LR DI. Haider ein Schreiben an mich gerichtet hat. Er teilt mit, daß er mit ÖBB-Generaldirektor Draxler die Vorhaben für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich vorgestellt hat. Leider wurden Äußerungen von Generaldirektor Draxler in bezug auf die Anbindung von Steyr an die Westbahn etwas mißverständlich wiedergegeben.

Dr. Draxler hat für die ÖBB abgelehnt, im Zuge des viergleisigen Ausbaues die Westbahn direkt über Steyr zu führen.

Nichtsdestotrotz halte ich eine Verbesserung der Verbindung zwischen Steyr und der Westbahn für erforderlich. Dies wurde auch von Generaldirektor Draxler nicht bestritten.

Haider schreibt, ich habe für das Jahr 1998 eine Reihe von Systemstudien zur Entwicklung und Überprüfung von Lösungsvorschlägen für Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Verkehr in Auftrag gegeben. Darunter befindet sich auch die Fragestellung, wie die Region Steyr besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen werden kann.

Er glaubt, daß er damit unserer Stadt und unseren Anliegen dienlich ist.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage entwickelt sich so, daß im Dezember 7,2 % Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Das ist um 0,8 Prozentpunkte weniger als gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Trotzdem beträgt die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen im Dezember 1997 2.955. Das ist eine um 11,4 % reduzierte Zahl gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres.

Ich möchte sie zu Tagesordnungspunkt 4 bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen für diese heutige GR-Sitzung mitgeliefert wurden, zur Kenntnis zu nehmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich mitteilen, daß die GAL-Fraktion mitgeteilt hat, daß der Antrag 6, der die Aussetzung von genmanipulierten Aussaaten und Mais untersagen soll, zurückgezogen wird, weil dieser mittlerweile auch auf Bundesebene zurückgezogen wurde.

Wenn sie damit einverstanden sind, dann werden wir diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung absetzen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister, ich habe in keinem Punkt des Stadtstatutes oder der Geschäftsordnung im Gemeinderat diesbezüglich einen Passus für diese Vorgangsweise gefunden. Kann man das vielleicht klären, wie jetzt formal vorzugehen ist?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man kann das schon klären. Wenn hier ein Antrag zur Debatte oder zur Abstimmung steht - ich versuche das zu klären - und dieser Antrag zurückgezogen wird, dann kann man ja über diesen Antrag nicht abstimmen lassen. Nicht wahr? Daher ist das eine Vorgangsweise, die praktikabel erscheint, wenn also die antragstellende Fraktion erklärt, daß wir diesen Tagesordnungspunkt eben nicht behandeln und von der Tagesordnung absetzen sollen. Wie soll man über einen Antrag debattieren, der nicht zur Debatte steht? Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich glaube, es geht auch darum, daß man eine Vorgangsweise entwickelt, die zweckmäßig ist, auch wenn das nicht im Statut genau vorgesehen ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann muß abgestimmt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, darum habe ich gefragt, ob dieser Vorgangsweise zugestimmt wird. Ich schlage vor, daß wir diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung absetzen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist der Meinung, daß über diesen Antrag, der zurückgezogen wurde, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
... trotzdem debattiert werden soll?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ist ja egal; er soll auf der Tagesordnung bleiben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Er soll auf der Tagesordnung bleiben?

Diskussion

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
5 Stimmen dagegen F. 2 Enthaltungen F (StR. Roman Eichhübl, GR Hans Payr-leithner). Der Antrag, diesen Tagesordnungspunkt Nr. 6 abzusetzen, ist mit Mehrheit angenommen. Mit der erforderlichen Mehrheit.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich mitteilen, daß ein

DRINGLICHKEITSANTRAG

vorliegt, und zwar gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr:

RESOLUTION

betreffend den Verkehrsdienstvertrag zwischen dem Land OÖ. und der ÖBB.

„An den Bürgermeister der Stadt Steyr. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr für die Sitzung des Gemeinderates am 22. Jänner 1998 nachstehenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

einzubringen:

Das Land OÖ. und die ÖBB führen derzeit Verhandlungen über einen sogenannten Verkehrsdienstvertrag, der in seiner endgültigen Fassung bereits im Februar 1998 unterzeichnet werden soll.

Eines der großen Defizite der Stadt bzw. der gesamten Region Steyr liegt in ihrer mangelhaften Anbindung an den Zentralraum, wodurch sich nicht nur Verkehrsprobleme, sondern auch wirtschaftliche und demographische Nachteile ergeben. Es liegt im Sinne einer zukunftsweisenden Entwicklung, die Stadt Steyr bzw. die gesamte Region aus ihrer verkehrspolitischen Randlage herauszulösen. Ein wesentlicher Mosaikstein dazu wäre die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs vom und zum Zentralraum, die in diesen Verkehrsdienstvertrag bzw. in Zusatzverträgen festgehalten werden sollte.

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr beantragen daher die Beschlußfassung über die nachstehende Resolution in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

betreffend den Verkehrsdienstevertrag zwischen dem Land OÖ. und der ÖBB.

An die oö. Landesregierung und die Österr. Bundesbahnen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Derzeit werden Verhandlungen über einen Verkehrsdienstevertrag zwischen dem Land OÖ. und der ÖBB geführt, wo es um die Sicherung des Nahverkehrs in Oberösterreich geht.

Die Steyrer Kommunalpolitiker wollen sich nicht damit abfinden, daß die Stadt Steyr bzw. die gesamte Region auf alle Ewigkeit in einer Randlage verharren sollen. Es geht hierbei nicht nur um das Setzen verkehrspolitischer Maßnahmen, sondern auch um die künftige wirtschaftliche und demographische Entwicklung Steyrs. Aus diesem Grund ist eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise nötig, die über die rein betriebswirtschaftliche der ÖBB hinausgeht.

Steyr ist nicht nur die drittgrößte oberösterreichische Stadt, sondern im Begriff eine noch bedeutendere wirtschaftliche und kulturelle Dimension zu entwickeln. So wird Steyr in Kürze zur Universitätsstadt (Sitz der Fernuniversität Hagen) seine touristische Bedeutung weiter ausbauen (vgl. Landesausstellung 1998) und aktive Betriebsansiedlungspolitik betreiben. Um diese positive Entwicklung voranzutreiben, ist allerdings die dafür nötige verkehrsmäßige Infrastruktur Grundvoraussetzung.

Folgende Punkte sollten daher - nach vorheriger Absprache mit Vertretern des Steyrer Gemeinderates - in den Verkehrsdienstevertrag bzw. in Zusatzverträgen Aufnahme finden, wobei die folgende Reihung keinen Prioritätencharakter aufweist, da sämtliche Maßnahmen zu einem bestmöglichen integrierten Verkehrskonzept beitragen sollen.

- Einsatz von City-Shuttles (Wendezuggarnituren) auf der Strecke Steyr - Linz - Steyr um eine Qualitätsverbesserung zu erreichen

- quantitative Erweiterung des Angebots
(im Hinblick auf den Berufs- als auch auf den Freizeitverkehr)

- Mitspracherecht der Steyrer Politiker bei Fahrplanänderungen

- Prüfung der baulichen Möglichkeiten, Steyr an das nationale bzw. internationale Verkehrsnetz anzubinden
(z.B. Anbindung an die Westbahn, selektiver zweigleisiger Ausbau der Strecke Steyr - St. Valentin ...)

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die oö. Landesregierung und die Österreichischen Bundesbahnen auf, gemeinsam alles zu unternehmen, um Steyr aus seiner verkehrspolitischen Randlage herauszulösen.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist ausreichend unterstützt. Es ist nunmehr darüber zu befinden, ob ihm die Dringlichkeit zuerkannt wird. Üblicherweise, wenn diese ausreichende Unterstützung vorhanden ist, behandeln wir solche Dringlichkeitsanträge am Ende der Tagesordnung.

Wenn sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind, bitte ich sie um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Dieser Punkt wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Wir kommen nunmehr, meine Damen und Herren, zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände. Ich gebe dazu den Vorsitz an die Kollegin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag beschäftigt sich mit einer Resolution an den OÖ. Landtag betreffend das „Landes- und Gemeindebezügegesetz 1998“ und hat folgenden Wortlaut:

Der oberösterreichische Landtag hat in seiner letzten Sitzung die Bezüge für die Landes- und Gemeindeebene neu geregelt. Dieser Vorschlag hat für die Gemeinderäte, die Stadträte, die Vizebürgermeister und für den Bürgermeister der Stadt Steyr zum Teil beträchtliche Erhöhungen bewirkt.

Demokratie und die Ausübung von öffentlichen Ämtern sind nicht zum Nulltarif möglich. Der Steyrer Gemeinderat bekennt sich zu einer leistungsgerechten und fairen Entlohnung. Der Gemeinderat begrüßt die Neuregelung der Pensionsbezüge. Nicht geregelt wurden jedoch die Parteisteuern und die Mehrfachbezüge. Der Vorschlag der Expertenkommission wurde vom zuständigen Ausschuß (Verfassungsausschuß) in 74 Positionen (ein Drittel der geregelten Bezüge) auf den Kopf gestellt. Entgegen dem Vorschlag der Experten haben ÖVP und SPÖ Erhöhungen von über 20 % beschlossen. In Steyr belasten diese signifikanten Erhöhungen (teilweise über 100 %) nicht nur das Gemeindebudget, sondern finden auch in der Bevölkerung nur wenig Verständnis.

1) Präs-5/98 Antrag gem. § 6 GOG der GAL-Gemeinderatsfraktion; Resolution an den oö. Landtag betreffend das „Landes- und Gemeindebezügegesetz 1998“

RESOLUTION

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Steyrer Gemeinderat richtet an den oö. Landtag folgende Resolution. Die unterzeichnenden Gemeinderäte stellen folgenden Antrag:

„Die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates fühlen sich von der neuen Bezügeordnung des Landes OÖ. übervorteilt. Die zum Teil extremen Erhöhungen sind für uns nicht nachvollziehbar.

Der Steyrer Gemeinderat fordert den oö. Landtag auf, die Bezüge für die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates in Abstimmung mit dem Steyrer Gemeinderat neu zu regeln.“

Unterzeichnet für den Fraktionsobmann der GAL Herr Kurt Apfelthaler und Herr GR Andreas Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt mir ein Abänderungsantrag für diesen Antrag vor und der lautet:

Liberales Forum

ABÄNDERUNGSANTRAG

gemäß § 9 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Liberalen Gemeinderatsfraktion zum Tagesordnungspunkt Nr. 5, Verhandlungsgegenstand Nr. 1 der GR-Sitzung vom 22. Jänner 1998:

Resolution an den oö. Landtag betreffend das Landes- und Gemeindebezügegesetz 1998.

Die im oberösterreichischen Landtag vertretenen Parteien kamen nach der Landtagswahl 1997

überein, für die Erstellung eines Gutachtens zur Festlegung der öö. Politikerbezüge eine Sachverständigenkommission einzusetzen. Der Arbeitsauftrag enthielt die Vorgabe, daß bei der Neufestlegung der öö. Politikerbezüge von der Bundesgehaltspyramide sowie von der Größe und Bedeutung sowie der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Oberösterreich auszugehen sei. Wichtig in diesem Zusammenhang sei auch die Vergleichbarkeit bzw. Nachvollziehbarkeit mit den Regelungen in den anderen Bundesländern. Zu einer Beauftragung, Leistungsparameter zu erstellen bzw. den Arbeitsaufwand zu eruieren, kam es leider nicht. Entgegen den vorliegenden Ergebnissen des Gutachtens wurden im zuständigen Verfassungsausschuß zahllose sachlich nicht nachvollziehbare Änderungen vorgenommen. So kam es bei einzelnen Funktionen zu Erhöhungen über den Vorschlag der Expertenkommission hinaus, bei anderen Funktionen wiederum zu Einschränkungen. Weiters kam es zu diversen Sonderregelungen. Diese Vorgehensweise trägt sicherlich nicht zur Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Gehaltspyramide bei der Bevölkerung bei!

Die quantitative Schwerpunktlegung der kommunalen Politikerbezüge auf den Stadtsenat kann nicht allein mit der Regierungsfunktion begründet werden und wirft die Frage nach einer fairen und gerechten Relation zwischen den einzelnen Funktionen auf.

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

Die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates wollen nicht akzeptieren, daß zuerst aus Objektivitätsgründen eine Expertenkommission für die Erstellung der sogenannten Gehaltspyramide für politische Mandatäre eingesetzt wird, deren Gutachten dann aber nahezu vollends ignoriert wird.

Der Steyrer Gemeinderat fordert den öö. Landtag daher auf, sachlich nicht gerechtfertigte Diskrepanzen zwischen dem Gutachten der Sachverständigenkommission und der tatsächlich erfolgten Neuregelung zu beseitigen, darüber hinaus Leistungs- und Aufwandspareparameter einzuführen sowie Doppelverrechnungen zu eliminieren.

Fraktionsobfrau GR Michaela Frech.

Meine Damen und Herren, wer meldet sich zu Wort? Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Präsidiums, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste! Wir bringen diese Resolution an den öö. Landtag aus zwei Gründen ein. 1. sieht dieses novellierte Landes- und Gemeindebezügegesetz in vielen Bereichen, insbesondere für die Stadt Steyr, enorme Erhöhungen der Bezüge vor, die eigentlich nicht der ursprüngliche Anlaß für eine Neuregelung auf Bundesebene waren und 2. weil wir glauben, daß wir mit dieser Resolution eine Debatte, eine Diskussion im Gemeinderat ermöglichen können, die bis jetzt nicht möglich war, da eben diese Bezugsnovellierung auch nicht im Kompetenzbereich des Gemeinderates gelegen ist, aber zuvor eben im Kompetenzbereich der Stadt war, da das letzte Bezügegesetz nicht wir, aber unsere Vorgänger noch auf Ebene des Gemeinderates beschlossen haben.

Zu Beginn möchte ich sagen, daß uns natürlich bekannt ist, daß dieses Gesetz bereits beschlossen worden ist, daß es mehrheitlich von SPÖ und ÖVP auf Landesebene beschlossen worden ist. Es gibt nur sehr beschränkte Möglichkeiten, daß dieses Gesetz auch noch geändert werden kann.

Wir wissen aber auch, daß viele Menschen von uns erwarten - und ich kann es nur für unsere Partei sagen - daß wir diese Diskussion hier führen und daß wir diese Bezugsregelung nicht ohne Debatte, ohne Diskussion und für uns auch nicht ohne Widerstand hinnehmen wollen.

Wir möchten uns und dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, Farbe zu bekennen, wie wir

tatsächlich zu diesen Bezugserhöhungen stehen.

Generell möchte ich sagen - und wie es auch im Antrag bereits formuliert ist -, daß es für uns keine demokratische Arbeit, keine Demokratie zum Nulltarif gibt. Wir glauben, daß politische Arbeit gerecht bewertet und gerecht entlohnt werden soll, weil politisches Engagement für alle Bevölkerungsschichten, für alle Berufsgruppen möglich sein soll. Und nicht nur für jene, die im Brotberuf die Zeit, die finanziellen Möglichkeiten etc. haben. Politische Arbeit muß belohnt und entlohnt werden. Es darf für uns aber nicht der wichtigste Parameter sein, politisch aktiv zu sein. Für uns ist es viel wichtiger, in die Politik zu gehen, weil man mitgestalten, weil man umgestalten will und nicht, weil man eine Entlohnung bekommt, die nicht schlecht ist.

Uns geht es einzig und allein um eine leistungsgerechte, transparente Entlohnung, die auch bei der Bevölkerung akzeptiert wird. Die wichtigsten Voraussetzungen für uns sind der Arbeitsumfang und der Verantwortungsbereich.

Nun zu diesem Gesetz. Das Positive an diesem Gesetz ist für mich, daß es nun ein einheitliches Schemata gibt, daß es nachvollziehbar ist, daß es in weiten Teilen auch transparent ist und daß die Präzessionsbestimmungen, die Pensionsregelungen vereinheitlicht worden sind und auch hier eine Nachvollziehbarkeit gegeben ist.

Leider überwiegen für uns aber die negativen Punkte. Der ursprüngliche Vorschlag der Expertenkommission, die von den Politikern eingesetzt worden ist und abhängig ein Gutachten erstellt hat, wurde von ÖVP und SPÖ auf Landesebene in nicht weniger als 74 Positionen geändert. Es stimmt, daß es für Steyr nicht so viele Änderungen gegeben hat, zumindest nach oben, sondern eher nach unten; das stimmt. Es hat diese Änderungen gegeben. Und es ist auch für mich ein Zeichen, wie man mit einer unabhängigen Kommission umgeht. Zuerst richtet man sie ein, dann geht die Politik daran und ändert diese Punkte im nachhinein. Es hat massiven Druck vom Gemeinde- und Städtebund gegeben, um alle Bezüge zu erhöhen. Bei der Bewertung wurde nicht auf regionale Unterschiede, nicht auf historische Traditionen, wie z.B. in Steyr, Rücksicht genommen. Es wurde auch nicht bedacht, daß diese Bezugsregelung keine zusätzlichen Budgetbelastungen bringen sollte. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Was vollkommen ausgegliedert worden ist, ist die Parteienfinanzierung - ich spreche hier die Parteisteuern an. Und es wurde uns außerdem ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der, zumindest mir bis jetzt, in verschiedenen Teilen, nicht vollständig zugegangen und es aber auch nicht möglich ist, ein vollständiges Exemplar zu bekommen.

Was heißt das jetzt nun für Steyr? Wie gesagt, es bringt eine zusätzliche Belastung von mind. 4 Mio. S. Es ist zwar für Steyr keine Katastrophe, aber das ist zumindest auch Geld, das wir nicht veranschlagt haben, und es sind finanzielle Mittel, die wir in anderen Bereichen - so glaube ich - viel sinnvoller anlegen könnten. Ich denke nur an den Kinderbetreuungs-, Sozial- oder auch Kulturbereich.

Dieses Gesetz bringt für alle Mandatäre, bis auf den Bürgermeister, eine Bezugserhöhung. Teilweise sind das Verdoppelungen, teilweise sind das auch Verdreifachungen. Insbesondere wirkt sich diese neue Bezugsregelung bei Mitgliedern des Stadtsenates aus. Die Bezüge der Stadträte werden in Zukunft von S 25.000,- auf S 55.000,- steigen und die Vizebürgermeister werden in Zukunft mit S 80.000,- entlohnt. Die einzige Kürzung im Stadtsenat betrifft den Bürgermeister, der nun S 145.000,- brutto im Monat bekommen wird.

Was uns an dem Gesetz besonders stört, ist die Regelung nach § 2 Abs. 6, wo steht, daß Mitglieder des Stadtsenates, wenn sie diese Funktion nebenberuflich ausüben, noch eine zusätzliche Entschädigung bekommen, wenn sie in ihrem Brotberuf, in ihrer hauptberuflichen Tätigkeit, einen Verdienstentgang haben. Das heißt, zu diesen S 55.000,- kommt auch noch dieser Verdienstentgang. Wie gesagt, bis auf den Bürgermeister wird alles erhöht.

Wenn man sich nun dieses Bürgermeistergehalt nun ansieht, muß man auch sagen, daß da unter

Umständen die Relationen auch nicht stimmen, denn unser Bürgermeister verdient jetzt weniger als der Vizebürgermeister in Linz. Wenn man sich dann ansieht, wie das bundesweit aussieht, so verdient z.B. der Bürgermeister in Graz nur S 155.000,-- im Vergleich zu Linz und Steyr, obwohl das eine Stadt ist - weil es immer nach dem Bevölkerungsschlüssel geht -, die immerhin um 200.000 Einwohner mehr als Steyr hat.

Alle diese Änderungen kommen für uns, ohne daß sich der Arbeitsaufwand, ohne daß sich der Verantwortungsbereich ändert. Und diese Änderung kommt auch, ohne daß es zumindest öffentlich Kritik von der Politik in Steyr gegeben hätte, daß wir zu schlecht entlohnt werden würden. Es hat niemals in den letzten Jahren öffentlich Kritik an der bisherigen Bezugsregelung gegeben.

Ich habe mir dann die Aussagen der einzelnen Politiker in den Medien angesehen, was sie zu der neuen Bezugsregelung sagen:

Bürgermeister Leithenmayr sagt: Ich werde jede Regelung akzeptieren.

Frau Vizebürgermeister Mach sagt: Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Höchstgrenzen bei Vizebürgermeistern und Stadträten ausgeschöpft werden.

Das war noch zu einem Zeitpunkt, wo noch relativ unklar war, ob diese Höchstgrenzen auch wirklich in dieser Höhe direkt umgesetzt werden müssen.

Vizebürgermeister Dr. Pfeil sagt: Für Vizebürgermeister soll es keine Erhöhung geben.

StR. Eichhübl: Bei Stadträten ist eine Anhebung in dieser Größenordnung nicht zu rechtfertigen.

Vizebürgermeister Tatzreiter: Ich bin nicht glücklich über diese Regelung.

StR. Mayrhofer: Die Relationen sind in Ordnung. Es ist die Frage, ob die Höhe der Stadtratsbezüge paßt.

Das sind eigentlich alles Argumente, die unsere Resolution, unser Ansinnen unterstützen.

Ich möchte noch auf 2 Punkte kommen, die mir in diesem Zusammenhang auch wichtig sind. 1. Diese 3 Vizebürgermeister, die wir nach wie vor haben und die uns auch von Landesebene sozusagen aufoktroziert wurden, dieses Thema ist leider bei dieser Regelung ausgeklammert worden. Ich denke mir, es wäre einen Anlauf wert, auch das wieder einmal zu diskutieren, denn ich glaube, daß wir in Steyr nur einen Vizebürgermeister brauchen. Und eben diese beiden Vizebürgermeister kosten uns im Monat S 80.000,--, obwohl z.B. Vizebürgermeister Tatzreiter dieses Gehalt in dieser Höhe nicht haben möchte, aber nun auch nicht die Möglichkeit hat, darauf zu verzichten, außer er spendet einen Teil davon freiwillig. Offiziell ist es nicht möglich.

Auf ein Spezifikum möchte ich auch noch eingehen, und zwar auf die Parteisteuern. Es wurde angeregt, daß auch die geregelt werden. Sie wurden nicht geregelt. Ich denke mir, wenn wir uns die Gründe für eine höhere Entlohnung anschauen und Steuerprogressionen bzw. Parteisteuern als Argumente gebracht werden, dann sind für mich die Parteisteuern kein Argument, denn Parteisteuern sind freiwillig, obwohl sie nicht freiwillig bezahlt werden, und Parteisteuern sind Entlohnungen, die nicht die Leistung oder den Arbeitsaufwand des Mandatars zugute kommen, sondern sie laufen direkt ins Parteisekretariat und erhalten dessen Infrastruktur. Das wird nicht nur von mir kritisiert, sondern auch von der Kommission, die sagt: Clubbeiträge und Parteisteuern sind als Bewertungskriterien ungeeignet, weil deren Höhe und Form ausschließlich Angelegenheiten zwischen Funktionsträgern und seiner Partei sind. Parteienfinanzierungen sind von der Entlohnung zu trennen. Dieselbe Kritik äußert übrigens auch der Rechnungshofpräsident, der sozusagen über dieser ganzen Bezugsregelung wachen sollte. Diese Parteisteuern können dann über das Steuerrecht am Jahresende zu 40 - 50 % über Werbungskosten zurückgefordert werden. Also für mich gilt das nicht als Argument.

Ich bitte alle Mitglieder des Gemeinderates, diese Resolution zu unterstützen. Ich glaube, das ist das mindeste, was wir machen können, um diese Diskussion für Steyr an den Landtag heranzutragen. Ich glaube, daß es möglich ist, auf einige Ungereimtheiten hinzuweisen. Ich denke mir, daß es auch möglich und ein gangbarer Weg wäre, daß für die Stadt Steyr diese Bezugsregelung nachverhandelt wird, und ich denke mir, daß diese Resolution auch ein Zeichen ist, daß es nicht immer so sein kann, daß die Landesebene mit Beschlüssen eine Mehrbelastung für die Gemeinden schafft. Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Payrleithner. Bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es wird heute sicher noch einige Wortmeldungen zu diesem Thema geben. Davon bin ich überzeugt. Ich möchte nur fürs erste ein paar Bemerkungen zu unseren Freunden von der GAL-Fraktion machen. Der Herr Kupfer ist ja noch nicht so lange im Gemeinderat tätig, daher kann er nicht wissen, daß es sehr wohl Diskussionen über die Politikerbezüge in Steyr auch in der vergangenen Legislaturperiode gegeben hat. Es hat nicht nur einen Antrag von unserer Fraktion betreffend den Bezug des Bürgermeisters gegeben, sondern es hat wiederholt von uns Diskussionsvorstöße in diese Richtung gegeben. Also das stimmt einmal nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es ist nie um Erhöhungen gegangen!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Die ganze Situation, die wir jetzt vorfinden und die verständlicherweise in der Bevölkerung für großen Unmut sorgt, ist natürlich auf eine Regelung zurückzuführen, die uns eigentlich die SPÖ vor Jahren schon eingebrockt hat, indem sie die Schere, die wir auch immer wieder kritisiert haben, so stark auseinandertriften hat lassen, indem sie den Bezug des Bürgermeisters exorbitant in die Höhe hat schnellen lassen und der ehemalige Bürgermeister - ich brauche ihn namentlich jetzt nicht erwähnen - seine eigenen Gemeinderäte, vor allem seine Stadträte, mehr oder weniger blöd sterben hat lassen, indem er sie in OÖ. auf den untersten Level hat stehenlassen und wir eine Situation vorgefunden haben, daß Stadträte in Steyr mit rd. S 25.000,- im Vergleich zu Wels weit unterbezahlt - wenn man diesen Begriff zulassen kann - waren. Und jetzt ist das von dieser Kommission angeglichen worden, wobei man fairerweise sagen muß, daß sogar jetzt im Vergleich zu Wels ein Stadtrat in Steyr noch immer weniger verdient wie vorher ein nebenberuflicher Stadtrat in Steyr. Das ist irgendwie eigenartig.

Trotzdem ist es natürlich verständlich, und wir teilen da schon die Sorgen jener, die in den letzten Jahren durch diverse Belastungspakete und Aktionen der Regierung, die ja diesbezüglich sehr erfinderisch war, den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zu ziehen, kein Verständnis hat, weil letzten Endes werden wir ja nur daran gemessen, was sich in Steyr abspielt, und da ist eine Erhöhung von S 25.000,- auf S 55.000,- und ähnliche Dinge für die Bevölkerung nicht verständlich. Da kann ich immer Vergleiche mit Wels usw. anfangen, dafür wird wahrscheinlich die Bevölkerung kein Verständnis haben.

Noch ein Wort zur GAL-Fraktion. Herr Kollege Apfelthaler; sie werden wahrscheinlich ein wenig Probleme bekommen. Jetzt haben sie sich gerade mit der Mehrheit so klass' zum Obmann vom Prüfungsausschuß wählen lassen, obwohl das ganz klar den Regeln des Statutes widerspricht und jetzt werden sie so untreu und fallen den Freunden gleich danach plötzlich in den Rücken. Ich weiß nicht, eine recht große Koalitionstreue haben sie da nicht. Es ist auch nicht ganz ehrlich, was sie hier ...

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ja was ist da nicht ehrlich?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... mit dieser Resolution betreiben. 1. wissen sie ganz genau, wie diese Resolution bei einer beschlossenen Sache im Landtag, die ja wir auch dort abgelehnt haben, in der Praxis dann aussehen wird. 2., wenn sie ehrlich sind und ein bißchen in sich gehen würden, Herr Kollege Apfelthaler, dann haben sie ja auch eine ganz schöne Gehaltserhöhung, nämlich von S 7.000,--, S 8.000,-- auf S 22.000,-- Clubobmann.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Nein, nein, nein!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sie sind, glaube ich, der letzte, der sich da von Herrn Kupfer vertreten läßt, weil sie selbst

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Herr Payrleithner, informieren sie sich einmal, bevor sie

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... doch ein schlechtes Gewissen haben ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

..., weil sie ein ganz schönes Körbergeld auf die Seite gabeln, indem sie ja dann in Zukunft S 22.000,-- verdienen werden. Ich bin auch überzeugt, daß sie ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler.

Ordnungsruf von Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr GR Payrleithner ist bitte am Wort.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... auch immer zur Verfügung gestanden sind und für diese Extrakosten, die da entstehen werden auch in Zukunft wieder mit einer zur Verfügung stehen werden. Also sie können sich da jetzt nicht aus der Affäre ziehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich weiß nicht, wie es ihnen bei der Vorbereitung zu dieser Gemeinderatssitzung ergangen ist. Für mich ist irgendwo eine wundersame Reise durch die Welt des „Wie mache ich mich wo schnellstmöglich klug“ entstanden.

Die erste Station war dieser erste Tagesordnungspunkt, und zwar deshalb, weil eigentlich bis dato die Bezügediskussion für uns auf Gemeindeebene nicht auf Fakten basiert hat, sondern eher über die Medien gelaufen ist und die Informationen - außer dem Gutachten der Sachverständigenkommission - kaum vorgelegt sind. Einfach auch deshalb, weil das Gesetz noch nicht veröffentlicht ist, das im Dezember im Landtag diesbezüglich beschlossen wurde und sich eben erst in der 8-wöchigen Begutachtungsphase durch den Bund befindet.

Über mühsame Umwege ist es dann gelungen, zu diesem gesamten Sachverständigengutachten zu kommen. Auch zu diesen Gesetzen, die im Landtag beschlossen wurden, und den diversen

Ausschußberichten.

Im Prinzip möchte ich festhalten, daß ich glaube, daß die Resolution zu diesen Bezügen im Prinzip zum falschen Zeitpunkt kommt und auch der falsche Ort ist. Der falsche Ort deshalb, weil die Zuständigkeit der Verfassungsausschuß des oö. Landtages war und sich die Parteien und auch die Grünen, die im Landtag vertreten sind - die Liberalen sind es leider nicht -, sich in diesem zuständigen Gremium für eine Änderung hätten stark machen sollen.

Weites gehe ich davon aus, daß die Erfahrung zeigt, daß Resolutionen nach einem bereits beschlossenen Gesetz sich eigentlich im Regelfall als wirkungslos erweisen. Das nur zu Beginn.

Auf der anderen Seite aber, nachdem dieser Antrag der Resolution eingebracht worden ist, möchte ich ein bißchen zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Aus diesem Grund gibt es eben meinerseits diesen Abänderungsantrag, und zwar allein deshalb; ich kann mich den Grünen sehr wohl anschließen, was das Ziel anbelangt, nur der Weg ist meines Erachtens ein anderer. In der Resolution der Grünen wird darauf eingegangen, daß der Steyrer Gemeinderat den Landtag auffordert, die Bezüge für die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates in Abstimmung mit dem Steyrer Gemeinderat neu zu regeln. Das würde bedeuten - durchgedacht -, daß wir uns selbst unsere Bezüge mit dem Land ausverhandeln. Und genau das war ja das Dilemma bisher, daß wir uns selbst unsere Bezüge mehr oder weniger beschlossen haben. Insofern begrüße ich es, daß es diese Sachverständigenkommission gegeben hat. Die Grundproblematik, die allerdings meines Erachtens entstanden ist, ist, daß man zuerst aus Objektivitätsgründen heraus durchaus richtig die Sachverständigenkommission beauftragt hat, daß aber dann der tatsächlich erfolgte Gesetzesentwurf bzw. der Beschluß im Landtag völlig anders gelautet hat und sachlich nicht gerechtfertigt erscheint. Und aus diesem Grund sollte man auf die Grundproblematik zurückkommen, und deshalb auch der Abänderungsantrag des Liberalen Forums, daß wir uns dafür aussprechen, daß wir es nicht akzeptieren wollen, daß man zuerst aus Objektivitätsgründen eine Expertenkommission einsetzt, sie dann aber, wenn sie dieses Gutachten erstellt hat, nahezu vollends ignoriert. Allerdings möchte ich nicht, daß wir uns selbst unsere Bezüge aushandeln, deshalb würde ich eher artikulieren und sie bitten, das auch zu unterstützen, daß es zu einer Beseitigung der sachlich nicht gerechtfertigten Diskrepanzen zwischen dem Sachverständigengutachten und dem tatsächlichen Landtagsbeschluß kommt, daß es darüber hinaus zu einer Neuregelung kommt, was Leistungs- und Aufwandsparameter anbelangt und daß auch die jetzt stattfindenden Doppelverrechnungen, die auch schon von den Grünen zitiert wurden, eliminiert werden. Weil es kann nicht sein, daß es zwar jetzt die Unterscheidung zwischen haupt- und nebenberuflichen Mandataren gibt, daß aber dann nebenberufliche Mandatare, die ohnedies bereits einen Bezug bekommen, ihren etwaigen Verdienstentgang gesondert abgerechnet bekommen. Das kann nicht sein.

Weiters ist es so, daß in der Neuregelung steht, und zwar im OÖ. Gemeindebezügegesetz 98 § 5, daß Organen, die ihre Funktion hauptberuflich ausüben und keinen Anspruch auf die Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit haben, dann bei Beendigung ihrer Funktionsausübung eine Fortzahlung der vollen monatlichen Bezüge unter anteilmäßiger Berücksichtigung der Sonderzahlungen auf max. 6 Monate gebührt. Das kann für uns bedeuten, daß nach dem Wechsel einer Periode wir zum einen den bestehenden Stadtsenat entlohnen müssen, zum anderen, wenn sich der Stadtsenat völlig geändert hat, 8 weiteren Mitgliedern ein halbes Jahr lang ihre Bezüge bezahlen müssen, was in den paar Millionen-Bereich hineingehen kann. Von diesen Punkten her würde ich sie ersuchen, diesem Abänderungsantrag, der diese Diskussion wieder auf eine sachliche Ebene zurückführt, zu unterstützen, wobei mir sehr wohl bewußt ist, daß diese Resolution nur die Wirkung haben kann, daß wir unser Unbehagen artikulieren. Groß ändern, wird sich dadurch höchstwahrscheinlich leider nichts mehr, aber wir würden zumindest artikulieren, daß wir diese Vorgehensweise nicht goutieren können.

Auf was ich auch noch hinweisen möchte, ist: Ursprünglich wurde immer damit argumentiert, daß die Tatsache, daß jetzt die Hälfte des Stadtsenates aus Bürgermeister besteht, es dadurch nicht zu einer Erhöhung der Gesamtbelastung kommen würde. Inzwischen mein Einwand bei der

konstituierenden Sitzung, da bin ich milde belächelt worden, da war ich die einzige, die gemeint hat, „na ja ist das wirklich so klar mit den Bezügen, daß uns, wenn wir jetzt einen 3. Vizebürgermeister haben, das nicht mehr kostet?“ Dann hat es geheißten, „nein, nein, so ist das nicht, weil der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter verzichtet lobenswerterweise auf seinen Vizebürgermeisterbezug.“ Nach der Neuregelung ist das nicht mehr möglich. Meine Bedenken damals sind vom Tisch gefegt worden. Ich war die einzige und bin damit übriggeblieben.

Weiters ist es so, die Grünen haben das bereits angesprochen, daß es natürlich durch diese neuen Bezüge zu einer ziemlich budgetären Belastung kommt, vor allem dann, wenn in Hinkunft sehr viele Stadtensatsmitglieder sich entschließen sollten, ihre Tätigkeit hauptberuflich auszuüben, weil dann wären wir nicht bei Mehrbelastungen von 4 Mio. S, sondern wahrscheinlich von 6 Mio. S. Aber ich möchte eigentlich nicht mit Zahlenspielerereien agieren. Ich halte es nicht für sinnvoll, sondern ich glaube, daß der Wert darauf gelegt werden müßte, daß die Relation zu den Funktionen stimmt und daß auch Aufwands- und Leistungsparameter eingeführt werden.

Ich würde sie bitten, diesen Abänderungsantrag der LIF-Fraktion zu unterstützen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht jetzt das Wort bitte? Herr Vizebürgermeister Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe erst abgewartet, wie die Koalition von Schwarz und Rot aus dem Landtag, sich hier über ihre Gemeinderäte vertreten, verhält. Bis jetzt gab es keine Wortmeldung. Offensichtlich sitzen sie alle mit Butter am Kopf da und schauen, daß dieser Tagesordnungspunkt möglichst rasch an ihnen vorbeigeht. So habe ich das Gefühl, weil bis jetzt hat man diesbezüglich von den beiden Fraktionen nichts gehört.

Ich finde es gut, daß wir uns hier im Gemeinderat, dank des Antrages, inhaltlich auseinandersetzen können, aber mehr als eine Redeübung wird es wahrscheinlich heute nicht werden.

Der öö. Landtag hat eben am 17. Dezember, ohne uns zu informieren, geschweige uns in die Verhandlungen einzubeziehen, über unsere Köpfe beschlossen, daß wir diese Gehälter, Pensionen zu akzeptieren haben. Das Schöne daran ist für einige Herrschaften, daß man auf diese Bezüge trotz Ankündigung nicht verzichten kann.

Zu den angesprochenen Pensionen. Es ist auch interessant, daß erstmalig die Politiker wiederum zu der privilegierten Kaste gehören werden und sie die Wahlmöglichkeit haben werden, sich entweder im neuen Pensionssystem für Politiker einschreiben zu lassen oder, wenn es für sie günstiger ist, im alten System weiter zu dienen. Das wäre also ein Wunschtraum für das - ich sage es jetzt unter Anführungszeichen - „gemeine“ Volk, daß jeder arbeitende Mensch in Österreich sich aussuchen kann, in welchem Pensionssystem er sein möchte.

Ich bin persönlich der Meinung, daß - außer für hauptberuflich tätige Politiker, aber auch hier müßte man diskutieren - man eine Regelung wie bei Selbständigen trifft, daß es für nebenberufliche Politiker eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß sie über ihre Pensionen selbst zu entscheiden und selbst dafür zu sorgen haben. Das ist überhaupt keine Frage. Daß man einen Nebenberuflichen mit einer Pension noch beglückt, und das nach 10 Jahren, das ist in der normalen Arbeitswelt auch nicht nachvollziehbar. Auch hier gab es andere Vorschläge der beiden Kommissionen, daß man die Politikerpensionen anders bewertet. Auch hier ist dieser Gesetzestext, der ja noch nicht Gesetzeskraft hat - meines Wissens liegt er noch beim Bund zur Begutachtung -, noch nicht gedruckt, noch nicht veröffentlicht ist, also ist noch nicht Gesetzeskraft. Es wird sich wahrscheinlich nicht mehr allzuviel daran ändern. Wir warten dann auch noch auf die Durchführungsbestimmungen, weil einige wesentliche Dinge sind ja noch offen bzw. nicht diskutiert. Unter anderem fehlen auch noch Regelungen für Pensionserhöhungen für die „Altpensionisten“ (ehemalige Politiker, die bereits in

Pension sind). Es fehlen aber auch Regelungen für bereits ausgeschiedene Politiker, die ihre Jahre voll haben, die aber aufgrund ihres Alters noch keinen Anspruch auf eine Pension haben. Auch hier haben wir diesbezüglich nichts in der Vorlage gefunden.

Was mir als Selbständiger besonders aufstößt, das ist die Bestimmung über die Haupt- und Nebenberuflichkeit. Es ist eine Soll-Bestimmung in einem Gesetz, das ist auch etwas merkwürdig, daß in einem Gesetz eine Soll-Bestimmung drinnen ist; das findet man sonst auch nirgends - ich habe in keinem Gesetz eine Soll-Bestimmung gefunden -, daß die Stadtsenatsmitglieder die Tätigkeit hauptberuflich machen sollen. Gleichzeitig klammern sie ihn aber, wenn das jemand hauptberuflich macht, von der weiteren Erwerbstätigkeit, die auf Gewinn ausgerichtet ist, aus. Das ist für mich eine klare Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, weil eine Hauptberuflichkeit bedingt meines Erachtens - von meinem Selbstverständnis her - ganz klar eine Nebenberuflichkeit. Ich glaube, daß diese Bestimmung beim Verfassungsgerichtshof nicht halten wird, wenn man das anklagt. Es hat bereits Bestrebungen gegeben, nicht in unserem politischen Lager, aber in OÖ. hat sich hier schon einer zu Wort gemeldet, der das auch bekämpfen möchte und sich nicht daran halten wird.

Es wird in Zukunft natürlich für Selbständige, Rechtsanwälte, Ärzte, die sich politisch betätigen wollen, dadurch sehr viel schlimmer, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie in eine Position gewählt werden, wo eine hauptberufliche Tätigkeit vorgeschrieben sein wird, daß sie absolut nichts mehr nebenberuflich machen. Das halte ich wirklich nicht für gut, und die Politiker werden in eine Richtung, in der Verteilungsmenge, gedrängt, daß nur mehr für Beamtete oder anderweitig Tätige - wie Gewerkschafter - die Bevölkerung vertreten wird. Man grenzt dadurch einen Teil der Bevölkerung aus - auch Wirtschaftstreibende sind von dieser Regelung mehr als massiv betroffen.

Bei nebenberuflicher Tätigkeit ist der Sonderfall, daß man hier wiederum trotz Erhöhung die Möglichkeit geschaffen hat, wenn nun jemand dann tatsächlich tätig wird, daß er zusätzlich zu seinem Einkommen - das ist ja keine Aufwandsentschädigung mehr - für eine nachweisliche Vertretung kassieren kann. Es ist auch hier die Bestimmung noch nicht da, wieviel, ob in der tatsächlichen Höhe, oder ob das nach dem Beruf vorausgegeben wird oder nach der Position, die er hat. Auch hier fehlen noch die weiteren Bestimmungen. Früher hat es diese Regelung für Gemeinderäte gegeben. Die ist jetzt nun für den einfachen Gemeinderat gefallen, aber dafür bekommt der Gemeinderat das Gehalt oder die Aufwandsentschädigung nur 12mal und ab dem Stadtsenat aufwärts 14mal im Jahr.

Die Gehaltssteigerungen, die teilweise massiv sind und bis zum Dreifachen des Gehaltes gehen - besonders im Stadtsenatsbereich - sind logisch nicht begründ- und auch nicht nachweisbar. Außerdem schweigen sich die Landespolitiker von SPÖ und ÖVP aus, warum sie entgegen den Vorschlägen der beiden Kommissionen, das heißt sowohl entgegen des Kommissionsvorschlages und der Leitung des Rechnungshofes als auch der Landesexpertenkommission, das Gehalt des Steyrer Bürgermeisters, das ja in allen Kommissionsvorschlägen mit Höchstgrenze S 130.000,- angegeben worden ist, nun auf S 145.000,- angehoben haben. Hier fehlt mir die Begründung dafür. Vielleicht können sie eine Begründung abgeben, Herr Bürgermeister Leithenmayr? Das Verhalten oder die Aussagen des Sprechers der Grünen sind interessant, daß er meint, der Herr Bürgermeister ist so arm und er ist der einzige Verlierer dieser Gehaltsdiskussion. Tatsache ist, daß in der oö. Expertenkommission wörtlich steht, daß, ohne es sachlich nachzuvollziehen, das Gehalt des Steyrer Bürgermeisters nach oben hin ausgerissen ist. So das Urteil der Experten über die Steyrer Politikergehälter.

Vielleicht noch zur Ergänzung der Wortmeldung des Herrn Kupfer oder zur besseren Information. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode zweimal die Gehaltsdiskussion, insbesondere um die Höhe des Steyrer Bürgermeisters, angezogen. Jeweils haben die Grünen für die Beibehaltung der vorangegangenen Höhe gestimmt.

Ein großer Punkt ist auch: Entgegen den Vorschlägen der Experten sind die Parteienfinanzierungen ausgeklammert worden und ein Wunsch von uns ist, das betrifft aber jetzt nur die Stadt Steyr, ich

sage es immer wieder, es gehört aber auch hier dazu, das können wir machen, daß im Budgetansatz des Haushaltsvoranschlages die Ausgaben für Politiker mit Pensionen und die Ausgaben für Personal mit Pensionen ersichtlich gemacht werden. Bis jetzt ist das in einem verbunden. Ich glaube, es wäre der Transparenz dienlich.

Zwischenruf von Herrn MD. Dr. Kurt Schmidl: „Nein!“

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist es, Herr Magistratsdirektor.

Ein Punkt noch; da gebe ich jetzt Herrn Apfelthaler, der einen Zwischenruf zu Herrn Payrleithner gemacht hat, recht. Es ist richtig, was Herr Apfelthaler sagt. Es war in den Kommissionsvorschlägen drinnen, daß es zwei zusätzliche Vergütungen gibt, die eine war für einen - so hat es geheißen: für den besonders qualifizierten Gemeinderat als Ausschußobmann, wenn ein besonders qualifizierter, einfacher Gemeinderat einen Ausschuß leitet, dann soll er ca. S 22.000,- bekommen und ein Clubobmann soll auch mit S 22.000,- entlohnt werden. So ist das in den Kommissionsvorschlägen gestanden. Diese Lösungen sind im Gesetzestext nicht enthalten.

Natürlich werde ich persönlich die vorliegende Resolution, auch in der abgeänderten Form der Frau Mag. Frech unterstützen. Ich denke, meine Fraktion wird das ebenfalls, auch in der abgeänderten Form tun. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl unser Fraktionsobmann Dr. Pfeil sehr ausführlich zu diesen vorliegenden Anträgen gesprochen hat, möchte ich als Betroffener, aus meiner Sicht ebenfalls, einige Anmerkungen dazu machen. Es kann durchaus sein, daß dort und da eine Wiederholung ist.

Zweifellos, meine Damen und Herren des Gemeinderates, hat der Antrag der GAL und der Abänderungsantrag der Frau Frech in bezug auf die Beschlußfassung einer Resolution im Zusammenhang eines Themas, das gerade in letzter Zeit in der Öffentlichkeit sehr stark und sehr emotional diskutiert wurde und die künftigen Politikerbezüge der Anwesenden hier in diesem Raum zum Inhalt hat, seine Berechtigung. Seine Berechtigung insofern, daß es wirklich niemandem erklärbar ist, und es versteht auch niemand, daß nunmehr künftighin ein Stadtrat einen derart überhöhten Bezug oder eine derart hohe Anhebung seines Bezuges erhalten soll.

Ebenso finden sich sehr viele Diskrepanzen in den Durchführungsbestimmungen. Ich darf nur einige hier herausgreifen. War es bisher einer nebenberuflichen Gemeinderätin oder einem Gemeinderat aus seiner beruflichen Tätigkeit heraus möglich, Verdienstentgänge geltend zu machen, so ist das in Zukunft nicht mehr möglich. Für die Stadträte aber, die einen noch sehr hohen Bezug bekommen sollen, hat man diese Möglichkeit neu geschaffen. Neu geschaffen. Das hat es bisher nicht gegeben, und das ist meiner Meinung nach einfach unerhört. Das müßte aus diesen Durchführungsbestimmungen heraus.

Als positiv betrachte ich, daß es erstmals in der Stadtgemeinde Steyr die Möglichkeit gibt, daß Mitglieder des Stadtsenates ihre Tätigkeit hauptberuflich ausüben können. Aber auch da finden sich Diskrepanzen bei der Beurteilung eines Berufstätigen, eines Arbeitnehmers in diesem Fall, und eines Unternehmers oder Freiberuflers.

Und ein besonderer Punkt, meine Damen und Herren, liegt nicht nur mir, sondern der gesamten freiheitlichen GR-Fraktion am Herzen, das ist die Pensionsregelung. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß gerade jetzt die Möglichkeit bestanden hätte, für nebenberufliche Stadträte - im Zusammenhang dieser Bezugserhöhung - diese Pensionsregelungen generell abzuschaffen.

Wir, meine Damen und Herren, haben bereits den ersten Schritt gesetzt. Jene, die schon länger im Gemeinderat sind, werden das noch wissen. Den ersten Schritt insofern gesetzt, als wir am Beginn der letzten oder der vorletzten Funktionsperiode des Gemeinderates einen Antrag eingebracht haben, der eine wirklich sehr unzählige Bestimmung abgeschafft hat, nämlich jene, daß es bis zu diesem Zeitpunkt möglich war, daß Stadtsenatsmitglieder, ohne auch nur einen einzigen Groschen an Beiträgen zu bezahlen, pensionsanspruchsberechtigt waren. Das war der erste Schritt, den wir damals in diese Richtung gesetzt haben.

Sie sehen also aufgrund meiner Ausführungen, habe ich sicherlich keine Probleme, beiden Anträgen die Zustimmung zu geben. Das ist natürlich vor der Abstimmung nicht möglich. Man wird vorerst den weitergehenden Antrag zur Abstimmung bringen, das ist der von Kollegin Mag. Frech, wobei ich allerdings anmerken möchte, obwohl es schon gesagt wurde, daß die GAL-Gemeinderatsfraktion sehr spät auf diesen Zug gesprungen ist. Wir haben ihre Zustimmung immer wieder bei derartigen Anträgen bis dato vermißt. Und ebenfalls Frau Frech, sie sind mir nicht ungehalten, wenn ich das jetzt hier sage, sie haben offensichtlich doch auch die Gelegenheit genützt, um auf dem Zug mitzufahren, nachdem bereits ein Antrag vorgelegen ist. Aber nochmals, in der Sache selbst werde ich natürlich dem weitergehenden Antrag die Unterstützung geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr GR Oberreiter.

GEMEINDERAT HELMUT OBERREITER:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist sicher sehr verlockend und natürlich auch schön, einen Antrag zu stellen und zu diskutieren, der mehr oder weniger beschlossen ist. Es ist eigentlich ganz klar, daß diese Sache sehr publikumswirksam und natürlich auch vor der Öffentlichkeit sehr schön zu diskutieren ist und natürlich dann im besonderen für diejenigen, die sich sowieso nichts davon erwarten können, ein schönes Image bringt.

Ich bin schon der Meinung, daß dieses Bezügegesetz eine sehr ernsthafte Meinung hat und eine sehr ernsthafte Grundlage. Es sind die wirtschaftlichen Bedingungen und vor allen Dingen auch die Bedingungen des öffentl. Dienstes, die die Grundlage bilden, und daher auch entsprechend so zu betrachten sind. Es ist ja nicht so, daß man über Jahre hinweg nur Politiker sucht und natürlich auch findet, die in irgendeiner Form um des Arbeitens willen und vielleicht auch von der eigenen Institution her diese Tätigkeit machen, sondern auch hier geht es darum, die entsprechende Abfindung und Anerkennung mit hineinzubringen.

Selbst der Antragsteller hat festgestellt, daß eine Korrektur nach unten hin gemacht wurde. Es ist ja nicht so, daß dieses Bezügegesetz in einer Nacht- und Nebelaktion beschlossen wurde, sondern es hat viele Diskussionen sowohl in den Gremien als auch in der Öffentlichkeit und in allen damit befaßten Institutionen gegeben, sodaß ich wirklich der Meinung bin, daß diese Diskussionen und vor allen Dingen die Antragstellung zu dem Punkt ein reines Lippenbekenntnis sind.

Ich gehe davon aus, daß die Anforderungen - speziell an den Stadtsenat, an die Bürgermeister, an die Frau Bürgermeisterin - sehr große sind. Und wenn man heute Quervergleiche mit der Wirtschaft zieht, so hat man diese Basis und diese Bezüge zu diskutieren, um auch entsprechend argumentieren zu können. Ich gehe davon aus, daß ein Management in einem Betrieb mit dem Management der Stadt ebenso vergleichbar ist, bei dem viele tausend Leute davon betroffen sind und von einer guten oder weniger guten Führung eines Stadtsenates auch entsprechend betroffen sind. Wenn man als Politik und als Bürger einer Stadt gute Politiker haben will, dann muß das auch entsprechend in der Bezahlung und in der Honorierung den Niederschlag finden.

Ich weiß nicht, ob sich die Vertreter der GAL so übervorteilt fühlen, wie sie in ihrem Antrag feststellen. Ich jedenfalls glaube, daß das sicherlich Schnee von gestern ist und denke, daß die Situation so ist, daß ich diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Zur Feststellung des Kollegen Eichhübl: Verdienstentschädigungen für Stadträte. Es ist immer die Frage, wieweit sie in Anspruch genommen werden. Das ist nicht nur eine politische, sondern meiner Meinung nach auch eine moralische Sache, und daher noch einmal, ich kann dem Antrag der GAL nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke dem Kollegen Oberreiter. Er hat recht, es ist wirklich eine moralische Sache. Man kann über etwas schimpfen, was beschlossen ist und dann nehmen. Wir haben das schon einmal gehört. Das ist etwas unglaublich. Man kann sich heute mit allem sehr in Szene setzen, was eine beschlossene Sache ist. Ich kann überall Kritik üben. Ich glaube, wir haben unsere Meinung geäußert, nur ist das jetzt per Gesetz beschlossen und wir wissen alle - und das ist ja bei den Wortmeldungen herausgekommen -, daß die Resolution keine Änderung bringen wird.

Der nächste zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste! Ich habe also einmal versucht, diesen Resolutionsantrag so zu lesen, wie ich ihn verstehe. Ich weiß nicht, warum sich der Steyrer Gemeinderat z.B. mit 74 Veränderungen mit dem Bezügegesetz befassen sollte, die angeblich alle nach oben gegangen sind, wenn sie in Steyr alle hinuntergegangen sind die - Regelungen von der Expertenkommission gesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt ja nicht ...

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Fast alle. Der Herr Bürgermeister ist kurz hinaufgegangen, dann ist der Stadtrat z.B. um S 10.000,-- und der nebenberufliche Vizebürgermeister auch um S 5.000,-- hinunternivelliert worden. Und die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates bekommen zwar in Zukunft S 14.500,--, aber dafür 12mal im Jahr; also auch eine gewisse Relativierung.

Ich denk mir, wir sollten uns schon auch mit den Dingen beschäftigen, die die Stadt Steyr betreffen. Daher ist es für mich nicht akzeptabel, werter Herr Kollege Kupfer, wenn ich hier eine Form der Unterstellung höre, daß wir alle miteinander Politik machen, um Geld zu verdienen. Eines muß ich schon sagen, wörtlich hast du gesagt: Politik wurde von dem einen oder andern auch gemacht, um Geld zu verdienen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das habe ich nicht gesagt!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Na selbstverständlich, deshalb habe ich das ja mitgeschrieben!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich habe gesagt, es kann nicht der alleinige Grund sein.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja eh! Das heißt, es wird suggeriert, daß es der Grund von den Gemeindepolitikern ist, daß sie hier herinnen sitzen, um Geld zu verdienen. Und da bin ich der Meinung, daß es viele Leute gibt

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist falsch verstanden worden!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ich habe das nicht falsch verstanden. Es läßt immer auch einen Gegenzug zu. Da möchte ich also schon sagen, und das kann ich von meiner Fraktion behaupten, daß die meisten schon mehr als 20 Jahre politische Funktionäre sind, wie sie da herinnen sitzen und Gemeindepolitik machen, und das erste Mal sozusagen in den Genuß einer Entschädigung kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist der sozialistische Weg.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das ist eine andere Sache. Ich sage nur, ich lasse mir so etwas nicht suggerieren.

Das zweite ist, daß z.B. diese Bestimmung, die vorher auch schon im Gesetz gestanden ist, daß der Verdienstentgang von der Gemeinde abgelöst werden muß, sozusagen beim Betrieb, weil das bekommt er ja nicht selbst, sondern das muß er ja an den Betrieb refundieren, wenn er vom Betrieb bezahlt wird. Das ist vorher schon dringestanden und ist jetzt wieder drinnen. Da kann man natürlich darüber diskutieren, ob es gescheit ist oder nicht, trotz einer Erhöhung der Bezüge.

Nur eines, Herr Dr. Pfeil, möchte ich schon dazusagen. Sie liegen falsch, wenn sie sagen, es können sich nur Gemeindepolitiker aussuchen, in welches Pensionssystem sie gehen. Wenn Pensionsreformen durchgeführt werden, gibt es Optionserklärungen. Und Optionserklärungen bedeuten, daß sie im alten System bleiben oder ins neue steigen können. Ich spreche da aus Erfahrung, weil ich bin beamtet. Und da möchte ihnen nur dazu sagen, Pensionsreformen bedeuten unter anderem, daß es also eine Optionsmöglichkeit gibt, auch bei den Bezügen und bei allen anderen möglichen Dingen auch, ob sie in das neue oder in das alte System gehen. Daher ist es nicht ganz richtig, wenn sie sagen, nur diese Möglichkeit haben Politiker. Wir haben hier ein Gesetzeswerk geschaffen - ich gebe schon zu, daß es vielleicht in der Öffentlichkeit nicht gut aussieht und ich selbst auch nicht gerade besonders glücklich mit diesen Erhöhungen war - nur eines muß man auch sagen, gerade von ihrer Fraktion, Herr Dr. Pfeil, und von der grünen Fraktion wurde immer Transparenz verlangt. Jetzt haben wir ein Gesetz, wo ein jeder auf „Hieb“ und „Stich“ hineinschauen kann, was er verdient, und jetzt ist es plötzlich nicht recht. Auf der anderen Seite hat gerade vorerst Herr GR Payrleithner bei seiner Wortmeldung gesagt, daß die Steyrer Mitglieder des Gemeinderates bzw. die Stadsenatsmitglieder eher zum minderbemittelten Kreis gehört haben. Jetzt, wo sie angehoben werden, angepaßt auch an die anderen Statutarstädte, jetzt darf man darüber schimpfen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke dem Kollegen Hauser. Nächster ist Herr StR. Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Herr Dr. Pfeil, das mit der „Butter am Kopf“, das sie erwähnt haben, klopfen sie sich selbst auf die Brust. Ich kann für unsere Fraktion schon behaupten und sagen, daß wir in der vergangenen Legislaturperiode nicht in der Situation waren, daß einige aus unseren Reihen sich einen Kasten für Gemeinderatsunterlagen und einen Anzug für die Gemeinderatssitzung gekauft haben und das wieder zurückgeben mußten. Also da brauchen wir nicht reden, wer Butter am Kopf hat. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Das ist eine alte Weisheit, und das sollen gerade sie ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Schmääh hat so einen Bart!

STADTRAT GERHARD BREMM:

... für sich in Anspruch nehmen. Das muß ich ihnen ganz ehrlich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn ihnen nicht mehr dazu einfällt?!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Und natürlich auch du, lieber Roman Eichhübl, ich habe mir heute schon gedacht, du hast so eine Schamröte im Gesicht, du hältst es schon gar nicht aus, das moralische Dings erdrückt dich ja, daß du jetzt mehr Geld bekommst.

Ich muß ehrlich sagen, meine Damen und Herren, diese Diskussion ist zum Teil schon sehr unmoralisch. Es wird hier so dargestellt, wie wenn die sozialdemokratischen Gemeinderäte und Stadtsenatsmitglieder und die ÖVP-Gemeinderäte und Stadtsenatsmitglieder nach Linz gepilgert wären und hier im Landhaus darum gebeten hätten, ob sie nicht ein bißchen mehr Geld bekommen könnten. Ich muß schon sagen, wenn wir eine Diskussion führen, dann sollten wir diese fair, offen und ehrlich führen. Ich glaube, es würde auch insgesamt der Politik besser und guttun, wenn hier ehrliche Diskussionen geführt werden würden. Die heutige hat schon sehr viel mit Populismus zu tun. Jeder geht heraus, redet locker vom Hocker, „ich halte es nicht aus, daß ich mehr Geld bekomme“, obwohl er weiß, daß er es nicht ändern kann. Das ist schon Populismus pur excellence und hat schon eine Grenze erreicht, die schon sehr bedenklich ist.

Ich glaube, wir sollten uns hier noch einmal in Erinnerung rufen, daß in Österreich eine massive Bezügediskussion stattgefunden hat, daß hier gerade die Öffentlichkeit auch über die Medien massiv kritisiert wurde, daß es eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene gibt. Diese Diskussion ist jetzt jahrelang geführt worden. Der Nationalrat hat eine unabhängige Kommission eingesetzt und es ist jetzt vom Bundespräsidenten über den Kanzler über den Nationalrat über alle Länder in Österreich und über alle Landtage in Österreich und über alle Gemeinden eine Bezügereform gemacht worden. Das ist Faktum. Und das ist jetzt das Ergebnis. Ob der eine oder andere damit ein Problem hat, das sei jedem wirklich freigestellt. Das ist keine Frage. Aber ich möchte da schon betont haben, daß nicht wir gegangen sind, um mehr zu bekommen. Jetzt ist die Reform beschlossen. Ich glaube auch, es ist Staatsbürgerpflicht und auch demokratische Pflicht, daß wir die beschlossenen Gesetze zur Kenntnis nehmen müssen. Wir haben bei der Angelobung hier den Eid darauf geschworen.

Und zu Frau Frech. Ich meine, es sind schon so die kleinen Dinge - nicht? -, welche Resolution zu spät gekommen ist. Also ihre ist auch nicht zu bald gekommen. Sie haben erst ihre eingebracht, als die Resolution der Grünen eingebracht wurde.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ihre ist genauso spät und ist genauso populistisch. Es ist zwar verständlich für die kleinen Oppositionsparteien, das gilt natürlich auch für die Grünen, daß sie hier versuchen, auf dieser Ebene - und über die Bezüge kann man natürlich immer diskutieren. Und wenn da angeführt wird: „gerecht bewerten“ und „gerecht entlohnen“. Wer bewertet denn das? Was ist denn gerecht? Bei den Bezügen und bei der Entlohnung wird es nie eine Gerechtigkeit geben. Ich weiß als Belegschaftsvertreter und Gewerkschafter davon ein Lied zu singen, daß es nie eine Gerechtigkeit geben wird. Bei den Bezügen ist alles relativ. Darum ist auch eine Kommission eingesetzt worden, die nach halbwegs objektiven Kriterien beurteilt hat.

Und noch einmal zu der Position, Herr Dr. Pfeil, daß hier in der vergangenen Periode über die Bezüge diskutiert worden ist. Natürlich, er hat eh gerne diskutiert. Und so manch andere haben auch immer gerne diskutiert. Aber nicht über die eigenen, sondern immer nur über die vom Bürgermeister. Darüber war immer schön diskutieren, weil es tut mir ja nicht weh, wenn der Bürgermeister Geld verliert. Die Diskussion hat er geführt. Er ist nie hergegangen und hat gesagt, er möchte weniger Geld haben. Das habe ich noch nie von Herrn Dr. Pfeil gehört, sondern er hat immer nur gesagt, daß der Herr Bürgermeister zuviel hat. Also diese Diskussion ist schon sehr populistisch.

Der Landtag hat das so beschlossen. Ich glaube, wir haben das so zur Kenntnis zu nehmen, und wir

werden diesen beiden Anträge natürlich unsere Zustimmung nicht geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke dem Herrn StR. Bremm. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Mayrhofer, bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste! Wir haben jetzt ein Paradebeispiel von Populismus erlebt. Seit einer 3/4 Stunde reden wir über etwas, was wir selbst nicht beeinflussen können. Es geht eben hier im Prinzip eigentlich nur um eine Geste. Wir bekommen ein Gesetz, das wir zu akzeptieren haben - wie das der Kollege Bremm richtig gesagt hat - und haben keine Entscheidungsmöglichkeit darüber. Ich glaube, daß es hier in diesem speziellen Fall auch sehr gut ist, daß wir nicht selbst entscheiden können, was wir bekommen. Wir alle und eigentlich die ganzen Österreicher haben sich über die verschiedenen Arten der Bezahlungen und auch über die Höhe der Politikerbezüge aufgeregt. Man hat eine Kommission eingesetzt. Eine Kommission übrigens, wo, wenn sie von OÖ. akzeptiert worden wäre, der Vorschlag für alle hier Anwesenden bedeutend höher gewesen wäre, bitte schön. Für die Statutarstädte wären bedeutend höhere Beträge vorgesehen worden. Und das Land OÖ. hat diese vorgeschlagenen Summen, die von Nichtpolitikern erstellt wurden, nach unten reduziert. Ich glaube wirklich nicht, daß es gescheit ist, wenn Betroffene selbst ihre Bezüge und Gehälter festsetzen. Wir stehen also sehr klar dahinter, daß a), gleiche Arbeit in ganz OÖ. auch gleich entlohnt werden soll. Und b), wir stehen dahinter, daß das Land bitte schön festlegen soll, welche Bezüge wir auch in unseren Funktionen bekleiden.

Wir sehen uns daher wirklich mit der Meinung des Landes gleich. Wir werden also die Entscheidung des Landes akzeptieren und gegen diese 2 Resolutionsanträge stimmen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Payrleithner, zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber wenn jemand so viel Blödsinn auf einmal „verzapft“ wie der Kollege Bremm, dann muß man, glaube ich, dem schon noch etwas entgegenhalten. Erstens stimmt das überhaupt nicht in der Sache, lieber Freund, du weißt das ganz genau, du verbreitest hier gerne deine „G'schichteln“. Es haben auch Politiker das Recht, sich gegen Vorwürfe zu verteidigen. Und in der damaligen Sache ist dann auch recht gegeben worden, daß das in dieser Form nicht gestimmt hat - nur zu deiner Information. Aber wahrscheinlich wirst du ein bißchen vom schlechten Gewissen geplagt, lieber Freund Bremm, weil du verdienst inzwischen mehr als der Herr Bürgermeister. Wenn man das zusammenrechnet, was du in der Firma und mit dem was du als Stadtrat und sonst alles in Zukunft verdienst, dann wirst du wahrscheinlich mehr als die S 145.000,- des Bürgermeisters verdienen. Da hast du, wenn du in der Früh, die paar Mal in der Woche, wo du noch ins Werk geht, wahrscheinlich das schlechte Gewissen den Arbeitern mit S 13.000,-, S 14.000,- gegenüber, für so eine Leistung, mit so viel Geld am Monatsende nach Hause zu gehen. Und wahrscheinlich bist du auch getrieben von diesem schlechten Gewissen, daß du dich heute zu solchen Äußerungen hinreißen hast lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kollege Payrleithner, jetzt bist du aber sehr persönlich geworden. Also das gefällt mir nicht. Eines kann ich dazu sagen, wahrscheinlich ist der Anzug schon kaputt, darum redest du jetzt so. Wer wünscht noch das Wort? Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich oder was wir mit diesem Antrag nicht wollen und was leider eingetroffen ist und leider habe ich es in meiner ersten Wortmeldung zu sagen vergessen, weil ich jetzt in meinem Skriptum nachgesehen habe, ich hätte mir gewünscht, daß wir diese Diskussion wirklich ohne persönliche Angriffe abführen könnten, ohne daß wir uns gegenseitig irgend etwas vorwerfen.

Ich denke, da waren jetzt alle ein bißchen mitbeteiligt, insbesondere jetzt zum Schluß der Diskussion. Das habe ich mir nicht gewünscht.

Ich glaube aber trotzdem, daß die Resolution, zumindest das Ziel, das wir damit gehabt haben, und ich habe es zu Beginn ja auch formuliert, vollkommen erreicht worden ist, nämlich daß darüber debattiert und diskutiert worden ist, weil bis jetzt haben wir ja nicht die Möglichkeit gehabt, darüber zu sprechen. Das ist für mich ein Ziel gewesen. Ich appelliere noch einmal, diese Resolution zu unterstützen und möchte auf ein paar Sachen, die gesagt wurden, eingehen.

Wir haben nicht behauptet, daß wir irgend jemandem vorgeworfen hätten, er sei nach Linz gepilgert und hätte da irgendwo Einfluß genommen. Das habe ich sicher nicht behauptet. Was aber eine generelle Frage ist, wenn jetzt Gesetze beschlossen werden - egal, ob das auf Landes- oder Bundesebene ist -, denke ich mir, muß es doch die Möglichkeit geben, daran Kritik zu üben. Es gibt auch Dutzende von Beispielen in der jüngsten Vergangenheit, wo Kritik an bereits getroffenen Entschlüssen geübt worden ist und wo es dann auch zu Änderungen gekommen ist. Ich verweise z.B. nur auf das Atomkraftwerk Zwentendorf. Das hat man hingestellt, aber nicht eingeschaltet. Nur ein Beispiel.

Es ist auch angesprochen worden, daß diese Änderungen der Politiker für Steyr nur Senkungen gebracht haben. Das stimmt zum Großteil, aber es ist andererseits auch ein Zeichen - und ich habe das auch schon zu Beginn gesagt -, daß man eine Kommission einsetzt und dann wieder eine Kommission so umgeht; das ist jetzt für Steyr nicht so schlecht ausgegangen, aber es ist generell landesweit einfach zu kritisieren. Wenn man die Bezügeordnung von 1993, die jetzt gültig ist, für Steyr hernimmt, dann kann man sagen, daß sich das nicht nur marginal, sondern extrem geändert hat. Es ist auch ein Unterschied, wenn sich die Gehälter verdoppeln und verdreifachen. Und das hat nichts mit Populismus zu tun, das weise ich auch zurück. Das ist einfach eine Änderung. Das ist mehr. Und ich möchte wissen, warum das in Steyr mehr wird, wo sich dieser Aufwand verdreifacht und verdoppelt hat, ohne daß es wirklich großartige Kritik gegeben hat? Um auf diesen Hinweis noch einmal einzugehen, es hat vielleicht die letzten Jahre Kritik am Bürgermeistergehalt gegeben, aber es hat niemals - und ich glaube, da können mir alle zustimmen - Kritik gegeben, daß alle anderen zu schlecht bezahlt werden würden und es hätte einen Antrag in diese Richtung gegeben ...

Zwischenrufe: „Oh ja!“

Unverständliche Wortmeldung von GR Engelbert Lengauer.

GEMEINDERAT ANDRES KUPFER:

O.k., dann nehme ich das zurück, das habe ich nicht gewußt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Vizebürgermeister Pfeil war auch dafür ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein. Wir haben gesagt, es muß darüber diskutiert werden. Das Niveau der Gehälter ist nicht ausgeglichen. Sablik war ja der ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

‘92, ‘93 war die Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Welt hat schon früher begonnen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Zum Schluß noch der Angriff vom Kollegen Oberreiter, daß die Diskussion von denen angezettelt wird, die davon nichts haben. Das ist der Beginn dieser persönlichen Untergriffe gewesen. Das war wirklich nicht unser Anliegen, daß sich sozusagen diejenigen, die ja auch jetzt statt S 8.000,-- immerhin jetzt S 14.500,-- mtl. verdienen; das ist ja auch nicht wenig. Ich habe natürlich auch eine persönliche Betroffenheit, darüber zu reden. Ich denke mir, es wäre möglich gewesen, daß ein jeder hier im Saale, der glaubt, daß er zuwenig oder in Zukunft zuviel verdient, diese Resolution erstellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich finde es zutiefst bedauernswert, daß jetzt jene, die eigentlich versuchen, das Ganze auf eine sachliche Ebene zu holen, den Populismusvorwurf bekommen. Genau das war für mich der Grund zu diesem Abänderungsantrag. Wer die Debatte genau verfolgt hat, wird gemerkt haben, daß z.B. ich mich öffentlich zu diesem Thema nicht geäußert habe. Einfach deshalb, weil für mich persönlich nicht klar war, wie in Zukunft die Gehaltspyramide tatsächlich ausschauen wird, nachdem das Gesetz noch nicht veröffentlicht ist.

Aufgrund der Resolution der grünen Fraktion, mit deren Ziel ich mich durchaus einverstanden erklären kann, nur - wie gesagt - der Weg ist ein anderer, ist das als Debatte auf jeden Fall in diesen Gemeinderat hereingekommen. Da war es mir ein Anliegen, das auf eine sachliche Ebene zu holen, und Faktum ist - und da gehen, glaube ich, Grüne und das LIF konform -, daß es einfach einen gewissen Erklärungsbedarf wachruft, daß nämlich die Sachverständigenkommission ein Gutachten erstellt hat, das aber dann de facto doch in vielen weiteren Punkten abgeändert worden ist. Und da entsteht schon der Eindruck, entweder hat sich die Kommission geirrt oder hat sich der Landtag geirrt. Beide können nicht recht gehabt haben. Auf diese Diskrepanzen einfach aufmerksam zu machen, auch in Hinblick, daß wir wissen, wir können nicht mehr viel ändern, ist zumindest für uns die Möglichkeit, es für uns zu artikulieren. Und diese Möglichkeit - da gebe ich auch den Grünen recht - haben wir bisher nicht gehabt.

Der Unterschied zwischen beiden Resolutionen ist halt der, daß leider meines Erachtens die Grünfraktion sich das selbst aushandeln will: Land OÖ. mit der Stadt Steyr, um wieder zu Sonderregelungen zu führen und daß mein Antrag dahin abzielt, diese Diskrepanzen zu beseitigen, aber nicht, daß wir sie beseitigen, sondern der OÖ. Landtag gemeinsam in Absprache mit der Sachverständigenkommission und daß vor allem diese Doppelverrechnungen genauer überprüft werden.

Ich bitte sie daher, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn man längere Zeit in politischer Funktion ist und besonders in einer herausragenden wie Abgeordneter zum Nationalrat oder auch Stadtsenat oder Bürgermeister, dann ist man mit dieser Gehaltsproblematik für Politiker ständig konfrontiert. Ich kenne das aus der Zeit 1979, als ich das erste Mal in den Gemeinderat gekommen bin. Seither ist das nie abgerissen. Wir haben diese Debatten immer gehabt. Und wenn man dann gar an eine Spitzenposition geht, dann steht man also direkt im Fokus der Betrachtungen. Diese Debatten sind meistens sehr unangenehm. Man hat den einen Bezug, den Vorgänger gehabt haben, der irgendwo beschlossen wurde, an dem man selbst überhaupt nichts ändern konnte oder geändert hat

und ist trotzdem immer in der massiven Kritik gewesen. Ich habe das wirklich oft genug erlebt. Und es ist für mich heute ein wirkliches Vergnügen am Rednerpult zu stehen, als einer, der weniger bekommt. Nicht? Als einziger!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein wirkliches Vergnügen. Das könnt ihr mir glauben. Ich werde deswegen auch sicher nicht verhungern.

Ich habe mir das vorher und habe mir das nachher nicht ausgemacht. Aber die Debatte zu verfolgen ist natürlich auch wirklich interessant. Sie bewegt sich schon - aus meiner Sicht - sehr am Rande der Heuchelei.

Ich habe die Debatten in dieser Zeit, wo ich seit 1990 wieder in Stadtsenats-, Vizebürgermeister- und Bürgermeisterfunktion bin, schon sehr genau in Erinnerung und möchte schon sagen, daß eigentlich alle mehr haben wollten. Wir haben uns selbst als die Bettelmönche im Vergleich mit den anderen Städten, die vergleichbar waren, bezeichnet. Wir haben es nur bei den letzten Verhandlungen nicht geschafft, zu einem Einvernehmen zu kommen. Das sollte ein jeder bei dieser Debatte ehrlich zugeben; das wäre wünschenswert. Es ist nicht dazu gekommen. Wollen hätten es eigentlich alle.

Ich bin herzlich froh, daß der öö. Landtag beschlossen hat, wie denn im Zuge der österr. Gehaltspyramide - für Politiker bitte - und darüber reden wir, über eine österr. Gehaltspyramide, die weit ober uns anfängt und auch unter uns aufhört, in kleineren Städten für Bürgermeister in 445 Gemeinden, die dortigen Vorstandsmitglieder und die Gemeinderäte, wir uns nicht selbst die Bezüge beschließen müssen. Gerade angesichts dieser Debatten, die heute wieder gelaufen sind, zeigt sich wieder, daß wir nämlich dazu nicht gut in der Lage sind oder wären, weil hier nach unten lizitiert wird. Wahrscheinlich hätten wir dann wieder etwas beschlossen, mit dem dann wieder alle sehr unzufrieden gewesen wären. Mir ist es lieber, daß das Land OÖ. hier einen Beschluß gefaßt hat. Ich glaube, daß die Einordnung, die für uns getroffen wurde, auch einigermaßen objektiv ist, nämlich im Vergleich zu anderen Kommunen, die sich in ähnlichen Situationen befinden. Und weil heute 3mal gesagt worden ist, daß es halt überhaupt nicht nachvollziehbar ist, lieber Freund Eichhübl, das hat mir fast das Herz gebrochen, wie du am Rednerpult geklagt hast, daß du jetzt mehr bekommst. Da muß ich schon sagen, ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR. Roman Eichhübl

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn das für dich nicht nachvollziehbar ist und weil immer wieder diese unabhängige Expertenkommission zitiert wurde; da im Papier der Expertenkommission steht nämlich: „Die bisherige Bewertung der Funktion eines Stadtrates in der Stadt Steyr ist für die Kommission nicht nachvollziehbar, daher kommt es für diese Funktion zu einer deutlichen Erhöhung des Bezuges.“ Ich möchte das nur sagen, damit ihr das dann vielleicht doch nachvollziehen könnt. Die Experten haben einen höheren Bezug vorgeschlagen, als dann tatsächlich vom Land OÖ. beschlossen wurde.

Es ist auch zutreffend, ich habe das auch in der Zeitung gelesen, daß der Bezug des Bürgermeisters in Steyr als ein Ausreißer bezeichnet wurde. Der Herr Dr. Pfeil hat nicht darauf verzichtet, das auch zu zitieren, was ich natürlich auch verstehe. Aber es gibt dafür natürlich auch eine historische Begründung, die sich bis in jüngste Zeit nicht geändert hat. Die Städte Linz und Wels, die hier im Vergleich herangezogen wurden, haben immer schon das Privileg gehabt, daß die Stadtsenatsmitglieder ihre Funktion hauptberuflich ausgeübt haben. Ich würde mir das eigentlich auch sehr wünschen. Wir haben darüber des öfteren debattiert, annähernd 1.000 Magistratsbedienstete, bitte sehr, sich ständig darüber zu mokieren, daß die Beamten machen was sie wollen oder das nicht machen, was der Gemeinderat beschlossen hätte und, und, und. Und die Stadtsenatsmitglieder kommen halt zur Sitzung früher oder später, gehen früher oder später. Sie haben es auch nicht leicht. Es ist schwierig für sie und zunehmend schwierig in unseren Zeiten, weil

früher war ein Stadtsenatsmitglied in der Stadt Steyr ein Ehrenamt, und es haben sich auch die Unternehmungen hier etwas zugute gehalten, wenn sie in ihrem Unternehmen ein Mitglied des Stadtsenates hatten. Mittlerweile sind die Politiker ohnehin so verschrien, daß ein jeder offenbar froh ist, keinen in seiner Nähe zu haben. Trotzdem müssen diese Städte mit Verantwortung verwaltet werden. Und wir sollten uns hier nicht unter unserem Wert auseinandersetzen und solche Debatten führen, die auch noch dazu führen, daß das Image der Politiker heruntergesetzt wird.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir im Rahmen einer österreichischen Gehaltspyramide hier eben von einem anderen Gremium, von einem zuständigen Gremium, lt. Gesetz hier eingeordnet wurden und daß wir gut beraten sind, daß wir uns auf die wahren Sachthemen, die uns zustehen und die in unserer Verantwortung liegen, konzentrieren und uns nicht in endlosen Gehaltsdiskussionen über unsere eigenen Bezüge verzetteln. Ich halte nichts davon, wie das auch heute wieder gemacht wurde, daß wir uns gegenseitig sozusagen die Bezüge vorrechnen. Ich habe das nie getan. In einer Neidgesellschaft unter den Politikern zu leben ist fast unerträglich. Und wir brauchen uns nicht wundern, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Politikern keinen Respekt haben, die diese Stadt verwalten müssen, wenn wir das tun.

Ich möchte schon bitten, daß wir nicht aus dem Wunsch heraus noch über den Beschluß dieser Gehaltspyramide in Österreich endlos die Gehaltsdiskussion fortsetzen, nur um ein bißchen ein politisches Kleingeld zu machen. Daher glaube ich, daß wir gut beraten sind, wenn wir die Beschlüsse und die Gesetze des Landes akzeptieren. Und wenn sich in dem einen oder anderen Bereich, und das wird zweifellos sein, ein Nachjustier- und Korrekturbedarf ergibt, weil irgend etwas aus dem Ruder läuft, dann wird es eben irgendwann eine Novellierung dieses Bezügegesetzes geben müssen. Und dann sind diese Punkte, die uns auffallen, einzubringen. Für das würde ich plädieren. Den gegenwärtigen Resolutionen bin ich nicht der Meinung, daß wir ihnen die Zustimmung erteilen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden als erstes über den Abänderungsantrag des LIFs abstimmen. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 11 Stimmen. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Abänderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution der Grünen, brauche ich nicht mehr abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der erweiterte Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, das ist ein eigener Antrag und über den gehört abgestimmt. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 9 Stimmen. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 LIF und 1 F (GR Dr. Wilfrid Wetzl).

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft eine Änderung der gemeinsamen Gemeindegrenze zu St. Ulrich im Zusammenhang mit der Errichtung des Siedlungsgebietes Jägerberg. In diesem Zusammenhang soll es eine Berichtigung geben. Es wurde nämlich nachträglich festgestellt, daß ganz ein kleines „Grundfleckerl“, auf dem eine Kapelle stand, nicht ordnungsgemäß im Gefüge dieser Änderung der Gemeindegrenzen eingezeichnet war.

Aus diesem Grund ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) ÖAG-21/97, BauGru-74/96 Änderung der gemeinsamen Gemeindegrenze zu St. Ulrich im

Zusammenhang mit der Errichtung des Siedlungsgebietes Jägerberg; Berichtigung

Der Gemeinderat möge beschließen:

In Abänderung des Beschlusses vom 11.9.1997 wird folgende Grenzänderung nach Einhaltung der gesetzmäßigen Erfordernisse beschlossen:

Das Grundstück 1129/1 im Ausmaß von 199 m² und das Grundstück 1128/1 im Ausmaß von 2.919 m², beide KG St. Ulrich (Gemeinde St. Ulrich), wird dem Stadtgebiet der Stadt Steyr, KG Jägerberg, eingemeindet.

Ich bitte um Debatte und Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Parteienfinanzierung, nächster Antrag. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1998 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus dem mit Grundsatzbeschluß vom 03. Juli 1992 festgelegten Ansätzen, valorisiert um die Indexsteigerung von Dezember 1991 auf Dezember 1995 in Höhe von 12,7 %.

Im einzelnen würden sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge ergeben:

SPÖ:

S 239.487,50 (Sockelbetrag)
S 405.720,00 (pro Mandat S 22.540,--)
S 304.290,00 (Fraktionsumlage
S 16.905,-- pro Mandat)
S 949.497,50

=====

FPÖ:

S 239.487,50 (Sockelbetrag)
S 202.860,00 (pro Mandat S 22.540,--)
S 152.145,00 (Fraktionsumlage
S 16.905,-- pro Mandat)
S 594.492,50

=====

ÖVP:

S 239.487,50 (Sockelbetrag)
S 135.240,00 (pro Mandat S 22.540,--)
S 101.430,00 (Fraktionsumlage
S 16.905,-- pro Mandat)
S 476.157,50
=====

GAL:

S 239.487,50 (Sockelbetrag)
S 45.080,00 (pro Mandat S 22.540,--)
S 33.810,00 (Fraktionsumlage
S 16.905,-- pro Mandat)
S 318.377,50
=====

LIF:

S 239.487,50 (Sockelbetrag)
S 22.540,00 (für ein Mandat)
S 16.905,00 (Fraktionsumlage für ein Mandat
Mandat)
S 278.932,50
=====

Im Zuge der Erstellung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1996 wurde der gegenständliche Voranschlagsposten der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen gegenüber dem Ansatz von 1995 einer 20 %igen Reduktion unterzogen. Resultierend daraus wurden daher im Rechnungsjahr 1996 die rechnerisch ermittelten Beträge lediglich mit einem um 20 % verminderten Ansatz zur Auszahlung gebracht, sodaß sich im einzelnen für die jeweiligen Gemeinderatsfraktionen für 1996 und 1997 ein um 20% verminderter Auszahlungsbetrag ergab, wobei diese 20%ige Kürzung aufgrund der mit Ausnahme der zusätzlich für das Liberale Forum vorgesehenen Mittel unveränderten Höhe des Budgetansatzes auch für 1998 zur Anwendung gelangt. Es werden daher an die einzelnen Gemeinderatsfraktionen im Rechnungsjahr 1998 nachstehende Beträge zur Auszahlung gebracht.

SPÖ S 949.497,50 - 20% = 759.598,00
FPÖ S 594.492,50 - 20% = 475.594,00
ÖVP S 476.157,50 - 20% = 380.926,00
GAL S 318.377,50 - 20% = 254.702,00
LIF S 278.932,50 - 20% = 223.146,00

Gesamtbetrag:

S 2.617.457,50 - 20% = 2.093.966,00
=====

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr

zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiterbestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von 2.093.966,-- werden bei der VSt. 1/0000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde - schau, wie schön das ist - einstimmig angenommen. Alle sind dafür.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit den Darlehensaufnahmen für das Rechnungsjahr 1997.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) Fin-100/96 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 7. Jänner 1998 wird einer Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 65,700.000,-- bei folgenden Institutionen mit den angeführten Teilbeträgen und den dargelegten Konditionen und Laufzeiten zugestimmt:

1. Bei der Oberösterreichischen Landesbank AG: Betrag und Laufzeit: S 43,400.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Kondition: Bindung an den 6-Monats-VIBOR mit einem Aufschlag von 0,074 % bzw. an die Sekundärmarktrendite für Emittenten gesamt mit einem Abschlag von 0,125 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen.

2. Bei der Oberösterreichischen Landesbank AG: Betrag und Laufzeit: 22,300.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

Kondition: Bindung an den 6-Monats-VIBOR mit einem Aufschlag von 0,074 % bzw. an die Sekundärmarktrendite für Emittenten gesamt mit einem Abschlag von 0,125 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen.

Die o.a. Darlehenssummen stellen einen Maximalbetrag dar. Bei einem geringeren Darlehensbedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, das Darlehensvolumen entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnutzung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 1998 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 1998 zugezählt werden. Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Weiters wird der o.a. Geschäftsbereich ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen F (Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil, GR Elfriede Reznar, GR Siegfried Stieglitz). Auch dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Flächenwidmungsplanänderung Nr. 98 - Kleingartenanlage Steyr-Daimler-Puch AG.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) BauGru-67/96 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 98; Kleingartenanlage Steyr-Daimler-Puch AG.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 98 - Kleingartenanlage Steyr-Daimler-Puch AG - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 17. Februar 1997, korrigiert mit 1. August 1997, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 8. Jänner 1998 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 114/1993 idgG., beschlossen.

Ich bitte um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und schlage 15 Minuten Pause vor.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

PAUSE VON 15.55 UHR BIS 16.22 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Am Wort ist die Kollegin Vizebürgermeisterin Mach. Ich darf sie ersuchen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBGM. FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Anhebung des Stundenlohnes für freie MitarbeiterInnen bei der Heimhilfe und Hauskrankenpflege.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) SH-2200/90 Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege; Anhebung des Stundenlohnes für freie MitarbeiterInnen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 16.12.1997 wird der Stundenlohn für freie MitarbeiterInnen des Vereines „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“, 4400 Steyr, Hanuschstraße 1, mit Wirkung vom 1.1.1998 von bisher S 75,-- auf S 90,-- erhöht.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht. Keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das ist einstimmig. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Verein „MOHI“ - Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes für 1998.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) SH-510/97 Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 16.12.1997 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, 4400 Steyr, Siemensstraße 13/10, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 1998 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 336.366,-- (Schilling dreihundertsechsdreißigtausenddreihundertsechzigsechs) gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

Ich ersuche auch für diesen Antrag um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem letzten Antrag geht es um die Aktion „Essen auf Rädern“, Entgelt für das Zustellpersonal, Regulierung.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) F-395/73 Aktion „Essen auf Rädern“; Entgelt für Zustellpersonal; Regulierung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 16.12.1997 wird mit Wirkung vom 1.1.1998 das in Pkt. VI des Werkvertrages zwischen der Österr. Gesellschaft vom Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt und der Stadt Steyr im Rahmen der Aktion „Essen auf Rädern“ vereinbarte Entgelt von je S 195,-- auf je S 210,-- (i. W.: Schilling zweihundertzehn) erhöht.

Ich ersuche auch für diesen Antrag um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nr. 10 bitte. Es fehlt noch einer. Verlustabdeckung - 14 Mio. S, wenn ich das richtig im Kopf habe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Maßnahmen zur Verlustabdeckung 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) Fin-100/97 Alten- und Pflegeheim Tabor; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Tabor werden die im Budget 1998 vorgesehenen Mittel zur Verlustabdeckung des o.H. bei der VASt. 1/4200/759200.9 in Höhe von S 12,000.000,-- und des ao. H. bei der VASt. 5/4200/774000.5 in Höhe von S 2,000.000,-- grundsätzlich freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2,000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sie dieser Verlustabdeckung für das APT zustimmen, bitte ich sie um ein Zeichen. Danke sehr. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke der Kollegin Mach.

Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Tatzreiter, bitte ans Rednerpult.

BERICHTERST. VIZEBGM. LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die Angehörigen der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Antrag lautet:

11) FW-1/98 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7.1.1998 genannten Personen wird zugestimmt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das ist einstimmig beschlossen. Nr. 12 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Danke. Im 2. Antrag geht es um eine Generalsanierung des gemeindeeigenen Objektes Haratzmüllerstraße 37, 2. Rate bzw. 2. Bauabschnitt. Ich bitte daher, wie damals schon berichtet, diese 2. Baudurchführung durchzuführen.

12) GHJ2-103/96 Generalsanierung des gemeindeeigenen Objektes Haratzmüllerstraße 37; 2. Rate

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 8.1.1998 wird der Überweisung des Betrages von S 500.000,-- an die GWG der Stadt Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 500.000,-- (fünfhunderttausend) bei der VA-Stelle 5/853100/010000 freigegeben.

Ich bitte um Diskussion und um Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diesen Antrag. Dazu hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kollege Tatzreiter, wir haben bereits im Stadtsenat darüber mehrfach diskutieren können. Es ist ja nicht das erste Mal. Ich möchte auch hier dem hohen Gemeinderat mitteilen bzw. ihn davon in Kenntnis setzen, daß es sich hier um keine Generalsanierung handelt, wie es im Antrag fälschlicherweise heißt, sondern um die unbedingt notwendigsten Sanierungsmaßnahmen, weil hier Gefahr im Verzug ist; also ist der Antrag mißverständlich dargestellt.

Ich persönlich bin der Meinung und möchte das hier dem Gemeinderat auch mitteilen, daß entweder ein Generalsanierungsplan für dieses Objekt mit einer Kostenschätzung so bald wie möglich vorgelegt wird - das ist ein sehr großes Objekt, es wird ein sehr teures Objekt werden - oder daß man sich ernsthaft überlegt, und ich würde die zweite Variante vorziehen, dieses Objekt zu veräußern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Herr Referent, Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Zum ersten darf ich wiederholen, daß das eine notwendige Sanierung und keine Generalsanierung ist. Sie haben es richtig gesagt, vielleicht ist das im Antrag bzw. im Amtsbericht mißverständlich ausgedrückt. Es ist eine notwendige Sanierung, um dort die Sicherheit zu gewährleisten, vor allem was die E-Installationen anbelangt. Die OKA hat darauf hingewiesen. Es war dort eine gemeinsame Begehung, um auch die Dinge festzustellen.

Zum zweiten; was sie gerne hätten, dem kann ich nicht zustimmen, und zwar deswegen nicht, weil alle, die im Gemeinderat bzw. Wohnungsausschuß sitzen, wissen ja, über welche Sorgen wir manchmal diskutieren. Ich kann mir das nicht vorstellen, weil es uns schon gelungen ist, daß wir solche Dinge veräußert haben und dann sind genau die Leute, die in den Wohnungen waren, die auf den nächsten Eigentümer übergegangen sind, in Kürze wieder bei uns gestanden und haben eine Wohnung gebraucht, und zwar deswegen, weil die Mieten der Wohnungen exorbitant in die Höhe gegangen sind und sie nicht mehr in der Lage waren, die Mieten zu bezahlen bzw. der neue Hauseigentümer mit anderen Mitteln vorgeht, um dem Mieter das Gehen zu erleichtern. Ich sage das einmal so, daß wir uns auskennen, um was es geht. Auch diese Probleme haben wir mehrmals schon verspürt. Ich bin nicht der Auffassung, daß wir mit solchen Dingen leichtfertig umgehen sollten. Ich meine, daß man Häuser verkauft, nur damit man sich vielleicht von den Sanierungen oder von den notwendigen Kosten für Umbaumaßnahmen sozusagen distanzieren könnte.

Ich wäre froh, wenn wir die Möglichkeiten ausschöpfen könnten, um solche Dinge zu veräußern, wenn wir nicht wüßten, daß uns anschließend das Problem schwerer oder schwerwiegender ins Haus steht. Daher würde ich bitten, das Haus zu sanieren und so zu belassen. Mit der Mieterstruktur habe ich persönlich ein anderes Problem, aber das kennen wir alle.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Was spricht gegen einen Generalsanierungsplan?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:
Das wird sehr teuer werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja irgend etwas müssen wir tun.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:
Wenn wir das generalsanieren, dann haben wir auf jeden Fall dort die Mieten in der Kategorie, wo es sich die Mieter nicht leisten können. Das ist unser Problem. Ich habe mir Sorgen um den Laubengang gemacht, der mir schon mehrmals zur Diskussion gestellt worden ist. Ich mache mir Sorgen. Und es ist unsere Aufgabe, auch als Kommune, Leute, die vom Einkommen oder ihrer Ausstattung her, nicht in der Lage sind, sich teure Wohnungen zu leisten. Ich habe ohnehin nicht wenig Probleme. Wir alle miteinander, die im Wohnungsausschuß sitzen, wissen, welche Probleme wir teilweise mit Wohnungen haben, die mehr als S 5.000,-- kosten. Wir sollten darauf schauen, daß die Bausubstanz erhalten bleibt, daß sie in Ordnung ist und daß die Sicherheiten dort gewährleistet sind, vor allem daß die Installationen in Ordnung sind. Das müssen wir tun. Aber daß wir das unter Umständen auf Kategoriemieten anheben, das wird wahrscheinlich nicht möglich sein. Und wenn wir eine Generalsanierung machen, wissen wir, was das heißt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gut. Man muß einen akzeptablen Standard auch in diesem Haus darstellen, aber das kann kein A-Kategorie-Standard sein, wenn von Haus aus klar ist, daß die Mieter, die sich dort befinden, sich diese Mieten niemals leisten können oder wollen. Einen akzeptablen Standard sollten wir aber erreichen. Ich gehe ohnehin davon aus, daß man dabei ist. Immerhin handelt es sich um eine 2. Rate einer Sanierungsaktivität. Es wird in Schritten versucht, einen besseren, akzeptableren Standard in dem Haus zu erreichen. Können wir uns auf das verständigen, Herr Dr. Pfeil?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:
Darf ich noch einen Zusatz in meiner Schlußbemerkung machen? Wir haben das auch mit dieser Etappenregelung dieser Sanierung auch im Zusammenhang mit dem Weiterwohnen und dieser Möglichkeit berücksichtigt. Das heißt, wenn wir eine Generalsanierung machen, müssen wir sie ohnehin heraustun. Wenn wir eine großartige Sanierung machen, die vielleicht gewünscht ist, das Haus wäre schön, aber die Mieter werden sich das nicht leisten können und wir müssen sie vorher heraustun. Wir wissen ja alle, die damit beschäftigt sind oder die damit zu tun haben, was das heißt. Sanierung ja - ein guter Zustand ist wichtig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gut. Abstimmung über die 2. Rate, um die geht es nämlich heute. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Da scheint Einstimmigkeit vorherrschend zu sein. Danke. Nr. 13.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:
Im nächsten Antrag geht es um eine Veränderung der Möglichkeiten, die wir schon immer gesucht haben, und die jetzt Gott sei Dank gelungen ist, und zwar geht es um den Abschluß eines Mietvertrages mit der Christkindlwelt Betreiberges.m.b.H. in Steyr, Haratzmüllerstraße 5, über die Räumlichkeiten der Objekte Michaelerplatz 2, das sogenannte Bürgerspital - über das ist ja schon des öfteren diskutiert worden, auch in den Medien gestanden - und Sierninger Straße 1 (Lebzelterhaus).

Dem Amtsbericht entsprechend, beabsichtigt Herr Ing. Mahringer, der geschäftsführende Gesellschafter der Firma Techcon Unternehmensbeteiligungen mit dem Sitz in Steyr, eine Weihnachtsschaubahn mit angeschlossenen Verkaufsräumen und einer Café-Konditorei zu errichten. Vorgesehen ist, dieses Konzept in den Räumlichkeiten des ehemaligen Bürgerspitals und des

Lebzelterhauses zu verwirklichen. Beide Objekte sind ja im Eigentum der Stadtgemeinde.

Es hat mehrere Verhandlungen bzw. Besprechungen gegeben. Zum Schluß dann noch einmal mit dem Herrn Bürgermeister, der sich ja direkt auseinandersetzen gehabt hat und wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit Herrn Mahringer, der ja den Herrn Bürgermeister schon von der SDP her kennt. Und er hat sich dafür ganz besonders eingesetzt, weil er eine gewisse Liebhaberei für Steyr gefunden hat, hier etwas auf die Füße zu stellen. Dem Amtsbericht und dem Mietvertrag entsprechend, handelt es sich hier um jene Räumlichkeiten im Erdgeschoß, wo der Obsthandel von Frau Wimmer ist, die begehbbare Auslage der Fa. Rossacher, der Kellerraum der Fa. Eckelt, der dort auch genützt wird; diese sollen davon ausgenommen sein. Ansonsten soll auch die Option gewährt werden, wenn eine dieser genannten Räumlichkeiten frei wird, würde ich meinen, daß diese dann sozusagen einer Nutzbarkeit unterliegen. Nicht, daß wir wieder separat Räumlichkeiten vermieten müssen und wir dadurch Schwierigkeiten bekommen.

Wir wissen ja, wie lange wir auf eine solche Möglichkeit gewartet haben oder warten haben müssen. Es hat sich doch jetzt herausgestellt, daß es eine Möglichkeit gibt.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß das Mietverhältnis auf längere Zeit festgelegt wurde und auf jeden Fall jetzt eine einmalige Investition seitens der Gemeinde notwendig ist, um diese Dinge sozusagen einmal zusammenzurichten, sodaß die Räumlichkeiten bzw. das Haus und das Objekt als solches, auch mit dem Dach dazu, einigermaßen ausgestattet ist und Herr Mahringer seine Vorstellungen integrieren kann. Das Mietverhältnis besagt für den Michaelerplatz 2, also das Objekt, wo die Schaubahn eingerichtet werden soll, daß die S 42.000,-- inkl. USt. doch ein relativ passabler Preis sind und in der Sierninger Straße mit einem Quadratmeterpreis der normalen Mietkategorien, sozusagen dem Mietrechtsgesetz entsprechend auch dort der Quadratmeterpreis S 75,-- pro Monat ausmacht.

In Summe darf ich sagen, daß es eher ein Glück ist, daß das Haus mit Leben erfüllt wird. Ich freue mich darüber, daß eine Vereinbarung zustande gekommen ist. Die Verwertung dieser beiden Bereiche oder Objekte, ganz besonders für die Attraktivität der Altstadt zum einen, zum anderen möchte ich anmerken, daß in diesem Zusammenhang Steyr den Namen „Christkindlstadt“ noch ganz besonders prägt.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem dem Herrn Bürgermeister, aber auch der Beamtschaft, für diese Verhandlungen sehr herzlich danken, die da geführt wurden. Zur Investition möchte ich noch anmerken, daß die S 3,5 Mio. eine einmalige Investition und eine Notwendigkeit sind. Es gibt dort in der Bausubstanz Risse und Setzungsschäden nach Kanalanschlußarbeiten. Ich möchte noch anmerken, daß teilweise das Dach auch noch saniert bzw. dazu ausgestattet werden muß, weil ansonsten die Gefahr läuft, daß irgendwann einmal etwas passieren könnte, wenn Wasser durchdringt usw.

In diesem Zusammenhang möchte ich meinen, daß dieser Mietvertrag für das Haus ein Glücksfall ist, weil dadurch längerfristig oder längere Zeit über die Möglichkeit besteht, das Haus wirklich ernsthaft zu nützen, auch für den Tourismus sozusagen, für die Besucher, die nach Steyr kommen und auch für die Bewohner und die Bevölkerung aus Steyr und Umgebung eine Bereicherung haben.

Ich würde auch bitten, den Antrag so zu verstehen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

13) GHJ2-66/97 Abschluß eines Mietvertrages mit der Christkindlwelt BetreibergesmbH, Steyr, Haratzmüllerstraße 5, über Räumlichkeiten in den Objekten Michaelerplatz 2 (Bürgerspital) und Sierninger Straße 1 (Lebzelterhaus)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. Januar 1998

wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Mietvertrages mit der Christkindlwelt BetreibergesmbH, 4400 Steyr, Haratzmüllerstraße 5, über Räumlichkeiten in den Objekten Michaelerplatz 2, ehemaliges Bürgerspital, und Sierninger Straße 1, sogenanntes Lebzelterhaus, zugestimmt.

Die für die Sanierung des Objektes Michaelerplatz 2 erforderlichen Mittel in Höhe von S 3.500.000,- - (in Worten Schilling drei Millionen fünfhunderttausend) werden bei der VA-Stelle 5/8530/776000 für das Rechnungsjahr 1997 als Kreditüberschreitung genehmigt. Die Bedeckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch Darlehensaufnahme. (BEILAGE)

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine geschätzten Kollegen! Ich habe gebeten, daß die beiden Hauptbetroffenen des heutigen Tages, von der Stadt Herr Dr. Kaiser bzw. von der Betreibergesellschaft Herr Ing. Mahringer, heute hier den Gesprächen, der Diskussion im Gemeinderat beiwohnen. Ich habe beide gebeten, dazusein. Beide haben es offenbar vorgezogen, aus welchen Gründen auch immer, der Debatte nicht zu folgen.

Unser Dr. Kaiser, unser Altstadterhalter und -pfleger, der dafür verantwortlich ist, schreibt in der Ausgabe der Zeitschrift Altstadterhaltung - Stadterneuerung - Stadtentwicklung des Linzer Planungsinstitutes im Jahre 1995 folgende Sätze zu Funktionsänderungen in historischen Gebäuden: In der heutigen Zeit verändert sich besorgniserregend die Nutzung des meist sanierungsbedürftigen Baubestandes speziell im inneren historischen Stadtkerne. Und in diesem Zusammenhang, Herr Bürgermeister Tatzreiter, bin ich schon etwas entsetzt, wenn sie von der Verwertung dieser beiden zur Debatte stehenden Objekte sprechen. Das ist keine Fabrikshalle, die man verwertet. Das ist ein hoch denkmalgeschütztes Baudenkmal, auf das Steyr extrem stolz sein kann und muß. Das Bürgerspital, schreibt Dr. Kaiser weiter, zählt zu den bedeutendsten Bauwerken der Stadt Steyr und liegt im Stadtteil Steyrdorf, wir wissen es, am Zusammenfluß der Enns und Steyr. Hier ein schönes Bild von dem ganzen Ensemble. Wir kennen es alle. Es wurde bereits im 12. Jh. errichtet und nach einem Stadtbrand im Jahre 1302 durch eine Spende und Stiftung der ersten Gemahlin Albrechts der I. Elisabeth 1305 wieder aufgebaut. Sie ließ das Spital und die Kirche erbauen und beschenkte diese mit vielen Gütern und Einkünften. Vielleicht langweile ich damit einige Kollegen aus dem Gemeinderat mit diesen historischen Betrachtungen von Herrn Dr. Kaiser, aber man kann's überall nachlesen, dieses Gebäude ist extrem wertvoll.

Ich bin auch der Meinung - dieses Gebäude steht im Besitze der Stadt, hat früher sehr großen, sozialen Zwecken gedient, es war immer das „Bürgerspital“, es ist als soziale Einrichtung geplant und gebaut worden -, daß die Stadt Steyr dieses Objekt nicht einfach verfallen lassen darf. Es war in den letzten Jahren sehr, sehr traurig mitanzusehen, wie das Dach immer schlechter geworden ist, wie es zu Beschädigungen durch eintretendes Wasser gekommen ist. Im Winter hat es an den Dachrinnen Eisverformungen gegeben, und es war in einem relativ erbärmlichen Zustand. Wir haben auch mehrmals hier im Gemeinderat dieses Thema aktualisiert, sind aber hier nicht auf offene Ohren gestoßen.

Über den Verwendungszweck ist es jetzt müßig zu debattieren, was wäre besser gewesen, wenn. Wir haben in der jetzigen Sitzung zu entscheiden: Machen wir einen Mietvertrag mit Herrn Ing. Mahringer mit seiner Christkindlwelt Betreiber Ges.m.b.H. oder machen wir keine. Das ist heute Kern der Debatte.

Ich war letzten Montag in der Früh etwas entsetzt, also der Montag vor ca. 10 Tagen, als ich in der Presse gelesen habe, daß es hier ein Projekt gäbe, wo eine Bahn durch dieses Haus durchfahren sollte. Es ist richtig, daß der Herr Bürgermeister uns oder mir so nebenbei einmal im Stadtsenat,

einmal am Gang oder bei einer anderen Gelegenheit gesagt hat, daß hier jemand ist, der eine Weihnachtsausstellung in diesem historischen Gebäude machen will. Was halten sie davon? Ich habe gesagt, das müssen wir uns anschauen. Von einer Bahn habe ich bisher nichts gehört.

Was mich besonders bei dieser Geschichte irritiert, ist, daß es bis heute für uns Gemeinderäte und die, die für diesen Vertrag verantwortlich sind, kein schriftliches Projekt gibt. Es gibt bis heute kein vorliegendes Projekt. Wir haben uns der Mühe unterzogen und letzte Woche den Betreiber daraufhin angerufen, um einen Termin gebeten und uns das Projekt dort angesehen. Es liegt ein halbes Modell - das ist eher zuviel gesagt -, ein viertel oder achtel Modell vor. Es liegen auch Teile einer Bahn in seinem Büro herum. Er hat uns sehr ehrlich und offen seine Pläne dargelegt und uns auch seine wirtschaftlichen Ambitionen mitgeteilt. Das Problem ist, daß man über etwas gerne diskutiert und abstimmen soll, auch im vergangenen Stadtsenat, nur müssen alle, und da bin ich immer der Meinung, daß alle, die diskutieren, den gleichen Verfahrens- und Wissensstand haben sollen. Das ist auch hier nicht der Fall.

Steyrdorf ist wirtschaftlich in einer Randlage, das wissen wir und wir sollen alles tun, um die wirtschaftliche Situation in diesem Bereich zu verbessern. Wir haben schmerzhaft wirtschaftliche Einbußen erlitten. Gerade in jüngster Zeit haben 2 Geschäftsleute hier die Pforten dichtgemacht. Und es ist eine rasante Umstrukturierung des ganzen Gebietes Steyrdorfs vorhanden und zu beobachten.

Es ist auch hier jetzt müßig zu debattieren, ob man diese Entwicklung umkehren kann. Ich glaube nicht, daß das ehemalige Einkaufserlebnis - wie es unsere Eltern in der Sierninger Straße gehabt haben - wieder hergestellt werden kann, daß es das Einkaufszentrum der Stadt Steyr sein wird. Ich glaube nicht, daß das umkehrbar ist, weil es ist zuviel passiert. Da sind die Supermärkte am Rande von Steyrdorf gekommen, da wurden verkehrstechnisch einige richtungsweisende Änderungen gemacht, sodaß der Stadtteil Steyrdorf an Bedeutung verloren hat - aber nicht an seiner historischen Bedeutung.

Unter diesem Aspekt erscheint es schon diskussionswürdig und auch sehr überlegenswert, wenn man dem Gedanken nähertritt, wenn jetzt jemand kommt und der möchte ein wirtschaftlich orientiertes Projekt in diese beiden - wir sprechen ja auch von dem Lebzelterhaus - Objekte hineingeben, daß man sich mit dem ernsthaft auseinandersetzt, weil, wie er gesagt hat, er garantiert für die nächsten 2, 3 Jahre 2 Autobusse pro Tag. Er sagt, daß er mit 5 rechnet, aber 2 garantiert er. Das hat er in der Tasche und dann rechnet er mit 3 1/2 Jahren, daß er seine Investitionen herinnen hat.

Uns geht es darum, daß die Subventionen, die für Investitionen von seiten der Stadt kommen, in die nachhaltige Sanierung dieses Objektes gelangen. Das heißt, daß im Einvernehmen mit den betroffenen Behörden - und hier spreche ich insbesondere das Bundesdenkmalamt an - die Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Ich persönlich kann es mir nicht vorstellen, daß eine gründliche Sanierungsmaßnahme für das Dach in der vorgesehenen kurzen Zeit passieren kann. Wenn ich erinnern darf, wir haben letztes Jahr den Dunklhof abgeschlossen. Die Dachsanierung kostete in etwa das gleiche, knappe S 3 Mio. Die Sanierungszeit - nur für das Dach - waren knappe 2 Jahre. Vielleicht gelingt eine Sanierung. Ich bin kein Bauexperte. Aber die vorgesehenen Sanierungen müssen auch bleiben. Die Investitionen am und im Hause müssen verbleiben, wenn aus irgendwelchen Gründen dieses Unternehmen irgendwann einmal aufhört. Das kann 1 Jahr sein, das kann in 10 Jahren sein.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Das steht drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht juristisch ausreichend genug. Deshalb - weil es ja bis heute keine schriftliche Unterlage gibt, auch das Bundesdenkmalamt hat bis heute keine einzige schriftliche Unterlage, das ist das ganz Merkwürdige dabei - haben wir einen Abänderungsantrag vorbereitet, der lautet:

ABÄNDERUNGSANTRAG

zum vorliegenden Antrag Nr. 13 der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 22. Jänner 1998.

Gemäß § 42, Pkt. 8 des StS. in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 13 Abschluß eines Mietvertrages mit der Christkindlwelt BetreibergesmbH., Steyr, Haratzmüllerstraße 5, über Räumlichkeiten in den Objekten Michaelerplatz 2 (Bürgerspital) und Sierninger Straße 1 (Lebzelterhaus) gestellt.

Der Gemeinderat möge folgende Abänderung beschließen:

Der Mietvertrag zwischen der Stadt Steyr und der Christkindlwelt BetreibergesmbH, Steyr, wird wie folgt geändert:

Unter Punkt II des Mietvertrages wird am Ende folgender Satz beigefügt:

Die Auszahlung der 3,5 Mio. Schilling für die Grundsanierung des Objektes wird an einen rechtsgültigen positiven Bescheid des Bundesdenkmalamtes gebunden.

Das ist ein Punkt, wo alle Beteiligten sagen, da können sie damit leben - das ist überhaupt kein Problem - auch der Ing. Mahringer. Kein Problem. Also, wenn das kein Problem ist, bitte, beschließen wir im Sinne dieses Hauses diesen Abänderungsantrag.

2. Abänderung.

Der Punkt III soll lauten:

Das Mietverhältnis beginnt am 1.1.1998 und wird auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen.

Diesbezüglich schließen Vermieter und Mieter einen gerichtlichen Räumungsvergleich, welcher das Mietverhältnis auf 10 Jahre befristet.

Also keinen unbefristeten Mietvertrag, sondern einen 10-Jahres-Mietvertrag. Hintergrund ist der, bei diesem Objekt sollte man die Möglichkeit haben, sich nach 10 Jahren wieder an einen Tisch zu setzen: Mieter - Vermieter, um es unter dem Erfahrungsschatz der 10 Jahre neu ausdiskutieren zu können. Auch hier hat Herr Ing. Mahringer gesagt, daß das für ihn kein Problem wäre.

Ich ersuche, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben. Ich danke. Ich habe noch zu erwähnen vergessen, wir werden selbstverständlich, wenn dieser Abänderungsantrag beschlossen wird, dem Hauptantrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Mehrere. Herr Dr. Wetzl, bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Tatzreiter inhaltlich zum Projekt selbst nur beipflichten. Ich bin selber für das Projekt. Ich glaube, die Stadt Steyr hat Glück gehabt, insofern, daß wir einen neuen Mieter gefunden haben bzw. daß das Objekt jetzt verwertet werden kann.

In diesem Vertrag, wer immer den verfaßt hat, ist ein wesentlicher Irrtum enthalten, nämlich ein Rechtsirrtum.

Der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter hat zuerst erwähnt, daß der Vertrag auf lange Zeit und auf längere Sicht abgeschlossen wurde. Das ist aber ein Irrtum. Wenn sie sich den Pkt. III durchlesen, Herr Vizebürgermeister, dann werden sie sehen, wird auf „unbestimmte Zeit abgeschlossen“ und

„kann unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist jeweils zum Ende eines Jahres gekündigt werden“. Die Stadt Steyr verzichtet dann 10 Jahre auf ihr Kündigungsrecht. Was bedeutet das aber konkret? Die Betreibergesellschaft könnte schon im ersten Jahr kündigen. Sie könnte schon zum 31.12.1998 unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist kündigen. Und ich glaube, das ist juristisch verfehlt. Auf jeden Fall! Weil wir investieren 3,5 Mio. S, wir verzichten 3 Jahre auf den Mietzins und die Betreibergesellschaft kann nach 5 Monaten im Juni zum 31.12.1998 schon kündigen. Und wir haben 3,5 Mio. S investiert und darüber hinaus auch keinen Mietzins erhalten. Daher meine ich, daß eine Befristung des Mietvertrages unbedingt notwendig ist, so wie wir vorgeschlagen haben. Das ist eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit wäre - ich will nicht lange das juristisch ausführen -, daß auch die Betreibergesellschaft auf 10 Jahre einen Kündigungsverzicht abgibt. Wie auch immer. Die beste Möglichkeit wäre, einen Mietvertrag befristet - so wie wir vorgeschlagen haben, nämlich auf 10 Jahre - abzuschließen. Nach 10 Jahren können wir dann nochmals über potentielle Interessenten verhandeln und man kann das neu angehen. Wie gesagt, uns Vorschlag läuft eben daraufhin hinaus, daß die Betreibergesellschaft nicht vorzeitig kündigen kann, weil so - wie gesagt - wäre es möglich, daß sie jederzeit kündigt und wir haben investiert.

Daher erwarte ich mir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich betone „erwarte“, daß unserem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt wird, weil er sachlich gerechtfertigt ist und den Interessen der Stadt Steyr nachkommt. Wir haben hier als Vermieter bzw. die Stadt Steyr als Eigentümerin des Objektes die Interessen der Stadt Steyr zu wahren, und zwar nur die Interessen der Stadt Steyr bei Abschluß dieses Vertrages. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Mag. Frech ist die nächste, bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Auf dieser Vorbereitungsreise für diese Gemeinderatssitzung ist man irgendwann einmal bei der Christkindlwelt gelandet. Ich möchte jetzt gar nicht näher auf die Pros und Kontras, die es zum Projekt geben kann, eingehen, sondern zu einem ganz juristischen Punkt, wobei ich in der Folge dann eine Sitzungsunterbrechung beantrage, um diesen Punkt überprüfen zu lassen. Und zwar deshalb, weil lt. vorliegendem Mietvertrag schließt die Stadt Steyr mit der Christkindlwelt BetreibergesmbH. einen Mietvertrag ab. Diese Christkindl Ges.m.b.H. ist aber bis dato nicht im Handelsregister eingetragen. Es gab bis zum späten Nachmittag keinen Eintrag im Handelsregister für diese Christkindl Betreiberges.m.b.H. Es ist zwar lt. Ges.m.b.H.-Gesetz möglich, Vorverträge abzuschließen, nur müssen diese Vorverträge dann speziell mit der Person, die diese Gesellschaft repräsentiert, abgeschlossen werden. Das heißt, wir könnten heute nur lt. Aussage - ich bin keine Juristin - eines Notars und eines anderen Juristen eigentlich einen Mietvertrag mit Herrn Ing. Mahringer, aber nicht mit der Christkindlwelt Betreiberges.m.b.H. abschließen, weil dadurch der Vertrag an sich ungültig wäre, daher bitte ich, diesen Punkt prüfen zu lassen, und möchte eine Sitzungsunterbrechung beantragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr StR. Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben jetzt einiges gehört, was wirklich nicht den Tatsachen entspricht. Der Kollege Dr. Pfeil hat Herrn Dr. Kaiser zitiert, daß die ursprüngliche Nutzung an historischen Gebäuden nicht mehr gemacht wird und daß das für das Objekt schlecht ist. Das ist tatsächlich bitte schön nicht der Fall. Das Denkmalamt hat auch einen Vorschlag geprüft, der vor einigen Jahren gekommen ist, wo man überlegt hat, im Bürgerspital z.B. ein Studentenheim unterzubringen. Hier ergeben sich Eingriffe in die Bausubstanz, die zum Nachteil dieses historischen Objektes gehen. Das heißt, von allen Varianten, und es hat in den letzten Jahren schon sehr viele Varianten gegeben, ist jene, die jetzt vorgeschlagen wurde, die,

von der sowohl das Bundesdenkmalamt als auch unsere im Haus befindliche Abteilung für Denkmalschutz und Altstadterhaltung sagt, das ist die ideale, hier wird am wenigsten von der Bausubstanz verändert, im Prinzip gar nichts. Und vor allem wo der große Unterschied liegt, wir entscheiden heute, ob ein Mietvertrag abgeschlossen wird. Wir entscheiden jedoch nicht, welche Baumaßnahmen gemacht werden. Für jegliche Veränderungen am Haus muß ein Bauansuchen gestellt werden. Und dann wird von den zuständigen Stellen, wo sehr wohl das Bundesdenkmalamt und unsere Altstadterhaltungsabteilung eingeschaltet wird, entschieden, ob das richtig ist oder nicht.

Frau Kollegin Frech, wir schließen heute keinen Mietvertrag ab. Wir entscheiden nur darüber, ob wir bereit sind, einen Mietvertrag abzuschließen. Der Mietvertrag wird mit Sicherheit erst dann abgeschlossen, wenn die Firma gegründet wurde. Das heißt, sie brauchen keine Angst haben. Mit ihrem Aufzeigen heute machen sie keinen Mietvertrag. Sie geben nur die Zustimmung, daß bei Vorliegen der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen ein Mietvertrag abgeschlossen wird. Eine Sitzungsunterbrechung ist nicht notwendig.

Ich gebe Herrn Dr. Pfeil recht, daß man das Steyrdorf nicht mehr zu einem Einkaufszentrum beleben kann. Wir haben das überhaupt nicht im Sinn, und es ist tatsächlich nicht möglich. Wir glauben allerdings, daß wir eine Grundversorgung für das Wohnviertel Steyrdorf brauchen. Und um diese Grundversorgung, um diese Nahversorgung auch zu gewährleisten, ist es gut, wenn eine Belebung in diesen Stadtteil kommt.

Der Betreiber hat sich bereit erklärt, die Busse am Wieserfeldplatz anfahren zu lassen und seine Besucher durch Steyrdorf hindurch bis zum Museum zu bringen und anschließend wieder vom Stadtplatz abzuholen. Das heißt, das bringt eine gewaltige Frequenzsteigerung für das Steyrdorf und führt damit natürlich auch zu einer Belebung der jetzt dort ansässigen Geschäfte. Ich gebe ihnen vollkommen recht, daß wir wahrscheinlich keinen Mc Donald's dort hinbringen werden, und wir wollen das auch nicht, weil er dort einfach nicht hinpaßt.

Dachsanierungen, wie von ihnen angesprochen, können sehr wohl auch während eines Betriebes stattfinden. Auch der Dunklhof mußte nicht evakuiert werden, weil das Dach hergerichtet wurde. Das eine schließt das andere mit Sicherheit nicht aus. Vor allem die Investitionen - die 3,5 Mio. S, die heute immer wieder angesprochen werden - bitte, die bleiben am Haus, auf unserem Haus. Und wenn der in einem Jahr auszieht, dann haben wir kein Geld beim Fenster hinausgeschmissen, sondern wir haben bitte schön unseren eigenen Besitz saniert oder begonnen zu sanieren. Und ein einseitiger Ausstieg aus einem Mietvertrag ist durchaus üblich, auch rechtlich überhaupt nicht bedenklich, weil welchen Nachteil hätten wir? Wir machen ja nichts, wir schenken dem ja kein Geld. Wir investieren nur in das eigene Objekt. Und ich muß sehr wohl einem Betreiber die Möglichkeit geben, daß, wenn sich das Projekt nicht rechnet, er aussteigen kann. Ich kann ihn ja nicht auf Gedeih und Verderb in den Konkurs treiben. Da bin ich überhaupt nicht ihrer Meinung, Herr Dr. Wetzl, wirklich nicht.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wer bezahlt den Mietzins bis dahin?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Den Mietzins ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist ein 3-Jahresvertrag!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die ersten 3 Jahre bezahlt er nichts.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Dr. Wilfrid Wetzl.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... und auch da bin ich der Meinung, daß das für so ein Projekt, was eine Umwegrentabilität für Steyr bringt, was für den Tourismus absolut zu begrüßen ist, durchaus angebracht ist. Ich sehe da beim besten Willen kein Problem. Bei gleichen Projekten in anderen Städten ist das durchaus üblich. Ich bekenne mich wirklich dazu. Ich glaube, daß dieses Projekt richtig ist. Ich glaube auch, daß die Rahmenbedingungen passen. Daß man einen Vertrag vielleicht noch schärfer oder verbessern kann, zugegeben, überhaupt keine Diskussion. Aber es spricht nichts dagegen, daß wir diesem Vertrag die Zustimmung nicht erteilen sollten.

Ich möchte schon ersuchen, daß wir hier nicht polemisieren. Wir können mit Sicherheit über Geschmack streiten. Jeder Geschmack ist subjektiv. Ob es jedem hier herinnen gefällt, daß in Steyrdorf jetzt 365 Tage Weihnachten in einem Haus sind, das ist Anschauungssache. Nur wem das nicht gefällt, der braucht ja nicht in das Bürgerspital gehen. Und ich kann auch nicht meinen Geschmack, meine Einschätzung allen Leuten in Steyr und Umgebung auf das Auge drücken. Das heißt ganz klar, wir haben nicht die Möglichkeit oder, ich verwehre mich dagegen, daß wir Vorschriften machen, was jemand mit einem Objekt macht, wenn es nicht gegen die guten Sitten verstößt. Und das ist in diesem Fall bitte schön sicher nicht der Fall. Die Einhaltung des Denkmalschutzes ist gewährleistet. Das ist die Grundvoraussetzung gewesen, daß wir überhaupt diesen Vertrag errichtet haben und heute hoffentlich abschließen.

Dem Abänderungsantrag brauche ich insofern mit Sicherheit nicht zustimmen, weil sie haben den Pkt. III angesprochen. Hier ist ja ganz klar drinnen, daß er auf 10 Jahre befristet ist. Es ist zwar unbefristet, aber ich habe nach 10 Jahren das erste Mal zu kündigen. Und damit kann ich nach 10 Jahren und 6 Monaten die Kündigung aussprechen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Was spricht gegen einen Räumungsvergleich?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das heißt ganz klar ausgedrückt, wir sind für dieses Projekt und unterstützen diesen Mietvertrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste am Wort ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat! Es ist eh schon x-mal angesprochen worden, daß es wahrscheinlich müßig ist, über Sinn und Unsinn von 365 Tagen Weihnachtsausstellung im Jahr zu diskutieren. Das stimmt ja. Der Herr Kollege Mayrhofer hat das auch erwähnt.

Eines ist auch interessant, daß es mehr und mehr bei christlichen Feiertagen und auch Bräuchen, die sozusagen beim Volk durchaus üblich sind, zur Sinnentleerung kommt und daß man immer, wenn es darum geht - und es ist auch schon publiziert worden - die Gefühlstube drückt, daß unten Kommerz herauskommt. Es ließe sich trefflich darüber streiten, inwieweit Religion und Brauchtum zusammenspielen, ob man das jetzt unbedingt so kommerziell in dieser Form ausnützen sollte etc. etc.

Eines darf natürlich auch nicht passieren, mit dem wird ja auch immer wieder argumentiert und da bin ich striktest dagegen, daß eine Sache nur deswegen richtig ist - das war auch zu lesen -, weil da Millionen investiert werden. Da denke ich mir, ist es schon der erste Fall, wo man hier in mancher Hinsicht einen gewissen Neoliberalismus spürt, wo es eigentlich nur darum geht, daß die Sache nur deswegen richtig ist, weil man irgendwie vielleicht die Geldscheine in der Tasche knistern hört. Hier sollten wir keinen Kniefall vor dem Mammut machen, wenn es auch darum geht, gewisses Brauchtum auch bei uns in einer Weise zu schützen, wie es für jeden verträglich ist. Man braucht sich ja nur umhören, wie die Allgemeinheit - zumindest der Teil der Bevölkerung, mit dem ich gesprochen habe - über diese Ausstellung denkt. Aber wie gesagt, darüber ließe sich trefflich

streiten. Das ist aber jetzt nicht Aufgabe des Gemeinderates, sondern hier geht es in erster Linie um dieses historische Bauwerk.

Der Herr Bürgermeister Pfeil hat schon erwähnt, daß seit dem 12. Jahrhundert dieses Haus den Armen und Kranken gewidmet war. Fast bis zum Schluß, ich kann mich noch erinnern, wie der Leo drinnen gehaust hat; auch ein Zustand, der sicher nicht tragbar war. Eines war aber zu beobachten. Im Laufe der Jahrzehnte ist das Gebäude ebenfalls krank geworden. Und jetzt soll dieses Gebäude mittels einer Roßkur - würde ich einmal sagen - innerhalb von 3 Monaten so saniert werden, daß eine Investition in der Richtung möglich ist. Da darf ich mich aber auch nicht ausnehmen, wenn ich sage, daß das auch ein Versäumnis der Politik ist, daß über Jahre und Jahrzehnte mögliche Nutzungen zwar andiskutiert worden sind, aber eigentlich nie zur Ausführung gekommen sind. Da nehme ich mich auch nicht aus. Und ich glaube, da können sie sich alle miteinander nicht ausnehmen, obwohl ich gut verstehe, daß man dieses Gebäude sanieren und renovieren will, fachlich gut renovieren will und daß man auch sehr viel Geld in die Hand nehmen muß. Ich verstehe auch, daß man über diese Schiene unter Umständen versucht, Investitionen, die man dort tätigen muß, auch hereinzubekommen, ohne daß die Stadt sozusagen ad hock hier zahlen muß.

Es ist zwar die Fachhochschule heute schon einmal - haben sie sie erwähnt? Es ist einmal in Diskussion gestanden, warum letzten Endes die Fachhochschule nicht hineingekommen ist. Lt. meinen persönlichen Recherchen ist das sicher nicht aus sachlichen Gründen passiert. Hier wird immer ins Treffen geführt, daß man für eine Fachhochschule sehr hohe finanzielle Zubeßen leisten muß etc. Ich erinnere aber im gleichen Zusammenhang auch daran, wieviel Millionen wir über die Jahre in die Hack-Werke investiert haben, die zwar in einem schlechteren Zustand als das Bürgerspital waren und mit dem Endeffekt, daß wir die Fachhochschule jetzt in Steyr nicht haben, dafür hat sich Krems diese eingeheimst und freut sich wahrscheinlich sehr.

Zu den Sanierungsmaßnahmen, diese 3,5 Mio. S, die immer kolportiert werden, hier möchte ich ein bißchen in den Mietvertrag einsteigen, der mir in manchen Punkten höchst diskussionswürdig vorkommt. Hier wird beschrieben, daß das Dach saniert wird, die Risse und wesentliche Schäden in den Räumen anschließend der notwendigen Sanierung der Abwasserleitung behoben werden. So. Das kommt mir, mit Verlaub, ein bißchen dünn vor. Ich weiß nicht, wer aller von ihnen in letzter Zeit in diesem Gebäude war. Sicher nicht der gesamte Gemeinderat. Sicher nur die Personen, die sich intensiver mit diesem Projekt beschäftigt haben. Und ich muß sagen, mich hat es ehrlich gesagt erschreckt und mir ist der kalte Schauer heruntergeronnen, als ich dieses Gebäude von innen gesehen habe. Jetzt stellen sich natürlich insofern Fragen, ob wir mit diesen 3,5 Mio. S überhaupt das Auslangen finden werden. Weil es ist nämlich nicht so, und das ist heute schon einmal erwähnt worden, daß wir jetzt schon ein quasi Übereinkommen über sämtliche Maßnahmen haben, die der Herr Mag. Mahringer macht, ob die im Einklang mit dem Bundesdenkmalamt sind, ob die im Einklang mit unserem Altstadtpfleger passieren etc. etc. Es gibt noch keinen Einreichplan auf der Gemeinde über die notwendigen Umbaumaßnahmen. Ich habe mit meinem Kollegen versucht, rechtzeitig hier im Magistrat eine Bürgermeisteranfrage unterzubringen. Wir haben diese am Mittwoch abgesandt. Der Herr Dr. Schmidl hat gesagt, daß sie nie hier angekommen ist. Macht nichts, weil wesentliche Teile ohnehin schon in der Presseaussendung beantwortet worden sind. Trotzdem sind noch einige Fragen offen.

Wenn wir uns die Risse betrachten, hat es hier ein Gutachten gegeben, das übrigens nicht in die Hände des Herrn Dr. Kaiser gelangt ist. Ich weiß nicht, wo es liegt. Ich nehme an, daß es bei der GWG liegt. Es gibt ein Gutachten des Herrn Dipl.-Ing. Moschner, der besagt, daß die Risse im Bau zum Stillstand gekommen sind. Ich denke mir, das ist die Grundvoraussetzung, daß seitens der GWG, die ja hier auch dieses Haus überwacht, diese Maßnahme überhaupt gemacht werden kann. Würden sich nämlich diese Risse weiter fortsetzen, denke ich mir, würde die Sanierung weitaus teurer kommen.

Tatsache ist, daß bei meinem Besuch am Dienstag die montieren Spione - ich glaube, es sind eine ganze Menge -, aber eines war auf jeden Fall auffallend, daß ein Spion herunter lag. Jetzt kann man

darüber philosophieren. Ein Spion ist eine Glasplatte - ich glaube, ich brauche das nicht erklären -, die Bewegungen im Gebäude kontrollieren soll. Dieser Spion lag herunter. Ich habe mich mit Herrn Dr. Kaiser zusammengesetzt und gefragt: Was bedeutet das, wenn ein Spion herunter liegt? Herr Dr. Kaiser hat gesagt, es könnten 2 Möglichkeiten bestehen, entweder hat ihn jemand heruntergehauen oder das Gebäude bewegt sich noch. So. Dipl.-Ing. Moschner sagt, dieses Gebäude bewegt sich nicht. Herr Dr. Kaiser sagt, daß über die Jahre und Jahrzehnte dieses Gebäude in Bewegung war und daß durch den Kanalumbau unter Umständen eine Reaktion im Gebäude ausgelöst worden ist, die Setzungen unter Umständen beschleunigt hat. Was passiert, wenn es sozusagen kein neueres Gutachten gibt? Was passiert, wenn sich dieses Gebäude nach wie vor setzt und wir die 3,5 Mio. S dort investieren. Was passiert weiter? Wo und in welcher Höhe müssen wir weiterinvestieren?

Zu den baulichen Veränderungen, die ja hier immer wieder so in den Raum gestellt werden: „Aber um Gottes willen, es passiert doch nichts mit diesem Gebäude“ und „mein Gott, 365 Tage Weihnachten, das ist eine Geschmacksfrage.“ Die baulichen Veränderungen, meine Damen und Herren, sind beileibe noch nicht ausdiskutiert. Und es kommt zu baulichen Veränderungen. Oder glauben sie, daß bei einem 15 Mio. S-Invest nicht am Verputz gekratzt wird, nicht dort und da verbreitert und vergrößert wird? So ist es aber auch, daß dort verbreitert und vergrößert wird, weil wie mir Herr Mag. Mahringer sehr glaubhaft erzählt hat, hat er aufgrund der geringen Türbreite und durch die vorbeilaufende Bahn die Schwierigkeit, daß sich ein relativ kleiner Blickwinkel für den Betrachter ergibt und es natürlich in der Natur der Sache liegt, daß man die Türen insofern erweitert, daß sich dieses Panorama einfach optimaler darstellt. Eine Erweiterung der Türen und anderer Maßnahmen - von den gotischen Gesimsen etc. - sind wesentliche bauliche Veränderungen, die in diesem Gebäude stattfinden. Lügen wir uns doch nicht gegenseitig immer wieder etwas vor, daß ohnehin nichts passiert! Ich habe von Anfang an nicht geglaubt, daß es so ist, daß der da drinnen seine Schienen verspannt, daß die Bahn da durchfährt und rundherum nichts passiert. Interessant natürlich ist der Zusammenklang zwischen Dr. Kaiser und Mag. Mahringer. Und hier ergeben sich größere Schwierigkeiten, weil natürlich seitens des Denkmalamtes die notwendigen Bedenken geäußert werden müssen und der Investor natürlich auch ein legitimes Recht darauf hat, daß seine Investition so optimal wie möglich umgesetzt wird. Klar - von beiden Seiten! Aber das heißt auch, daß unter Umständen Kompromisse erzielt werden müssen, die nicht auf eine Unveränderbarkeit dieses Bauwerkes hinzielen, sondern z.B. beim Dach, wo der Betreiber wünscht, daß es hier zu einer Isolierung kommt, wird klar und dezidiert seitens des Bundesdenkmalamtes gesagt, bitte, eine Rigipsverplattung kommt überhaupt nicht in Frage, weil die historische Substanz für den kundigen Betrachter und auch für den nichtkundigen Betrachter immer präsent sein muß, und das muß man einfach sehen. Hier gibt es Schwierigkeiten noch und nöcher, und ich fürchte, daß bei dieser ganzen Diskussion diejenigen auf der Strecke bleiben, die wahrscheinlich - so vom Bauch heraus - die meiste Verantwortung für dieses Bauwerk fühlen. Auf der Strecke werden auch jene bleiben, die sagen, dieses Bauwerk ist in seiner historischen Substanz so und richtig zu erhalten und daß man unter Umständen nach Abschluß des Mietvertrages dann immer wieder die ins Treffen führen kann. Ich bitte sie, seien sie doch nicht so fad, oder seien sie doch ein bißchen kommod. Jetzt haben wir das alles über die Runden gebracht und sie regen sich da jetzt auf, daß man den Türsturz verändert, daß man dort und da durchbricht, damit das Ganze optimaler wird.

Eine Frage steht nach wie vor noch im Raum. In der Presseaussendung des Magistrates werden 150.000 Besucher pro Jahr kolportiert. Lt. Aussage des Herrn Mahringer wird es 350 Betriebstage geben. Das sind nach Adam Riese pro Tag 428 Besucher. Auch eine interessante Besucherzahl. Bedenkt man nämlich, daß es wahrscheinlich im Laufe des Jahres einmal zu einem vermehrten und dann zu einem niedrigen Aufkommen kommen wird, im Sommer werden unter Umständen wahrscheinlich weniger Leute kommen als im Winter, und das führt mich gleich zur Frage: Wie schaut denn das aus, wenn unter Umständen nicht 428 kommen, sondern im November, Dezember einmal 600, wie schaut denn dann das Verkehrskonzept aus, wenn - wie geplant - am Stadtplatz dann 10 bis 12 Autobusse im Laufe des Tages stehen müssen und diese Besuchermenge auch dort aufzufangen ist? Wie schaut denn das aus? Oder wenn sich die Busse am Wieserfeldplatz versammeln, wo wir wissen, daß sich dort schon der städt. Bus „durchwuzeln“ muß usw. usf.? Das sind Fragen, die unter Umständen noch geklärt werden sollten und wo es auch zu hinterfragen wäre,

ob diese Daten unter Umständen auch stimmen.

Zur Wirtschaftsbelebung des Steyrdorfes hätte ich noch folgende Frage. Hier wird immer argumentiert, daß es sozusagen, das ist ja noch einsichtig für die Leute, daß sie sagen, wenn die am Wieserfeldplatz parken und marschieren dann durch Steyrdorf - das ist schon in Ordnung -, wobei ich mir die Frage erlaube, ob deswegen bei diversen Firmen, z.B. beim Simacek mehr Modelleisenbahnen gekauft werden oder beim Fröhlich mehr Krapfen. Das könnte schon möglich sein, aber nur mit dem bloßen Durchmarschieren wird sich's wahrscheinlich nicht haben. Weil wenn man nur argumentiert, daß die Leute durchgehen, dann müßten Fußballplätze die Topwirtschaftsräume sein, weil dort sind auch unheimlich viele Leute.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bei Manchester United schon.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Zur Anregung von Frau Mag. Frech, es stimmt, daß es am Firmenbuch des Bezirksgerichtes Steyr noch keine Eintragung bezüglich einer Christkindl Betreiberges.m.b.H. gibt, aber es gibt einen Notariatsakt, abgefaßt bei einem Notar in Windischgarsten, der das schon eingereicht hat. Es kommt ja darauf an, daß die Einrichtung stattfindet und dieses Kapital eingezahlt worden ist, die Hälfte von S 500.000,--. Das ist eine Sache, die juristisch einwandfrei ist. Ich denke mir, dort wird man keine Verzögerung herauslukrieren.

Letztendlich haben wir im Gemeinderat, abgesehen davon, daß wir auch die Wirtschaft in Steyr beleben, auch eine moralische Kompetenz in manchen Dingen. Sicher ist es hinterfragenswert, aber für mich und für unsere Fraktion sind noch so derartig viele Fragen offen, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß das jetzt die optimalste Lösung ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste am Wort, Frau Kollegin Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Das Vorhaben, aus einem baulichen Juwel unserer schönen alten Stadt Steyr im weitesten Sinn eine Geisterbahn zu machen, hat mich in mittlere Panik versetzt. Gerade ein so wichtiger Bau wie das Bürgerspital, der seine Geschichte hat und eine wertvolle mittelalterliche Baustruktur aufweist, die bis heute vollständig erhalten ist, darf nicht einfach ein Experimentierfeld für irgendwelche Unternehmen sein.

Dr. Ofner beschreibt in seinem 1956 erschienen Buch „Die Eisenstadt Steyr“ auf Seite 21 das Bürgerspital, wie folgt: Für alte, arme und kranke Bürger bestand schon im 12. Jh. in Steyrdorf eine Fürsorgeanstalt: das Spital. Eine Stiftung zu demselben durch Wecelo de Stire aus dem Geschlecht der Gundaker von Steyr wird bereits um 1180 erwähnt. Zu Beginn des 14. Jh. weihte Bischof Ruger den dazugehörigen für die Spitalsinsassen bestimmten Friedhof. Im Jahre 1302 wurde das Gebäude ein Raub der Flammen. Königin Elisabeth, Gemahlin Albrechts des I von Habsburg, damals Inhaberin der Herrschaft Steyr, ließ es wieder aufbauen. 1305 waren Kirche und Spital vollendet. Danach wurde bis ins 16. Jh. an dem Gebäude weitergebaut. Aus dieser Zeit stammt auch die gut erhaltene Bausubstanz. Dies nur, um ihnen die enorme Bedeutung dieses Gebäudes vor Augen zu führen. Ein so wichtiges Bauwerk darf nicht zerstört werden.

Auch wenn an der Außenfassade keine Veränderungen vorgenommen werden sollen, es ist schlimm genug, wenn die Innenräume verändert werden.

Bis jetzt ist auch noch nicht klar, wie die Situation einer Umkehrschleife der Bahn gelöst werden soll. Man würde hiebei nicht über Mauerdurchbrüche hinwegkommen. Wenn ein derartig

geschichtsträchtiges Objekt vorhanden ist, ist die gesamte Baustruktur, die die ursprüngliche Verwendung als Spital aufweist, zu erhalten.

Es spricht ja gar nichts dagegen, es erscheint geradezu vernünftig und notwendig, das Haus einer Nutzung zuzuführen, auch für eine permanente Ausstellung, um dadurch den Stadtteil Steyrdorf auch wirtschaftlich zu beleben. Es geht lediglich darum, daß durch den Einbau einer Bahn, auch wenn man noch so schonend mit der Bausubstanz umgeht, sich doch gewaltige bauliche Veränderungen in diesem alten Gebäude als notwendig erweisen würden. Aus diesem Grund habe ich mich auch mit dem Landeskonservator Univ. Prof. Dr. Lipp ins Einvernehmen gesetzt, der meine Befürchtungen teilt. Im gestrigen Telefongespräch teilte er mit, daß es bislang nicht zur Vorlage eines Projektes im Sinne einer Einreichung gekommen ist. Auch eine Kalkulation der Kosten ist nicht vorhanden. Außerdem hat sich der Betreiber auch nicht über die defekte Dachsituation geäußert. Es war immer nur vom Zuschmieren von Rissen die Rede. Herr Dr. Lipp hat die Situation jedoch zum Anlaß genommen, den Betreiber noch einmal daran zu erinnern, daß eine Einreichung des Projektes notwendig sei. Die formalen behördlichen Akten sind noch erforderlich, nicht vorhanden. Herr Dr. Euler wurde mit dieser Angelegenheit betraut. Herr Dr. Lipp ist der Meinung, daß es hier, wenn überhaupt, lediglich einen Grundsatzbeschluß geben kann, daß man gegen das Projekt einer Ausstellung ohne Bahn an sich nichts einzuwenden hat, allerdings nur unter den Voraussetzungen, daß a) ein genehmigtes Projekt vorliegt, b) die inkludierten baulichen Maßnahmen für den Betreiber feststehen und c) die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel ausschließlich zur Sanierung der vorhandenen Bausubstanz aufgewendet werden.

Ich habe Herrn Dr. Lipp gebeten, dieser Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und die Sache noch einmal zu überdenken.

Eine wirtschaftliche Belebung des Ortsteiles Steyrdorf ist zwar wünschens- und erstrebenswert, jedoch nicht mit allen Mitteln.

In diesem speziellen Fall habe ich mich in erster Linie als Bürgerin der Stadt Steyr an die Institution des Bundesdenkmalamtes und an den Landeskonservator gewendet, da mir die Erhaltung eines unserer wertvollsten und schönsten Gebäude unserer Stadt besonders am Herzen liegt. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Nächster, Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es wäre verlockend, noch einige Passagen aus der Rolleder-Chronik, das ist übrigens ein Original, sehr selten - das ist nicht deine, das ist meine - zu zitieren.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ich werde das nicht tun. Die Geschichte des Bürgerspitals ist nicht nur eine sehr lange, sondern auch eine sehr wechselhafte, wie man das in diesem tollen Buch nachlesen kann. Wir haben uns die Entscheidung über den Mietvertrag, der heute zur Abstimmung ansteht, wahrlich nicht leichtgemacht. Ich muß gestehen, daß ich viele Dinge, die der Kollege Apfelthaler heute aus Besorgnis vorgetragen und angemerkt hat, nicht nur teile, sondern auch verstehe. Ich bin auch nicht der Meinung, daß es nur eine Frage des Geschmackes ist, sondern vielleicht auch der Ethik, ob wir wirklich so eine Mischung aus Euro-Disney und Pöstlingberg/Grottenbahn brauchen. Aber die Welt ist vielleicht eine andere geworden, und wenn man das nur von der wirtschaftlichen Seite betrachtet, werden vielleicht durchaus positive Ergebnisse überbleiben. Über die tatsächliche Wirtschaftlichkeit dieses Projektes brauchen sich der Gemeinderat und wir keine Sorgen zu machen. Dieses Risiko trägt ja der Herr Mahringer.

Nachdem der Kollege Apfelthaler ja auch Obmann des Prüfungsausschusses ist, würde ich auch

vorschlagen, nachdem diese Bedenken berechtigt sind, zu prüfen, ob man sich wirklich daran hält. Ich wohne selbst in einem Gebäude, das mehr oder weniger denkmalgeschützt ist; es ist ensemblesgeschützt. Es ist ja so und dazu brauche ich keinen Mietvertrag und keine Änderung hier im Gemeinderat, jede Änderung in diesem Gebäude bedarf der Zustimmung des Denkmalamtes. Das ist einmal so. Und wenn dort, was wir ja nicht annehmen, vor allem in diesem wunderschönen Eingangsbereich, wo auch hier ein ganz toller Stich in dieser Rolleder-Chronik ist, diese wunderschönen Losensteiner-Marmorsäulen verändert werden sollten oder in diesem Eingangsbereich etwas verändert werden sollte oder wie sie gesagt haben, daß Ausbrüche und Ähnliches geplant sind, dann muß wirklich rechtzeitig eingeschritten werden. Das darf nicht zugelassen werden. Es gibt auch eine Baurechtsabteilung, die man sofort informieren müßte. Es gibt auch eine begleitende Baukontrolle. Ich weiß nicht, wieweit man sie zur ständigen Kontrolle heranziehen sollte. Das wäre ein ganz ein wesentliches Anliegen an diese Abteilung. Wir werden aber letzten Endes diesem Projekt zustimmen.

Die Äußerungen vom Herrn Kollegen StR. Mayrhofer sind ja sehr interessant. Er kann vielleicht nichts dafür, weil er noch nicht so lange da herinnen ist, aber seine Vorgänger haben ja bitte die letzten Sargnägel in diesen Stadtteil hineingehauen. Sie sind ja jetzt der Obmann der Wirtschaftskammer und ihre Aussage ist schon interessant, indem sie es mehr oder weniger von der Seite der Geschäftstreibenden abschreiben. Dieses Eingeständnis haben sie nämlich hier heute gemacht. Seinerzeit, wie ihr Vorgänger Schloßgangl sehr massiv diese Vergrößerung des Taborlandes mitbetrieben hat, hat man nämlich auch noch ein Schäuflein nachgelegt, damit die Geschäftstreibenden dann letzten Endes dort angelangt sind, wo sie heute sind, nämlich vor dem totalen Zusperrren. Sie brauchen sich heute nicht als Retter des Steyrdorfes aufspielen. Vor einem halben Jahr haben sie noch eine Werbekampagne gestartet, die zigtausend Schillinge gekostet hat, und heute geben sie hier ganz offen zu, daß dieses Viertel als Geschäftsviertel wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr existieren wird. Ich gebe ihnen recht. Herr Dr. Pfeil hat das auch gesagt. Es ist nur interessant, daß das auch von ihrer Seite so eingestanden wird.

Wir werden diesem Projekt die Zustimmung geben. Wir werden aber mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln schauen, was sich dort tatsächlich abspielt. Es ist vielleicht auch die Frage zu klären - für mich ist es nicht ganz nachvollziehbar -, daß man da wirklich 350 Tage im Jahr dort den großen ... macht. Das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, daß bei 35 Grad die Leute da durchfahren und sich Weihnachten in Steyr anschauen. Aber wie gesagt, das ist nicht unser Problem, das ist nicht unser Risiko. Ich glaube es nur nicht ganz. Ich finde es auch kitschig.

Wenn Herr Mahringer seinen Krempel eines Tages dort wieder abbauen muß, soll auch sichergestellt sein, daß er den abbauen muß und nicht, daß der Gemeinde dadurch wieder Kosten entstehen.

Herr Mayrhofer hat auch diesem Budget zugestimmt. Sie sind zuständig für Denkmalpflege und Altstadterhaltung. Sie haben es auch bei diesem Budget, obwohl sie dem zugestimmt haben, verabsäumt, Mittel zur Sanierung für dieses Gebäudes vorzusehen. Das möchte ich ihnen auch noch sagen. Und jetzt spielen sie hier plötzlich eine ganz andere Rolle.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Nächster, Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich als geborener Steyrdorfer sehe mir dieses Projekt natürlich ganz besonders genau an. Vor einiger Zeit - und wir haben es gerade gehört, hat es im 13. Jh. dort gebrannt - war ich einmal in der Kirchengasse und mir ist die offene Türe des Bürgerspitals aufgefallen. Ich habe die Gelegenheit genutzt, dort hineinzugehen und war ganz überrascht, daß ich bis auf den Dachboden gehen konnte. Ich habe mich schon gewundert, warum die Liegenschaftsabteilung oder die GWG dieses Gebäude offenstehen läßt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Da ist ja ein Künstler drinnen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Und wenn es mir gelungen ist, bis auf den Dachboden hinaufzukommen, dann wäre es auch sicher Kindern gelungen, dann wäre es vielleicht auch Tieren gelungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Brandgefahr in so einem Gebäude eminent ist. Man sieht oben sogar ein Zimmer rauchgeschwärzt, weil es einmal aus einem Kamin, wo der Deckel gefehlt hat, gebrannt hat.

Ich finde es irrsinnig positiv, daß wir jetzt so lange debattieren. Ich hätte mir gewünscht, daß wir das früher auch gemacht hätten, sogar noch vor unserer Zeit. Es gibt einen Fotohändler in Steyr, der hat bis auf die Vorderfront ein ganzes Gebäude ausgehöhlt und mit einer Rolltreppe versehen. Man hat im Bereich des ehemaligen Kriszan-Hauses ein gotisches Haus abgerissen. Wir machen uns jetzt wirklich Gedanken, das freut mich. Ich habe in der letzten Periode immer wieder diesen unglückseligen Balkon mit dem eloxierten Eisen erwähnt. Da sind alle von der Bauabteilung vorbeigefahren, jeder hat gesehen, daß man das gemacht hat, und es nichts passiert, das zu verhindern. Jetzt sprechen wir so genau darüber, daß ich glaube, daß es fast undenkbar wäre, wenn hier nicht der Herr Dr. DI Kaiser wahrscheinlich jeden Tag da hinübergeht und schaut, ob nicht der Herr Mag. Mahringer wirklich was kaputt macht, was er nicht machen darf. Das wird er sicher tun. Das nehme ich an.

Dieses Horrorszenario von Gemeinderat Apfelthaler, daß die Leute auf einmal zu Tausenden durch Steyrdorf gehen, kann ich nicht teilen. Positiv wäre es auch für sie mit ihrem Büro dort. Vielleicht bekommen sie dann mehr Mitglieder,

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

..., wenn mehr vorbeigehen. Das ist auch eine Belebung und eine Bereicherung für sie.

Der Mietvertrag selbst, muß ich sagen, unterscheidet sich gewaltig von früheren Mietverträgen. Da hat es Mietverträge gegeben, wo man den Pächtern die Kaffeemaschine auf Kosten der Stadt ersetzt hat. Es gibt jetzt noch Pachtverträge wie das Schloßparkpavillon, wo wir alle nicht zufrieden sind. Ich glaube, dieser ist sicher ausgefeilter.

In Pkt. IX ist drinnen, daß alle baulichen Veränderungen über das Bundesdenkmalamt zu machen sind. Unser Abänderungsantrag ist eine zusätzliche Ergänzung. Ich kann aber auch ohne den leben. Ich glaube, daß man auch den unternehmerischen Mut von Herrn Mag. Mahringer schätzen soll. Wir sollen uns wirklich trauen, auch Leuten etwas machen zu lassen. Er riskiert einiges. Wenn es schiefgeht, hat er das ganze Pech damit. Wenn es beim Haus nichts anderes gibt, es wird ja nicht abgerissen oder in irgendeiner Form verändert. Wenn ich mit dem vergleiche, was ich vorhin erwähnt habe, da hat es Sachen gegeben, die gewaltig waren. Ich möchte das von dieser Warte betrachten und wirklich darauf hinweisen. Es ist schade, daß Herr Dr. Kaiser nicht hier ist. Er hätte sich das ruhig anhören können. Dann hätte er es auch von allen Gesichtspunkten gesehen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke auch. Das war der letzte, der sich gemeldet hat. Frau Mag. Frech hat einen Antrag gestellt, auf den wir noch zurückkommen. Das müssen wir schon noch abklären. Jetzt gibt es noch weitere Wortmeldungen. Kollege Kupfer, Frau Frech die zweite. Vielleicht können wir, bevor sie sich melden, sie haben ja einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung gestellt, die Frage klären, ob ein Vertrag gemacht werden kann, weil der noch nicht im Firmenbuch steht. Ich würde mich auch nicht in ein Firmenbuch eintragen lassen, wenn das Betriebsobjekt dafür noch nicht gesichert ist, dafür muß man ja zahlen. Ich würde den Aufwand sicher nicht im Vorfeld tätigen. Das ist vollkommen klar. Aber vielleicht kann Herr Dr. Schmoll ganz kurz diese Frage, die für eine

Sitzungsunterbrechung vorgesehen war, klären. Das interessiert uns alle, nicht nur die Frau Frech. Herr Dr. Schmoll, erklären sie uns vielleicht diese Dinge mit dem Firmenbuch usw., damit auch diese rechtlichen Fragen geklärt werden können.

OMR. DR. GERALD SCHMOLL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wie ich mit einigen von ihnen bereits persönlich besprechen konnte - und es ist ja hier auch schon angeklungen -, hat die Christkindlwelt BetreibergesmbH. durch Herrn Mag. Mahringer die Gesellschaft beim Notariat Obernberger in Windischgarsten gegründet. Der Notariatsakt dazu liegt vor und liegt im Akt in Ablichtung. Die Eintragung ins Firmenbuch erfolgte noch nicht. Es fehlen einerseits noch 2 Urkunden, wie mir der Herr Notar bestätigt hat, andererseits wird das Herr Mahringer, wie auch der Herr Bürgermeister gesagt hat, aus verständlichen Gründen nicht machen, weil ihm das ja etwas kostet. Wenn das Betriebsobjekt nicht gesichert ist, platzt die gesamte Gesellschaft. Es wäre daher nicht sinnvoll, bereits vorher die Eintragung ins Firmenbuch zu beantragen. Vorgesehen ist, den Vertrag, der heute zur Beschlußfassung vorliegt, natürlich so lange nicht zu unterfertigen - zumindest nicht von seiten der Betreibergesellschaft - bis die Eintragung dann im Firmenbuch erfolgt ist. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist diese Antwort ausreichend?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ist es darüber hinaus möglich, Auskunft über die Investoren zu erhalten, weil es schwirrt herum, daß es 5 Investoren gibt? Wir kennen eigentlich nur Herrn Mahringer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nach Auskunft des Herrn Ing. Mahringer ist er Alleingesellschafter oder Geschäftsführer. Er hat einige Finanzpartner.

OMR. DR. GERALD SCHMOLL:

Er ist alleiniger Geschäftsführer und alleiniger Anteilsinhaber ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er ist rechtlich uns verantwortlich. Mit welchen Banken er sein Investitionskapital aufbringt, das ist ja wirklich nicht mehr unser Thema. Irgendwo müssen wir schon die Kirche im Dorf lassen. Ist jetzt die rechtliche Frage für sie geklärt? Wer war da noch? Kollege Kupfer, Engelbert Lengauer, Wetzl die zweite und die Frau Frech.

Also toll. Das gefällt mir, wie die Debatte läuft. Das hätten wir schon früher machen müssen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist ein guter Ansatzpunkt, Herr Bürgermeister, das ist eigentlich meine erste Wortmeldung, nämlich die Vorgangsweise. Wir haben bis jetzt ja nicht die Möglichkeit gehabt, daß wir irgendwo über dieses Projekt diskutieren. Es wäre schön gewesen, wenn es unter Umständen schon im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes hätte diskutiert werden können. Da ist es noch nicht vorgelegen. Es wäre auch schön gewesen, wenn wir ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist eh geschehen, da habe ich die ersten Mitteilungen darüber gemacht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Diskutiert wurde es nicht. Und es steht auch nicht so im Stadtentwicklungskonzept. Es ist auch in keinem Ausschuß behandelt worden. Ich denke mir, das kann man nicht so mit einer Handbewegung abstreifen, daß das egal ist. Es ist wichtig, daß dieses Thema ausführlich behandelt wird, weil es ja die Stadt betrifft. Wir haben es weder im Stadtentwicklungs- noch im Bauausschuß behandelt und wie ich erfahren habe, ist dieser Mietvertrag auch erst nachträglich in den Stadtsenat gekommen. Mir

geht das persönlich ein bißchen zu schnell. Auch zu schnell gehen mir diese Umbaumaßnahmen. Es ist heute schon des öfteren angesprochen worden, daß jetzt bis zum 1. Mai die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen gemacht werden müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in den nächsten 2, 3 Monaten in so einen Zustand kommt, daß es bezugsfertig ist. Dieser 1. Mai ist zwar ein schönes Datum und der Beginn der Landesausstellung, daß man das gleichzeitig macht, aber es wäre mir lieber gewesen, wenn man versucht hätte, das nicht so durchzupreschen, sondern daß man das ausführlich diskutiert und all die Fragen, die heute im Laufe der Diskussion noch aufgetreten sind, unter Umständen gemeinsam abhandelt. Es ist ja nicht schlecht, wenn das Bundesdenkmalamt auf die Einreichplanung reagiert und wir dann aufgrund dieser Einreichplanung und der möglichen zusätzlichen Anforderung seitens des Bundesdenkmalamtes dann reagieren und diesen Mietvertrag abschließen. Jetzt wissen wir noch nicht einmal, was tatsächlich saniert werden muß.

Was z.B. für mich auch vollkommen unklar ist, das sind die sanitären Einrichtungen. Es müssen höchstwahrscheinlich Toiletten eingebaut werden oder es muß irgendwo im Bereich eine öffentliche Toilette geben, wenn da im Winter - in Spitzenzeiten - unter Umständen an die 1.000 Leute kommen werden.

Es gibt eine Formulierung, die ich gerne nachfragen möchte, unter Pkt. V im Vertrag, da steht, daß für das Objekt Sierninger Straße 1 die Vertragsparteien einen monatlichen Mietzins von S 75,-- inkl. USt. ausverhandelt haben. Sind das jetzt generell S 75,-- oder pro Quadratmeter?

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR und
VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:**
Pro Quadratmeter!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das steht aber nicht drinnen. Das ist eine formale Geschichte, aber ich denke mir, daß das im Vertrag steht. Eine Frage hätte ich noch zu diesen 3,5 Mio. S, die die Stadt in die Gebäudesanierung sofort investiert und wie es im Mietvertrag steht: gegen Rechnungslage. Ich denke mir, daß es schon sehr wichtig wäre, daß die Stadt die Ausschreibungen vornimmt, daß die Stadt vergibt und daß diese Angebote auch nach Vergabeordnung der Stadt abgehandelt werden. Weil wie wissen wir, wer diese Arbeiten, die doch die Substanz des Gebäudes betreffen, die sozusagen im Hauptinteresse der Stadt liegen, macht. Natürlich wird das Ganze vom Bundesdenkmalamt etc. überprüft und erfolgt diese begleitende Aufsicht durch den Magistrat bzw. wird Dr. Kaiser das Ganze auch prüfen. Nur wäre es mir lieber, wenn dieses 3,5 Mio. S für die einzelnen Bauabschnitte oder Baumaßnahmen von der Stadt ausgeschrieben werden, um da auch eine gewisse Transparenz herzustellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Kollege Lengauer, war der nächste.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich hätte nur einen Vorschlag. Die Diskussion wurde doch teilweise sehr ernsthaft geführt und wirklich ernste Überlegungen wurden dargelegt. Müßten wir nicht doch, Herr Bürgermeister, die Bewohner von Steyrdorf offiziell über dieses Gebäude und über das Vorhaben informieren, damit wir doch teilweise Unruhen oder Unruhen, die etwa auftreten könnten, vermeiden könnten und damit nicht wieder irgendwo hinterrücks jemand eine Befragung macht und Unruhe stiftet? Ich glaube, es wäre recht sinnvoll, das Volk und die Bewohner von Steyrdorf einfach offiziell über das Vorhaben bei einem Abend zu informieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Kollege Wetzl war der nächste.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich möchte nur ganz kurz die Ausführungen des Herrn StR. Mayrhofer replizieren, nachdem der Herr Bürgermeister offensichtlich auch die Zustimmung erteilt hat. Insofern bin ich doch ein bißchen von ihnen enttäuscht, wenn sie als erfolgreicher Geschäftsmann nicht über elementare juristische

Kenntnisse verfügen. 1. Sie haben gesagt, wir können nach 10 Jahren kündigen. Das ist ja vollkommen unrichtig. Bitte, es gilt das Mietrechtsgesetz, der hat vollen Mieterschutz. Wenn der seine Verpflichtungen erfüllt, dann bekomme ich den auf 150 Jahre nicht raus. 2. sagen sie, welcher Nachteil entsteht er für uns, wenn er vorzeitig kündigt, z.B. schon '98, aus welchem Grund auch immer, das Projekt läuft nicht. Der Nachteil entsteht insofern, wie ich schon gesagt habe, wir investieren in dieses Objekt 3,5 Mio. S. Natürlich führt das zu einer Wertverbesserung, und das setzt voraus, daß wir anschließend überhaupt wieder einen Mieter finden. Weil wenn wir dann keinen Mieter haben, dann sind die Verbesserungen für die Katz'. Es werden auch bauliche Adaptierungen im Inneren vorgenommen. Jetzt könnte man natürlich sagen, wenn im Mietvertrag stehen würde, der Mieter verpflichtet sich, nach Ablauf des Vertrages den Urzustand wieder herzustellen, dann sind wir aus dem Schneider. Das steht aber nicht drinnen, wenn man den Mietvertrag liest. Er führt ja zahlreiche bauliche Adaptierungen durch. Jetzt wird eine Bahn installiert usw., na freilich, er gestaltet es um. Ein neuer Mieter ist vielleicht gar nicht daran interessiert. Das heißt, es sind dann zusätzliche Investitionen erforderlich, um das wieder rückgängig zu machen.

3. frage ich mich, was spricht eigentlich gegen den Abschluß eines Räumungsvergleiches oder gegen einen befristeten Mietvertrag auf 10 Jahre, wenn er dafür ist. Der Herr Ing. Mahringer hat gesagt, daß er nichts dagegen einzuwenden hat. Also was spricht dann dagegen? Welches sachliche Argument? Er ist dann 10 Jahre daran gebunden. Wenn er dafür ist, dann akzeptiert er das, dann ist das für uns ein günstiger Vertrag. Wenn es für ihn ungünstig ist, das bitte, er ist Geschäftsmann, muß er selber beurteilen. Wenn er mit dem Abschluß auf 10 Jahre einverstanden ist, dann akzeptiert er das, dann haben wir einen für uns günstigen Vertrag abgeschlossen.

Die Ausführungen der Frau Mag. Frech, die richtig sind, wie wir gehört haben, daß er in dem Firmenbuch steht, macht an und für sich nichts, wie Dr. Schmoll wahrscheinlich bestätigen wird, weil er haftet ohnehin in der Gründungsphase persönlich für alle Verbindlichkeiten.

Letztendlich möchte ich aber noch eines sagen, Herr Stadtrat, und das stimmt mich doch bedenklich, wenn sie als Stadtrat die Geschäftsordnung nicht richtig kennen. Sie sagen, wir schaffen heute nur die Voraussetzungen. Wir beschließen heute. Das heißt, wir sind daran gebunden. Der Herr Bürgermeister kann dann nicht mehr, wenn er im Namen der Stadt den Vertrag unterzeichnet, sagen, na der und der Pkt. paßt mir nicht. Er ist dann vollinhaltlich an den Vertrag gebunden. Daher sollten sie wissen, daß wir nicht die Voraussetzungen schaffen, sondern wir beschließen heute darüber.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sie haben gesagt, wir schaffen heute die Voraussetzungen. Ich habe mir das extra aufgeschrieben, aber es wird im Protokoll nachzulesen sein.

Zusammenfassend kann ich sagen, es spricht nichts gegen den Abschluß eines befristeten Mietvertrages. Wenn Herr Ing. Mahringer, und so hat er es gesagt, dafür ist, nichts gegen eine Befristung einzuwenden hat, dann schafft das nur einen Vorteil für uns, also muß man dem, glaube ich, die Zustimmung erteilen, weil ja sonst nichts dagegenspricht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn er eine Zustimmung gegeben hätte, dann wäre er heute da. So habe ich nicht mehr als!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich weiß nicht, warum er nicht da ist. Er hat gesagt, er kommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Herr Dr. Wetzl. Ich sehe ein fundamentales Mißverständnis darin, daß sie immer glauben, wir geben dem 3,5 Mio. S. und der nimmt diese 3,5 Mio. S oder Teile davon, um hier seine Erlebniswelt auf die Schiene zu bringen. Das ist es nicht. In Wirklichkeit haben wir geprüft, daß die

3,5 Mio. S der Minimalaufwand dafür sind, um arge Baugebrechen in diesem Gebäude zu beseitigen. Ich erinnere, und das können sie vielleicht noch nicht so genau verfolgt haben oder hat sie das damals nicht so betroffen, daß vor ungefähr 2 Jahren in den Medien ein heftiger Schlagabtausch stattgefunden hat, wo behauptet wurde, wir lassen dieses wundervolle Gebäude in den Bach fallen und furchtbar wird es sein. Natürlich war es nicht furchtbar. Wir haben ein Ingenieurbüro und einen Vermessungstechniker beauftragt. Die haben genau untersucht, um welche Form von Baugebrechen es sich handelt, und das ist alles dokumentiert worden. Es hat vorübergehend nach Kanalbauarbeiten gewisse Setzungen gegeben. Es ist hier ein Verfahren angestrengt worden, ob hier Versicherungsleistungen der bauausführenden Firma fällig werden. Es sind Vermessungen durchgeführt worden. Es hat sich gezeigt, daß sich nach einer gewissen Zeit dieser Bau vollkommen beruhigt hat, daß aber Risse und Baugebrechen vorhanden und hier Sanierungsarbeiten im Ausmaß von, damals wurde gesagt 2 - 3 Mio. S erforderlich sind.

Bei einer Ausschreibung, die erfolgt ist, und zwar durch Mahringer, hat man festgestellt, daß der Sanierungsaufwand dieser Baugebrechen wahrscheinlich 3,5 Mio. S umfassen wird. Um diese handelt es sich und um sonst gar nichts. Das heißt, wir investieren 3,5 Mio. S, die wir mit oder ohne Weihnachtserlebniswelt hätten investieren müssen. Und daher sehe ich den Zusammenhang nicht so, wie sie das in ihren Ausführungen zum Ausdruck bringen. In Wirklichkeit arbeitet hier Mahringer auf seine Kosten und auf sein Risiko. Er geht also in das alte Haus hinein und er geht deswegen hin, weil dieses Haus dort steht. Alle anderen Frequenzbringer für das Steyrdorf wie - ich weiß nicht - Nordstern, Nordstern heißen sie nicht, Nordsee bis Mc Donald's, die wir dringend gebraucht hätten und die wir seit Jahren suchen, gehen nicht dort hin, wo keine menschlichen Frequenzen sind. Sie gehen erst dort hin, wo schon Leute vorhanden sind. Aber mit diesem Projekt haben wir die Chance, zusätzliche Frequenzen in das Steyrdorf zu bringen, und das interessiert uns. Wir gehen kein Risiko in bezug auf die Durchführung dieses Projektes ein. Das macht der Herr Mahringer. 30, 40 Jahre bitte sehr ist dieses Haus ja wirklich vor sich hin „gedümpelt“. Und so eine Glanzleistung war das wirklich nicht, wenn vom Leo die Rede war oder vielleicht haben ein paar ihr Zitherspiel da drinnen geprobt, in letzter Zeit ist dort gemalt worden. Ich weiß das schon. Aber in Wahrheit haben unsere Amtsvorgänger, obwohl sie sich bemüht haben und verschiedene Projekte ausarbeiten haben lassen, keine geeignete Widmung gefunden. Und jede der möglichen Widmungen, das muß man ja noch einmal ganz laut sagen, jede, ganz gleich, ob das hier für eine Studentenquartierverwendung gewesen wäre, für Wohnungen, die zur Debatte gestanden sind, für die Bücherei, die zur Debatte gestanden wäre, oder ob man hier meint, man könnte dort die Fachhochschule mit Lehrsälen und Nebenräumlichkeiten errichten, die man recht schön im Fachhochschulgebäude besichtigen kann, das wir gerade errichten, der muß wissen und dem muß klar sein, daß jede dieser Aktivitäten aber um ein Haus mehr Veränderungen im Baukern mit sich brächte - aber weit mehr - und der Denkmalschutz ein Vielfaches an Gründen hätte, um dagegen zu Felde zu ziehen. Das ist der Punkt.

Bei diesem Projekt hat in Wirklichkeit - und ich sage das laut und das kann auch geschrieben werden - der Denkmalschutz kein Brot. Ich sage das ganz deutlich, weil nämlich keine Veränderungen vorgenommen werden, weil es nämlich nicht stimmt, daß Türen ausgebrochen werden, wie da dauernd behauptet wird, weil keine Durchbrüche gemacht werden - und gar nichts. Das einzige, was in letzter Zeit aufgetaucht ist, ist diese Frage, wie man das unter dem Dach machen wird, damit das wunderschöne Dachgebälk auch nachher noch sichtbar sein wird. Ich weiß nicht, wie viele jemals - außer den Denkmalschützern - am Dachboden waren. Ich weiß es nicht. Ich bin auch nicht dafür, daß man dort etwas zerstört. Ich bin nur der Auffassung, es gibt in Wirklichkeit nur die Frage zu klären, wie wird man dieses Dachgebälk noch sichtbar erhalten, trotz daß es da vielleicht eine Isolierung geben wird oder vielleicht wird es dort oben in dem Dachgeschoß kälter sein, wenn man mit dieser „Geisterbahn“ durchfährt. Aber die „Geisterbahn“ ist in Wirklichkeit auch die behindertengerechte Benützung des Hauses. Die wird nämlich mit dem auch sichergestellt. Das muß man sich alles überlegen.

Ich glaube daher, daß nahezu alle Argumente dafür sprechen, daß man dieses Haus der Nachwelt erhalten, man es sorgfältig sanieren kann und die Mittel aufbringt, daß man das auf diese Art neben den weiteren Nutzeffekten, die schon ausgeführt wurden und die ich jetzt auch gesagt habe, zustande

bringen kann.

Ich muß sagen, es ist noch nie, noch nie so eine ausführliche und umfassende Debatte über dieses Haus abgeführt worden. Aber erst das erste Mal jetzt, weil man endlich einmal eine Widmung dafür findet und weil wir vor diesem Vertragsabschluß stehen. Das möchte ich doch bei dieser Gelegenheit einmal bemerken.

Wenn es noch rechtliche Fragen gibt, steht natürlich Herr Dr. Schmoll zur Verfügung, um das noch zwischen den Juristen näher abklären zu können.

Frau Frech ist als nächste am Wort. Herr Dr. Pfeil meldet sich ein zweites Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer! Herr Bürgermeister, sie haben mir ein gutes Stichwort geliefert, nämlich, man muß sich alles genau überlegen. Das ist der Punkt. Ich gebe zu, bei der ersten, oberflächlichen Betrachtung finden sich eigentlich nur Pros. Ich bekenne mich persönlich zum Tourismus, und daher muß ich im Prinzip alles begrüßen, was zu einer Attraktivierung der Stadt Steyr im Bereich des Tourismus führt. Ich sehe auch im Tourismus eine wesentliche Zukunftschance für Steyr. Weiters glaube ich, daß es zu einer Attraktivierung von Steyrdorf kommen könnte, zu einer Frequenzerhöhung, die sich auch wieder positiv auf die Wirtschaftsbetriebe auswirken könnte. Auch ein etwaiger positiver Imagegewinn und eine positive Publicity für Steyr könnte gegeben sein. Man denke nur an die letzte Berichterstattung in den Medien, die schon über die Christkindlwelt stattgefunden hat, obwohl es sie noch gar nicht gibt. Auch gewisse Synergieeffekte, Umwegrentabilität stehen wahrscheinlich außer Streit und auch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen einer Privatinitiative ist natürlich zu begrüßen. Das würde an sich einmal alles für das Projekt sprechen.

Der Punkt, der ohnedies schon angesprochen worden ist, daß es eigentlich leider, jene, die sich mit diesem Projekt ganz genau beschäftigt haben, werden mir wahrscheinlich am meisten zustimmen können, keine Präsentation, keine gemeinsame Besichtigung des Hauses, kein Konzept, das man genau durchgegangen ist, gegeben hat. Jene, die nicht im Stadtsenat vertreten sind, haben hier das erste Mal die Möglichkeit, wirklich über das Projekt und über den Vertrag zu diskutieren. Wie gesagt, über die Pros des Projektes an sich gibt es für mich keine Frage, da müßte ich dem einmal die Zustimmung geben, vom touristischen und wirtschaftlichen Aspekt her. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß, wenn man unter der Oberfläche ein bißchen kratzt, eben eine Reihe von ungeklärten Fragen auftauchen. Die sind teilweise schon von der Grün-Fraktion und auch von den Freiheitlichen angesprochen worden. So ist für mich die Frage nicht ganz geklärt, inwieweit das Gebäude wirklich für den beabsichtigten Zweck geeignet ist. Dadurch, daß wir kein Konzept haben, keine genauen Planungen, auch nicht genaue Gutachten, wieweit sich diese zusätzliche Nutzung auf das Gebäude auswirken wird, fällt mir das schwer zu beurteilen.

Wir haben keine Langfristschätzung, zumindest war es für mich nicht eruierbar, welche Kosten uns im Prinzip als Vermieter tatsächlich entstehen werden, nämlich über die 3,5 Mio. S General- oder Grundsanierung hinaus und die Miete, die wir wieder in das Gebäude stecken, darüber hinaus sind wir auch als Vermieter verpflichtet, daß wir zusätzliche Ausgaben tätigen müssen, wenn das also über die Mieteinnahmen hinaus geht. Es gibt aber keine Kostenschätzungen.

Weiters taucht auch ein bißchen die Frage des Verkehrsproblems auf. Herr Mahringer hat bekundet, daß er vorwiegend auf Bustouristen setzen wird. Das heißt, wir werden dankenswerterweise auf der einen Seite zwar möglicherweise die Linienbusse etwas aus der Stadt hinausbringen, auf der anderen Seite werden wir aber vermehrt Reisebusse in die Stadt bekommen. Das sollten wir auch nicht außer Acht lassen.

Wie gesagt, diese fehlende Gesamtkonzeption gefällt mir auch nicht besonders. Auch was das Gebäude anbelangt, ist für mich die Frage, inwieweit wirklich in 3 Monaten diese Grundsanierung

stattfinden wird und ob wir nicht als Stadt in einen gewissen Interessenkonflikt kommen werden. Dieser ist heute auch schon angesprochen worden. Auf der einen Seite sind wir Vermieter des Gebäudes, das uns gehört, auf der anderen Seite könnte es da auch Zugeständnisse in Richtung Denkmalschutz geben. Das sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Ich würde mich vor allem dafür einsetzen, daß tatsächlich gesichert ist - und ich hoffe, daß die Bedenken, die heute schon geäußert worden sind, auch dazu führen, daß das ernstgenommen wird -, daß wirklich auf die Gebäudesubstanz geschaut wird, daß auch das Denkmalamt in alle Sanierungsschritte eingebunden ist.

Ich verstehe auch nicht ganz, was dagegen sprechen würde, diesen Räumungsvergleich zu schließen - vor allem nachdem Herr Mahringer bekundet hat, daß es für ihn kein Problem wäre bzw. wenn ohnedies fest steht, daß das Bundesdenkmalamt hier eine Einspruchsmöglichkeit hat - und diesen Passus hineinzunehmen, daß eben die 3,5 Mio. S auch abhängig von diesem positiven Bescheid sind. Vielleicht würden wir uns dann leichter tun, hier die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Bundesdenkmalamt ist eine Behörde. Ohne die geht das sowieso nicht, und außerdem waren die alle dort. Wie oft soll man das bitte sehr noch sagen! Auch der HR Lipp hat gesagt, daß er dazu in Wirklichkeit keine Äußerungen abgeben kann, weil keine Veränderungen vorgesehen sind; das habe nämlich ich mit ihm besprochen. Das darf ich auch hier mitteilen.

Ich muß euch ganz ehrlich sagen, ich habe den Eindruck, als wenn alle glauben, die Welt geht unter und alle machen sich um den Herrn Mahringer Sorgen - es ist fürchterlich - und daß er das vielleicht nicht in 3 Monaten hinbringt, wenschon, das ist sein Kaffee. Er wird sich sehr bemühen.

Ich weise aber auf ein ganz anderes Projekt hin, das gerade jetzt saniert wurde, und zwar nicht um 3,5 Mio. S grundsaniert, sondern um einen x-fachen Betrag, genaugenommen um den 10-fachen Betrag, um 35 Mio. S. Es handelt sich dabei um das Schloß Voglsang, das unter Denkmalschutz steht. Es ist generalsaniert worden. Es sind beträchtliche Veränderungen im Inneren dieses Hauses vorgenommen worden, sonst wäre das nie eine Seniorenresistenz geworden. Alle waren bei der Eröffnung glücklich und froh darüber, möchte ich euch sagen. Der Herr Dobrauz hat diese Generalsanierung um den 10-fachen Betrag in 6 Monaten geschafft. Kompliment, kann ich sagen - großartig. Eine Mordsleistung des Baubetreibers und eine Mordsleistung der Steyrer Wirtschafts- und Handwerksbetriebe, die das gemacht haben.

Nur, wenn wir im eigenen Bereich etwas machen, dann verläßt uns komplett der Mut. Und fürchterlich ist das, obwohl nichts geschieht. Nicht einmal eine Schraube wird hineingedreht, sondern verspannt wird diese Schienenbahn. Ich verstehe euch nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, daß ihr euch plötzlich - seid Menschen gedenken bringen wir das erste Mal etwas zusammen - so darüber erregen könnt und daß das - so scheint es - nicht machbar ist, weil ja die Welt einstürzt. Wenn wir nicht neues Leben in die alten Mauern hineinbringen, sind die alten Mauern nicht zu erhalten, sage euch ich.

Und das Bummerlhaus steht nur deswegen so sichtig und wunderbar dort, weil eine Bank drinnen ist, sonst hätte das nämlich keiner finanzieren können. Man muß diese Dinge einfach sehen, und ich bitte euch, das auch wirklich vor dem Hintergrund zu betrachten. Niemand will etwas Böses tun, sondern in Wirklichkeit können wir uns alle ein bißchen zurücklehnen. Ein bißchen aufseufzen, daß wir für dieses Haus eine Nutzung haben, daß wir mit verhältnismäßig geringfügigen finanziellen Aufwänden, noch leistbaren Aufwänden, diese Baugebrechen beheben können und daß für die nächsten Jahre die Aussicht besteht, daß wir dort Mieterträge erwirtschaften, daß wir das Haus weiter sorgfältig sanieren, restaurieren können, um es der Nachwelt zu erhalten, wie sich dieses Haus das auch verdient.

Es war noch eine Wortmeldung. Herr Dr. Pfeil war der nächste. Keiler ist in Vormerkung. Es ist ja

kein Wunder, ich bin schon ein bißchen überfordert. Ich halte das auch nicht so aus - die Lohnkürzungen und alles, was daherkommt.

Gehälter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, man kann einigen Leuten einige Zeit etwas vormachen. Man kann aber nicht die ganze Zeit allen etwas vormachen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Den Spruch kenne ich auch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Kennen sie. Gut. Sie gehen sowohl bei der Antrittsrede als auch beim Bürgermeisterempfang immer davon aus, daß wir in Steyr so ein gutes Verhältnis haben, daß zuerst mit allen Betroffenen diskutiert wird, alle Unterlagen am Tisch gelegt werden, dann wird eben abgestimmt und durchgeführt. Über dieses Projekt ist null diskutiert worden und es liegt bis heute nicht zur Gänze auf dem Tisch. Wir wissen nur ansatzweise, was dort gemacht werden soll. Wir haben heute übrigens in einem weiteren Tagesordnungspunkt über die gleiche Vorgangsweise zu diskutieren.

Was hätte sie daran gehindert, wenn sie das Projekt schon letztes Jahr, wie sie sagen, gekannt haben und die 3,5 Mio. S - das muß man auch diskutieren, es kommt ja jetzt überhaupt nicht zur Debatte, daß wir diese heute in der ersten Sitzung im Januar mit Kreditüberschreitung beschließen sollen - ins Budget nehmen, wenn das damals schon alles bekannt gewesen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
War auch nicht bekannt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber es gibt noch einige andere grobe Ungereimtheiten, und darum ist es uns sehr wichtig, daß unser Abänderungsantrag das festigt, was sie alle sagen. Wenn sie dem mitstimmen, ist eh alles bestens. Aber ich habe meine Bedenken. Und meine Bedenken sind nicht unbegründet, Herr Bürgermeister. Nach dem Gespräch mit Herrn Mahringer und mit dem Bundesdenkmalschützer hat sich folgende Diskrepanz ergeben - ich komme noch einmal zuerst auf das Dach zu sprechen -, alle Denkmalschützer - Euler, Lipp, Kaiser - sagen, am Dach darf nichts zugebrettelt werden, weder mit Rigipsplatten noch mit sonst irgendwas. Der Herr Mahringer in seiner Art sagt ganz offen, freundlich und nett: „Na ist eh

ganz klar, wir wählen die ökonomische Variante, wir machen das dicht.“

Also, wer hat recht? Was wird dann gemacht? Und da ist schon wichtig, daß man hineinreklamiert: nur nach schriftlichem Bescheid, weil die Bundesdenkmalschützer jetzt überhaupt nichts sagen können, weil sie kein Projekt vorliegen haben. Also es ist nicht so, daß kein Nagel eingeschlagen wird oder weniger oder mehr eingeschlagen wird.

Es gibt noch weitere 2 Sanierungsbereiche, die dann zu prüfen sind. Die Toilettenanlagen, die werden nicht saniert. Sie wissen oder wer das Objekt kennt, weiß, daß der Toilettenstrang irgendwann einmal in den Jahrhunderten drangebaut worden ist; der wird zugemauert. Zumauern ist keine Sanierung. Nächste bei wo wir es dringend notwendig hätten, insbesondere in Blickrichtung Stadt, wenn wir von den Brücken kommen, ist die flußseitige Außenwand in einem erbärmlichen Zustand. Das Wappen der Stadt Steyr ist nur mehr in halbem Zustand vorhanden. Hier wäre sicherlich auch ein dringender Sanierungsbedarf da.

Das dritte sind die Elektroanlagen. Der Betreiber versichert auch hier treuherzig, er hat überhaupt nicht vor, daß er die Elektroanlagen saniert. Die werden abgezwickelt und eine provisorische Leitung wird gelegt. Ich halte das für keine Grundsanierung, weil wenn man Ende dieses Projektes alle diese Anlagen abtransportieren muß oder wegräumen muß, dann ist das Haus ja nicht besser, sondern, insbesondere was das Dach betrifft, möglicherweise schlechter.

Noch eine andere Anmerkung. Auch die Kommunikation hier im Hause scheint mir schon sehr bedenkenswert,

wenn die Untersuchungen, die sie angesprochen haben, die ein Statiker und ein Baumeister vor 2 Jahren über den Bauzustand gemacht haben, dem zuständigen Denkmalpfleger nicht zur Kenntnis gelangen können. Aus welchen Gründen auch immer. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsverhältnisse in diesem Hause. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte sehr. Aber so stimmt das auch wieder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dann lügt irgendwer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein! Es lügt keiner. Herr Dr. Kaiser hat sich damit so intensiv beschäftigt. Er hat mir in Farben die Gewölbe erklärt und daß das noch 100 Jahre so dort steht, wenn wir nichts tun, und uns das nicht in den Bach fallen wird. Es ist nur eines, bei Gericht ist ein Verfahren anhängig gewesen, inwieweit die Versicherung der Fa. Illichmann-Haider zum Zahlen kommt. Und da hat sich dann als Gutachter Herr Dipl.-Ing. Moschner betätigt und die haben erst vor kurzem bei Gericht einen Vergleich gemacht. Das kommt jetzt in den Stadtsenat. Da können wir das zur Kenntnis nehmen, und das Ergebnis dieses Vergleiches hat Herr Dr. Kaiser noch nicht in Händen. Das hat ihm heute Herr Ing. Haratzmüller von der GWG zugestellt. Mein Gott, ich muß ihnen ganz ehrlich sagen, ich weiß nicht, wie ihr euch alle das vorstellt, wenn wir solche Verhandlungen führen und einen Investor für so ein Projekt, wo der 15 bis 20 Mio. S investiert, gewinnen, wissen sie, was ich ihnen sage, es ist nicht meine Aufgabenstellung, daß ich ein jedes Pupperl und die mechanische Bewegung des Pupperl überprüfe. Das kann auch niemals die Aufgabenstellung des Gemeinderates sein, sondern was ich getan habe, war, als ich gewußt habe, daß diese Möglichkeit besteht, habe ich sofort im Kreise des Stadtsenates darüber berichtet, bei dem auch der Herr Kollege Apfelthaler anwesend war - es ist, glaube ich, um die Budgetklausur oder um das Mittelfristkonzept gegangen. Und ich habe dort die Frage gestellt, wie sich der Stadtsenat zur Implementierung einer solchen Weihnachtsweltausstellung im Bürgerspital stellen würde. Und die Herrschaften waren damit einverstanden. Nachdem ich die positive Grundhaltung des Stadtsenates freudig zur Kenntnis genommen habe, habe ich mich bemüht, die Verhandlungen voranzutreiben. Natürlich hat Herr Mahringer italienische Architekten und Gutachten und alles eingeholt, hat sich angesehen, wie das in Rothenburg ob der Tauer funktioniert, hat sich das Pariser Disney-Land angeschaut. Ich habe sofort den Herrn Mahringer mit Herrn Dr. Kaiser als Denkmalschützer zusammengespannt, damit sich die das vor Ort anschauen. Der Herr Dr. Kaiser war nicht sehr erfreut. Ich sage das auch dazu. Aber nicht deswegen, weil dort vielleicht eine Weihnachtswelt hineinkommt, sondern weil es eine Überlegung der Denkmalschutzabteilung seit längerer Zeit war, in dem Haus zu residieren. Weil es so schön für das Büro des Denkmalpflegers wäre. Aber wir haben eine andere Philosophie entwickelt - auch einhellige Auffassung -, daß wir das nach den wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt mit dem Kommunalzentrum zusammenfassen, auch die Verwaltungseinheiten der Stadt möglichst auf eines, und das wird sich nicht ausgehen, also auf 2 Amtshäuser zusammenzufassen und zu konzentrieren. Das sind ökonomische Überlegungen der Stadt, die in diesem Zusammenhang Priorität haben. Und daher ist es notwendig, daß man dort nicht irgendwelchen Möglichkeiten, die sich irgendwelche noch so wirklich eifrige und hervorragend qualifizierte Beamte vorstellen, sondern da müssen wir wissen, was wir mit diesen strategischen Fragen tun wollen und daß man auch für diese Häusern, die jahrzehntelang leer stehen, eine entsprechende Verwendung findet, um sie auch erhalten zu können.

Das soll mit der Beschlußfassung über diesen Vertrag geschehen, und daher muß ich euch wirklich inständig ersuchen, doch diese vielen Argumente zu akzeptieren. Ich weiß nicht, alles was recht ist, bitte sehr. Machen wir das. Die Leute von Steyrdorf, Herr Kollege Lengauer, ich fürchte keinen Tumult in Steyrdorf. Ich habe mit 10 Vertretern der Wirtschaft das Gespräch geführt. Alle begrüßen dieses Projekt und erwarten sich von der Durchführung dieses Projektes eine wirtschaftliche Belebung in diesem Bereich. Ich habe da keine Bedenken. Ich möchte euch bitten, allfällige Bedenken vor den Hintergrund dieser Argumente zu stellen.

Das wär's. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Reznar. Haben wir noch wen gehabt? Keiler, ich habe es eh hier stehen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich darf nur noch ganz kurz auf diesen Durchbrüche- und Steinmauern-Klimbim zurückkommen. Herr Bürgermeister, sie haben gesagt, sie verstehen uns nicht. In dem Fall verstehe ich sie nicht, daß sie sagen, es passiert dort überhaupt nichts. Es passiert so viel. Das sind Steinmauern, schon alleine die Umkehrschleife für die Bahn erfordert Durchbrüche, die von gigantischem Ausmaß sind, sagt mir HR Dr. Lipp. Er hat mir das ganz genau erklärt, wie das vonstatten gehen soll und müßte, aber er wird dem wahrscheinlich sowieso nicht zustimmen. Von den Ausbrüchen, die dort als Schaufenster dienen sollen, war ja noch gar nicht die Rede. Von denen war noch gar nicht die Rede. Das sind Steinmauern, jetzt frage ich sie, wie soll der Urzustand des Gebäudes innen wieder hergestellt werden, wenn Herr Ing. Mahringer auszieht? Wollen sie jetzt die Steine schichtweise aufheben? Was wollen sie damit tun? Einen Ziegel kann ich wieder aufbauen, aber die alten Steine aus dem 14., 15 Jh. kann ich nicht irgendwo hinschichten, und ich kann sie auch nicht ersetzen. Das zum ersten.

Zum zweiten, wenn dort eine Bahn sein wird, auch wenn die seitlich verspreizt wird, dann ist das trotzdem eine Erschütterung im ganzen Haus. Und wenn das Haus sowieso gefährdet ist, daß das Vibrieren dem Haus nicht zuträglich ist, ich weiß nicht, ob man das dann riskieren soll. Also bitte von allem, aber nur keine Bahn, schon gar keine Geisterbahn und ein Disney-Land auch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Reznar, das Ding, es steht irgendwo im Vertrag, fährt 40 cm in der Minute. 40 cm in der Minute.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das gibt's nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Natürlich. 0,4 m.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Dann brauchen sie 4 Stunden, bis sie durch das Haus kommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung, pro Sekunde. Lassen wir das doch den Fachleuten machen. Fragen sie Kollegen Payrleithner, er wird es ihnen sagen, im Gleichschritt kann man nicht einmal über die Brücke gehen, weil die Erschütterung beim Gehen ärger, viel ärger als beim Fahren ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Statiker schauen sich die Belastung, die durch diese Bahn in dem Haus stattfindet, genau an. Ich mute mir nicht zu, hier ein Urteil abzugeben. Da müssen wir schon den Fachleuten vertrauen. Ich will ja nicht den Denkmalschutz ausschalten. Im Gegenteil. Der Denkmalschützer war der erste, der von mir gerufen wurde, um sich mit diesem Projekt zu beschäftigen. Wenn dieser gesagt hätte, das geht nicht, hätte ich davon Abstand nehmen müssen. Nachdem allerdings der gesagt hat, er kann

keinen Einwand machen, weil Mahringer nämlich nichts umbaut, wird man das doch tun können. Habe ich mir gedacht. Aber ich sehe, ihr sucht verzweifelt nach irgendwelchen Umbrüchen. Es soll keine Umbrüche geben: Aussage Mahringer, Aussage Kaiser. Nur die Dachgeschichte ist mir neu, die habe ich in der Zeitung gelesen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Warum zeichnet Mahringer jetzt schon die Türen an?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte schön, das wird er halt nicht machen können, ganz einfach.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sie sind schon angezeichnet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, was ich Zeichnungen beim Umbau von meinem Haus gemacht habe? Entscheidend ist, was genehmigt wird, und daher kann nichts anderes passieren.

Es ist endlich Kollege Keiler am Wort.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf ihnen meine Ansichten zum Abänderungsantrag der F-Fraktion näherbringen. Zu Pkt. 1 des Abänderungsantrages betreffend den rechtsgültigen Bescheid des Bundesdenkmalamtes darf ich auf den Pkt. IX des Mietvertragsentwurfes verweisen, auf die obligatorisch einzuholende Zustimmung des Bundesdenkmalamtes für etwaige bauliche Veränderungen. Auch darf ich die Frau Reznar darauf hinweisen, daß sämtliche geplanten Durchbrüche nach Pkt. IX des Mietvertrages der Zustimmung des Bundesdenkmalamtes bedürfen.

Zu Pkt. 2 des Abänderungsantrages darf ich ihnen näherbringen, daß es zwei Möglichkeiten gibt, einen Mietvertrag abzuschließen. Einmal einen befristeten, wie ihn die F-Fraktion verlangt, im gegebenen Fall auf 10 Jahre, wobei hier davon auszugehen ist, daß der Betreuungswillige, Herr Mag. Mahringer, nicht damit einverstanden sein wird, diese erheblichen Investitionen zu tätigen...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

... - diese Informationen habe ich - und diesen Mietvertrag nur auf 10 Jahre befristet abzuschließen.

Im ggst. Falle Pkt. 3 des Mietvertragsentwurfes ist der Mietvertrag unbefristet. Der Kündigungsverzicht der Stadt ist für mich eine leere Klausel, da die Kündigungsgründe, die danach aufgezählt sind, sowieso im Mietrecht zu finden sind.

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Bitte?

Unverständlicher Zwischenruf.

Gelächter

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Das ist eine Ansicht, die weiß ich in diesem Falle nicht zu schätzen. Ich kann ihnen nur nahebringen, daß wir ihrem Antrag aus gegebenen Gründen nicht zustimmen werden, da wir einen längerfristigen

Vertrag abschließen wollen und zu erwarten ist, daß Herr Mahringer nur bei einem unbefristeten Mietvertrag seine Zustimmung zu diesem Vertrag geben wird. Aus diesem Grunde bleibt ihnen unsere Zustimmung zu diesem Antrag versagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber was spricht gegen den Abänderungsantrag, das habe ich nicht mitbekommen? 1. stimmt das nicht, 2., wenn das präzisiert wird

Diskussion

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Herrschaften, meldet euch alle zu Wort, wir können ja endlos debattieren, das spielt doch überhaupt keine Rolle, aber zuerst erteile ich Herrn Kollegen Gabath das Wort, der hat sich nämlich ordnungsgemäß gemeldet.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Endlich geht etwas schnell, plötzlich ist es zu schnell. Wenn ich so etwas machen würde, würde ich auch aufs Gas drücken.

Aber ich möchte nur ganz kurz erklären, wie ich zu der Erkenntnis gekommen bin, diesem Antrag zuzustimmen. Ich habe den Amtsbericht bekommen, habe alle diese Bedenken gehabt, die ich heute schon gehört habe. Und dann bin ich den kürzesten Informationsweg gegangen, Herr Dr. Pfeil.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil spricht mit StR. Ing. Dietmar Spanring, daraufhin Zwischenruf: Und dann fragt er wieder: „Was haben sie gesagt?“

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich muß ja einem echten Stadtrat eine Antwort geben, oder?

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Ich bin natürlich, Herr Dr. Pfeil, den kürzesten Informationsweg - und ich sehe die Information teilweise als Holschuld -, und zwar zum zuständigen Referenten gegangen und habe ihn gefragt. Vielleicht habe ich einen kürzeren oder besseren Draht als sie, das ist alles möglich. Und der hat mir erklärt: Dr. Kaiser, der Landeskonservator, die haben alle keine Einwände, keine Bedenken. Es liegen keine endgültigen Pläne vor, weil vorläufig baulich nichts verändert wird. Und im Vertrag steht, jede bauliche Veränderung ist genehmigungspflichtig.

Ich als kleiner „Häuselbauer“ muß bei jeder Veränderung eine Bauverhandlung machen. Also in dieser Sache wird das genauso durchgeführt, und ich vertraue unseren Beamten, daß sie gute Arbeit leisten.

Jetzt haben sie mich ein bißchen drausgebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe sie nur angesehen. Ich habe nichts gesagt.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Ich habe den zuständigen Referenten gefragt: Gibt es diese alle meine Bedenken?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer ist denn da der zuständige Referent?

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Das wissen sie nicht einmal - für Denkmalpflege der Stadt Steyr?!

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Ich habe gesagt: Denkmalpflege. Und sie haben nicht aufgepaßt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Mietvertrag ...

Wortwechsel zwischen Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil und GR Walter Gabath, daraufhin Ordnungsruf von Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Vielleicht lassen wir den Redner fortsetzen, deshalb ist er ja herausgekommen, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat einen „Hänger“ gehabt, ich wollte ihm nur helfen.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Aufgrund der Erklärungen des zuständigen Referenten bin ich zu der Erkenntnis gekommen, ich stimme zu Steyrdorf bekommt eine Chance. Nützen wir diese Chance, weil jede ungenutzte Chance ist eine verlorene Chance. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das war der letzte Redner. Wir kommen ...

Verschiedene Zwischenrufe: „Schlußwort?!“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung! Wir kommen zum Schlußwort.

Könnt ihr euch nicht vorstellen, daß ich einmal zur Abstimmung kommen will? Poldi, mach's kurz, sei so lieb.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich werde es wirklich kurz machen. Meine Damen und Herren, wertes Präsidium! Ich hätte mir nie erwartet, daß über dieses historische, so schöne Bauwerk, das jetzt wieder einer Nutzung zugeführt wird, so lange diskutiert wird. Aber es ist gut, vielleicht hätte das schon vor 30, 40 Jahren passieren müssen. Daher seien wir froh, daß es gelungen ist und jetzt etwas geschieht.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur ein paar Antworten geben, weil das zwei-, dreimal angesprochen wurde, vor allem die Angst bei den Ausschreibungen und bei der Durchführung der Sanierung. Es geht nur darum, es ist ja in Pkt. IX im Mietvertrag genau festgelegt, was zu geschehen hat bzw. um die genaue Überwachung. Was für die Gemeinde herauschaut, wenn wir das nur vergeben oder vergeben lassen, ist, daß wir zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, ansonsten würde das eine andere Firma machen. In diesem Zusammenhang ersparen wir uns S 700.000,--, weil es würde in etwa S 4,2 Mio. ausmachen, wenn wir diese Vorsteuerabzugsberechtigung sozusagen nicht miteinbringen können.

Die Bauplanung und die Bauüberwachung werden sowieso vom Amt gemacht bzw. erfolgen streng nach den Regeln der Gesichtspunkte des Denkmalschutzes, vor allem des Bundesdenkmalschutzes, und das ist, glaube ich, sehr, sehr wichtig. In diesem Zusammenhang wir uns doch einigermaßen was erspart. Und man sollte nicht glauben, daß wir das leichtfertig ausgeben, weil es ziemlich gleich ist,

wenn wir uns etwas ersparen. Das zum einen. Zum anderen möchte ich sagen, wir haben uns viele, viele Jahre überlegt, was wir damit tun können. Wir wissen, was und wer dort aller war. Es ist jetzt noch ein Künstler drinnen. Er hat mich gestern noch angerufen und mich gebeten, ob er eine andere Unterkunft erhalten kann. Wir werden uns darum umschaun müssen, weil es wird für ihn etwas schwieriger werden. Wir wissen es, wer es ist. In diesem Zusammenhang habe ich auch das Bedürfnis, daß wir ihn nicht vor die Türe setzen. Ich sage das auch, weil er sich mit bestimmten Dingen befaßt. Ich glaube, daß es zweckmäßig und berechtigt ist, daß er seine Bitte, in diesem Zusammenhang ihm zu helfen, an uns richtet. Ich habe dann nicht die Angst, daß durch die Nutzung, die sozusagen eingerichtet wird, Steyrdorf dadurch verliert. Ich glaube, daß das historische Bauwerk, wenn es innen und außen nicht verändert wird, daß eine Nutzung durchgeführt wird, sodaß der Tourismus und Steyrdorf belebt werden, dann möchte ich sagen, ist es ein Glücksfall, daß es gelungen ist, daß sich überhaupt einmal jemand bereit erklärt hat, eben das ganze Objekt sozusagen haben zu wollen.

In diesem Zusammenhang darf ich um ihre Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag der F abstimmen. Wer für diesen ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. 9: F und LIF. Gegenprobe? Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltung? 2 GAL.

Abstimmung über den Hauptantrag. Wer dem Hauptantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. SPÖ, ÖVP, LIF, F: GR Fürweger, GR Payrleithner. Wer stimmt gegen diesen Antrag? 4 Gegenstimmen GAL und F: GR Reznar, GR Dr. Wetzl. Wer übt Stimmenthaltung? 4 Stimmenthaltungen F: Vizebgm. Dr. Pfeil, StR. Eichhübl, GR Stieglitz, GR Toman. Danke, wir haben den Antrag mit Mehrheit beschlossen. Ich schlage vor, daß wir eine kurze Pause machen. 20 Minuten.

PAUSE VON 18.34 UHR BIS 19.02 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Ich bitte um Konzentration und Aufmerksamkeit und erteile dem nächsten Berichterstatter, StR. Bremm, das Wort.

BERICHTERST. STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem Antrag geht es um einen Zuschuß für die Schulveranstaltungen unserer Pflichtschulen in unserer Stadt, und zwar für Schikurs-, Schulland-, Sport- und Wienwochen. Hier haben wir auch in den letzten Jahren pro Teilnehmer einen Zuschuß von S 100,-- gewährt. Für das Jahr 1998 soll hier ein Betrag von S 194.000,-- freigegeben werden.

14) Schupfl-60/97 Schulveranstaltungen der Steyrer Pflichtschulen im Schuljahr 1997/98;
Subventionierung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 12.12.1997 wird der Gewährung von Unterstützungsbeiträgen an bedürftige Steyrer Pflichtschüler, die an Schulveranstaltungen teilnehmen, im Ausmaß von insgesamt S 194.000,-- (S 100,-- pro Teilnehmer) zugestimmt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 194.000,-- (i.W. Schilling einhundertvierundneunzigtausend) bei der VSt. 1/2320/768000 für das Rechnungsjahr 1998 freigegeben.

Die Gesamtsumme des Unterstützungsbeitrages wird von den jeweiligen Schulleitungen nur an bedürftige Schüler aufgeteilt.

Ich ersuche hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Das ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist StR. Eichhübl, bitte sehr, Nr. 15.

BERICHTERST. STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Heute habe ich ihnen einen Antrag zur Genehmigung vorzutragen, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wobei es bei diesem Antrag, bei dieser Genehmigung um die Jahresabschlüsse 1996 für die Stadtwerke Steyr und den Versorgungsbetriebeverbund geht.

Ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, daß diese Thematik bereits in mehreren Gremien behandelt wurde und diesmal der Antrag aus dem Prüfungsausschuß kommt.

Der Antrag des Prüfungsausschusses lautet:

15) Rp-19/97 Stadtwerke Steyr und Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Jahresabschlüsse 1996

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegenden Jahresabschlüsse 1996 (inkl. Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Anhänge) der Stadtwerke Steyr bzw. des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr werden im Sinne des § 62 Abs. 2 Zi. 1 b) und c) des StS. 1992 genehmigt; die Dotation der Rücklage für statutarische Zwecke (Stadtwerke Steyr) beträgt S 10.000.000,--. (BEILAGE)

Bevor ich den Herrn Bürgermeister ersuche, die Diskussion über den Antrag zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen, möchte ich doch ganz kurz, obwohl ja bereits von mir angekündigt wurde, daß das in mehreren Gremien bereits Anlaß zu Diskussionen war, auf ein paar wesentliche Punkte eingehen.

Ich habe bereits bei der Budgetdebatte - bei der letzten GR-Sitzung - vor diesem Gremium davon gesprochen, um was es da eigentlich geht, wenn man von Rücklagen für statutarische Zwecke spricht.

Diesmal, wie gesagt, geht es um S 10 Mio., und daher darf ich ihnen doch auch heute wieder sagen, daß es dabei um Rücklagen aus dem Gewinn des Wasserwerkes geht. Diese Gewinne werden zur Verlustabdeckung des Stadtbades und der Kunsteisbahn verwendet. Ich möchte ihnen daher doch auch ganz kurz aus dem Schlußbericht, aus der Schlußbesprechung, zitieren, weil das wirklich sehr wichtig ist und auch für die Zukunft für die nächsten Jahre von großer Bedeutung sein wird. Da heißt es: Betreffend der Notwendigkeit, die Stadtwerke bzw. den Versorgungsbetriebeverbund mit einer entsprechenden Kapitaldecke auszustatten, wird diesbezüglich auf die gutachtliche Stellungnahme zur Verlustabdeckung dieser beiden Betriebe durch den Gutachter Dr. Reinhard Schwarz vom 29. 9. 1997 auf die Beilage verwiesen. Dieses Gutachten wurde einvernehmlich zwischen dem GB II des Magistrates und der Direktion der Stadtwerke mit dem Ziel in Auftrag gegeben, für zukünftige Klarheiten im Bereiche des Verlustersatzes zu sorgen. Besonders wichtig ist hierbei, daß einerseits die Substanz des Unternehmens erhalten bleibt und andererseits für diese Substanzerhaltung die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte aber auch auf die budgetäre Gestaltung im Stadthaushalt für zukünftige Verlustsätze eine grundsätzliche Lösung gefunden werden.

Und ich darf jetzt wirklich die ernsthafte Bitte und Forderung hier vor diesem Gemeinderat wiederholen, daß man endlich diese Anforderung ernst nimmt und diese auch im Sinne des von mir jetzt zitierten Berichtes oder eines Teiles des Berichtes „Schlußbesprechung“ umsetzt. Ein Absatz, er hat nur wenige Zeilen und ich halte sie nicht lange auf, meine Damen und Herren des Gemeinderates, erscheint mir auch als zuständiger Referent von besonderer Bedeutung, weil auch

ich immer darauf hingewiesen habe, vor allen Dingen aber auch im Rechnungshofbericht dieser Passus nachzulesen ist. Es heißt da in diesem Bericht der Schlußbesprechung: Abschließend darf noch auf die rasche Umsetzung der auch vom Rechnungshof geforderten Anregung, ein Organisationsstatut zu schaffen, welches die unternehmerischen Ziele der Stadtwerke unter dem Aspekt der Eigenverantwortlichkeit festlegt, verwiesen werden. Da darf ich noch hinzufügen, das steht nicht da drinnen: Die diesbezüglichen Vorschläge wurden der zuständigen Stelle von seiten der Stadtwerke bereits überreicht.

Nun aber noch ganz kurz einige Anmerkungen aus den Ergebnissen, die ja aus der Unterlage, die sie auch haben, hervorgehen.

Und zwar geht es bei der Bestattung darum, daß 1996 - also um dieses Jahr geht es bei der Gesamtvorlage dieser Abschlüsse - ein Gewinn von S 6.338,71 erwirtschaftet wurde. Im Krematorium und in der Leichenhalle wurde 1996 ein Gewinn von S 24.261,70 erwirtschaftet, wobei die Rücklage von S 800.000,- nicht unberücksichtigt sein darf, daher nenne ich sie auch. Beim Wasserwerk unter Berücksichtigung der Rücklage von den vorhin genannten S 10 Mio. ein Gewinn 1996 von S 384.476,89.

Schlußendlich ganz kurz auch eine Anmerkung zum Betriebsverbund; da hat es beim Gaswerk folgendermaßen ausgesehen: 1996 ein Gewinn von S 21,795.547,90, wobei ich aber auch da wiederum den Hinweis geben darf, daß dieser Gewinn ja zu einem großen Teil zur Verlustabdeckung der Verkehrsbetriebe herangezogen wird.

Nun ganz zum Schluß. Der Verkehrsbetrieb hat 1996 einen Verlust von S 26,096.530,57 erbracht, wobei die Ertragsgebarung, die Umsatzerlöse vielleicht auch erwähnenswert sind. 1995 zum Vergleich wurde hier ein Umsatzerlös von S 24,308.170,59 erwirtschaftet. 1996 von S 31,094.594,88, das beinhaltet in Prozenten eine Steigerung dieser Umsatzerlöse von 27,91 %.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zweifelsohne dürfen die Ergebnisse, die ich ihnen jetzt in Zahlen genannt habe, nicht nur alleine aus dem Zahlenwerk betrachtet werden, sondern man muß auch das Umfeld und alle Umstände in diese Betrachtung, die zu diesen Ergebnissen führen, mit einbeziehen. Natürlich wäre es wünschenswert, und das ist auch erstrebenswert und auch die Aufgabe nicht nur von mir als Referent, sondern auch von der Leitung der Stadtwerke, daß in verschiedenen Bereichen bessere Zahlen erwirtschaftet werden. Ich denke da beispielsweise auch an die Bestattung. Aber bitte, wie gesagt, man muß auch das Umfeld in diese Überlegungen mit einbeziehen.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, über den von mir vorgetragenen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht. Frau Kollegin Frech, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Bedenken, die bereits im Kommunalausschuß von einigen Mitgliedern geäußert worden sind, hier noch einmal deponieren. Und zwar geht es um die Quersubventionierung, die derzeit noch möglich ist, daß man nämlich den Gewinn des Gaswerkes zur Verlustabdeckung des öffentlichen Verkehrs nutzt.

Kommunalen Versorgungsbetrieben, wie eben auch diesen Versorgungsbetriebsverbund Gas- und Verkehr, soll allerdings in Zukunft diese Quersubventionierung untersagt werden. Dies sieht der Gesetzesentwurf auf EU-Ebene vor. Für die Stadtwerke würde dies in der Folge bedeuten, daß beispielsweise Gewinne aus dem Gasverkauf nicht nur zur Verlustabdeckung des öffentl. Verkehrs verwendet werden dürfen.

Daß das nicht ein mögliches Horrorszenario ist, das derzeit gar nicht zur Debatte steht, stimmt nicht,

weil ich habe erfahren, daß sich die Stadt Linz bereits sehr wohl Alternativen überlegt. Und von da her würde ich einmal darum bitten, daß wir uns einmal diesen Gesetzesentwurf der EU besorgen und wirklich schauen, welche Auswirkungen das im konkreten Fall für uns in Steyr hat. Und wenn es dazu führt, daß diese Quersubventionierung nicht mehr möglich ist, dann müssen wir uns natürlich Alternativen überlegen, und das sollten wir aber möglichst beizeiten machen, daher bitte ich, das auch im nächsten Kommunalausschuß zu behandeln bzw. die dafür nötigen Informationen bis dahin zu besorgen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich diese Unterlagen, diese 4 Schmöcker, bekommen habe, habe ich mir gedacht, na ja, das wird eine ziemliche Arbeit, das durchzuackern. Ich muß dazusagen, das war nicht nur eine Arbeit, sondern es war teilweise auch ein Vergnügen, weil dieser Geschäftsbericht ist wirklich teilweise sehr vergnüglich gestaltet. Wenn hier steht: Von Seiten der Direktion der Stadtwerke wird darauf hingewiesen, daß der Bereich des städt. Freibades nur kundengerecht geführt werden kann, wenn auch während der Betriebszeiten ein funktionierender Restaurantbetrieb gegeben ist.

Nona, wann soll er dann sein, wenn nicht während der Betriebszeiten. Das heißt, daß der Freibadbesucher auch zur Mittagszeit sein Mittagessen bekommt. Bitte, wann soll er es sonst bekommen?

Oder wenn steht: Der Freibadbenützer fühlt sich nur wohl, wenn er nicht über uneben verlegte Bodenplatten Gefahr läuft, sich zu verletzen. Dann muß man wirklich sagen: Braucht die Stadtwerke dazu einen Gemeinderatsbeschluß, um uneben verlegte Platten zu sanieren?

Wenn dann noch drinsteht: Ferner darf nochmals darauf hingewiesen werden, daß die 1997 mit Aluminiumblech erfolgte Auskleidung des Sportbeckens sich dem Ende der Standzeit nähert und voraussichtlich 1999 mit einer diesbezüglichen Sanierung zu rechnen ist - nach diesem Bericht, nach 2 Jahren -, dann wird mir schon ein bißchen schauer.

Und wenn man dann weiterliest und es steht: Durch die Leistungsrücknahmen in der Gesamtkilometerleistung von 1996 um 45.000 km auf 1,98 Mio. km und lest dann im rückwärtigen Teil bei der Beilage 23, daß das nicht 1,98 Mio. sind, sondern 1,197.000 km und wenn man dann noch eine Formulierung sieht: Durch die getätigten Investitionen im Bereich der Betriebstankstelle hat sich auch der Treibstoffaufwand je km entsprechend erhöht, dann muß man sagen: Um Gottes willen, hätten wir nicht investiert, dann hätten wir uns anscheinend einiges an Treibstoff erspart.

Es gibt dann noch herrliche Sachen. Die Zahl der beförderten Personen ist um 4,51 % zurückgegangen und ist auf die ganzjährige Wirksamkeit des Neutarifs zurückzuführen. Wenn man dann sieht, daß wir zwar um 45.000 km pro Jahr weniger fahren, daß wir auch neue Autobusse angeschafft haben, aber trotzdem der Schmiermittelbedarf um das Dreifache gestiegen ist, wenn man dann sieht, daß wir liquidmäßig so gut sind, da steht wortwörtlich: Die Liquidität hat sich bei den beiden Unternehmen auch '96 verbessert, weshalb der bei der Bank Austria laufende Betriebsmittelkredit für kurzzeitige Liquiditätsengpässe kaum in Anspruch genommen werden mußte, die finanzielle Belastung durch die im Zusammenhang mit dem Ankauf und Ausbau des Stadtbetriebszentrums erforderlich gewordene Darlehen war nicht gegeben, weil sowohl Tilgung als auch Zinsen durch die Stadt geleistet wurden. Und dann sehen wir im Anhang hinten, daß die Zinsenbelastung gewaltig gestiegen ist, dann muß ich sagen, vermisse ich bei der Erstellung des Rechnungsberichtes aber tatsächlich die Sorgfalt.

Es kann nicht so sein, daß wir immer nur von der Kommune her zur Kasse gebeten werden und die Verlustabdeckung tragen sollten, und dieser Teilbereich macht sich nicht einmal die Mühe, einen ordentlichen Geschäftsbericht zu verfassen.

Wir werden natürlich diesem Abschluß zustimmen, aber ich möchte schon wirklich ersuchen, daß man in Zukunft den Verantwortlichen aber gewaltig auf die Finger schaut. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung? Herr Kollege Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich da nur kurz und verstärkend den Worten meines Vorredners anschließen. Ich habe schon versucht, in der letzten Sitzung einige Mängel aufzuzeigen. Es ist nur leider unheimlich schwer, durch dieses Werk durchzudringen bzw. dann die weiteren Informationen zu erhalten.

Das Umfeld ist anscheinend, weiß ich nicht, katastrophal oder existiert es nicht oder ist es einfach so, daß es für einen normalen Betrieb lebensfeindlich ist. Weil die Zustände, die da herrschen und wenn diese Zustände dann noch so katastrophal ausgedrückt und dokumentiert werden, dann muß ich ganz ehrlich sagen, ist es höchst an der Zeit, diese Betriebe - weiß ich nicht - auseinanderzuschlagen, irgend etwas zu machen, damit da wirklich eine Kostenwahrheit, eine Transparenz und eine wichtige Darstellung der Situation erfolgt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es scheint so, daß dieser Abschnitt „Städt. Freibad“ etwas schnell geschrieben worden ist. Es ist noch ein Satz auf Seite 8 herinnen: In diesem Zusammenhang wird neuerlich vorgeschlagen, entsprechende Planungskosten in das Budgetjahr '96 aufzunehmen. Das ist der Geschäftsbericht 1996 - wahrscheinlich ein Druckfehler.

Aber was in diesem Artikel schon drinnen ist, und das haben wir in der Vergangenheit schon einige Male besprochen, es ist hier schon ein bißchen was Strategisches drinnen. Es steht, daß man wirklich Liegeflächen benötigt, und zwar mehr Liegeflächen und daß man eben mit Gebäuden etwas tun muß. Das kommt hier ganz stark zum Ausdruck. Daß die Platten zu verlegen sind müßte nicht im Geschäftsbericht stehen, da gebe ich dem Vorredner recht.

Bei den Verkehrsbetrieben haben wir eine super Statistik. Ich muß sagen, so ist der Geschäftsbericht sehr schön ausgeführt. Es gibt 11 Beilagen, aber da fehlt mir schon ein bißchen die Zusammenfassung und die Strategie für die Zukunft. Man braucht nur z.B. schauen: beförderte Personen je km hat es gegeben: 6 im Jahr 76 und jetzt im Jahr 96 haben wir 3. Also wir merken, daß die Beförderung der Personen zurückgeht. Jetzt müssen wir uns fragen, wer wird jetzt überhaupt noch befördert. Wenn wir in die Autobusse schauen, sehen wir eigentlich mehr jüngere Leute, die noch kein Auto haben, und die älteren Leute, die nicht mehr Auto fahren können. Es stellt sich immer die Problematik, daß wir versuchen wollen, Autofahrer, die im mittleren Alter sind, zu bewegen, daß sie auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Und da fehlt mir ein bißchen was drinnen, eine Schlußfolgerung aus diesen ganzen Statistiken, wie wir in die nächsten Jahre beim öffentl. Verkehr hineingehen. Es ist, glaube ich, unbedingt notwendig, erst heute ist wieder in der Presse zu lesen gewesen, daß wir wieder 300 KFZ-Anmeldungen dazubekommen haben. Das heißt, die Zahl der Autos steigt nach wie vor, das heißt aber dann auch, daß die Staus nach wie vor da sind. Wir müssen da gegensteuern. Und das kann nur mit Werbe-, Marketingmaßnahmen etc. passieren. Das fehlt mir leider im Geschäftsbericht. Das sollte natürlich schon drinnen sein. Die Verkehrsbetriebe müssen sich überlegen, wie sie einfach mehr Leute befördern können. Ich kann es auch nicht auf einen Satz bringen. Ist es jetzt so, daß mit mehr Autobussen und mit mehr Fahrern weniger Leute befördert werden wie früher oder ist das nicht der Fall? Man muß daraus irgendeine Schlußfolgerung ziehen. Sonst geht es immer so dahin. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sehe ich keine mehr. Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es wäre verlockend jetzt so in einer einstündigen Antwort alle diese Fragen zum x-ten Male aufzuwärmen. Ich möchte das nicht machen. Denn all das, was heute hier gekommen ist, wurde bereits im Kommunalausschuß diskutiert. Ich darf vielleicht auf eines, was Frau Mag. Frech gemeint hat, eingehen, sie wird sich noch daran erinnern können. Als ich nämlich als Referent darauf hingewiesen habe, daß nach den EU-Richtlinien bekannt wurde, daß eine Querverbindung in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird, da hat man das belächelt. Aber es ist sicherlich richtig, was sie heute aufwerfen, daß diese Frage sehr eminent und entscheidend sein wird, weil da geht es nämlich doch darum, daß tatsächlich diese Verlustersätze von seiten der Stadt geleistet werden müssen und die Gewinne des Gaswerkes eben diesem Unternehmen zugeführt werden. Da wird es wahrscheinlich wieder darum gehen - solche Diskussionen haben wir auch schon hinter uns - inwieweit das noch erträglich ist, ein Liniennetz aufrechtzuerhalten, das wir jetzt momentan betreiben. Das ist immer die Frage. Daher komme ich darauf zurück, was ich damals schon mit dem Finanzreferenten Zagler immer wieder in gar nicht so feiner Art und Weise besprechen mußte, was ist denn dann wirklich der Stadt, was ist der Kommune ein Verkehrsbetrieb wert und in welchem Umfang wird man bereit sein, diese Leistungen aufrechtzuerhalten.

Herr Hack hat heute die Unterstützung von seinem Fraktionsobmann gebraucht, um hier auftreten zu können. Verstehe ich vollkommen. Aber ich gehe jetzt nicht so weit wie der Kollege Payrleithner, der eben gemeint hat, der Herr Mayrhofer tut sich eben noch ein bißchen schwer, weil er noch nicht so lange im Gemeinderat ist. Er hat mit seinen Anmerkungen dort und da sicherlich recht. Aber, Herr Mayrhofer, ich würde mich wirklich freuen, wenn sie genau das unterstützen würden, was ich zum Schluß gesagt habe, daß man nämlich nicht nur den Intensionen, also von mir als zuständiger Referent, sondern auch den Intensionen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, vor allen Dingen den Intensionen des Rechnungshofes nachkommt, daß man Möglichkeiten schafft, welche die unternehmerischen Ziele der Stadtwerke unter dem Aspekt der Eigenverantwortlichkeit in Zukunft regelt. Denn dann könnte man etwas unternehmen. Ich glaube, soweit haben sie sich auch eingearbeitet, daß sie wissen, welche Einflußnahme ein Referent hat, welche Einflußnahme der Stadtsenat hat, aber welche Einflußnahme der Gemeinderat hat. Damit darf ich mein Schlußwort schon beenden. Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Fest steht natürlich schon, daß die Direktoren der Stadtwerke für den Geschäftsbericht und für den Inhalt dieses Berichtes zuständig sind. Und mich interessiert in dem Zusammenhang schon auch noch, ob diese Ungereimtheiten, auf die der Herr Mayrhofer sehr plausibel hingewiesen hat, im Kommunalausschuß geklärt werden konnten, weil die Widersprüchlichkeiten sind zum Greifen. Das muß man ja wirklich aufklären können. Nicht wahr? Das ist schon interessant. Da können wir organisatorisch umstellen, wie immer wir wollen, die Direktoren werden für die Richtigkeit des Geschäftsberichtes verantwortlich sein müssen. Damit ist diese Zuordnung schon einmal vorgenommen.

Eines möchte ich bei der Gelegenheit auch noch sagen, wenn immer so unterschwellig angedeutet wird, als wäre die Stadt bei der Ausstattung der Stadtwerke mit Investitionsmitteln und sonstigen Dingen und Zuschüssen säumig, daß wir immer Verlustersätze vornehmen und nicht wenig, wenn ich das zusammenrechne, bei den Bädern, der Eisbahn und beim Verkehr. Aber vor allen Dingen der große Brocken, der hier nicht immer erwähnt wird, das ist immer meine Aufgabe zum Schluß, daß wir ja S 100 Mio. in das Kommunalzentrum investieren oder beinahe schon investiert haben, die zu 70 % den Stadtwerken zugute kommen. Und jedes Unternehmen würde sich glücklich schätzen, wenn jemand anderer, also von außerhalb des Betriebes, hier das Betriebsobjekt darstellt und die Modernisierung dieser ganzen Einrichtungen vornimmt. Da rede ich noch gar nicht von Investitionen für Autobusse usw.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber die Maßnahmen waren notwendig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Notwendig hin oder her, aber jedes private Unternehmen macht einen Handstand/Überschlag, wenn ihm ein neues Betriebsobjekt hingestellt wird und alles wird super rundherum hergerichtet. Es ist nur mit in Betracht zu ziehen, wenn man vielleicht wehleidig über die Geschäftsgebarung der Stadtwerke diskutiert, auf das lege ich als Finanzreferent dieser Stadt schon wert, dies bei diesen Gelegenheiten auch immer wieder festzuhalten. Und daß dort Verbesserungen möglich sind, daran zweifelt in diesem Haus nach den vielen Debatten, die wir darüber geführt haben, niemand. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, diese Verbesserungen auch zu erreichen. So habe ich auch die Beiträge verstanden.

In diesem Sinne möchten wir jetzt zur Abstimmung schreiten. Und hier möchte ich bitten, wenn sie dem Antrag Nr. 15, diesen Jahresabschlüssen, die Zustimmung erteilen, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Wird Stimmhaltung geübt? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter, Herr StR. Mayrhofer.

BERICHTERST. STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag befaßt sich mit Maßnahmen zur Ortsbildpflege, und zwar den 3. Teil. Hier geht es um die Bereiche „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Die Investitionen und Revitalisierungen wurden von Privatpersonen vorgenommen. Der Umfang geht von Färbelungen über Fenstertausch, Dachsanierungen und Dachgestaltung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

16) K-1/97 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1997 - 3. Teil „Innere Stadt“ und Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 18. November 1997 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“, „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“ insgesamt S 317.760,-- bei VA-Stelle 5/3630/778000

Freigabe 1997 - 3. Teil: S 300.000,--
Restbeträge 1997 - 2. Teil S 17.760,--

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 300.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Den nächsten Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der 2. Antrag bezieht sich auf die Kanalisation, und zwar von der Kreuzung Feldstraße - Gleinker Straße Richtung Siemensstraße. Hier gibt es seit 25 Jahren ein Provisorium. Dieser Sammler macht den Umweg über Gleink und ist mittlerweile, vor allem auch mit zusätzlichen Bauaktivitäten in Gleink hoffnungslos überfordert. Wir haben da Probleme. Diese hydraulischen Überlastungserscheinungen sind im Prinzip nichts anderes als ein Rückstau, also eine zu große Durchflußmenge. Es ist notwendig, diesen neuen Kanal zu machen. Lt. der eingeholten Angebote gibt es einen Bestbieter, das ist die Fa. Porr in Linz.

Es ergeht daher folgender Antrag:

17) BauT-307/94 Kanalisation Stadt Steyr; ABA BA 07 Errichtung

1. HS FIII von S 18 - VB 1

2. Weinzierl 2. Ausbaustufe

Weinzierl 2. Ausbaustufe

NS F III/1 A von III/18 - 204 a

NS 14 von III/18 - S 41;

Vergabeantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. Dezember 1997 werden die Kanalbauarbeiten zur Errichtung des HS FIII und NS FIII/1A sowie NS 14 aus dem Projektsgebiet HS FIII und Weinzierl, 2. Ausbaustufe, an die Firma Porr AG, Nebingerstraße 2, 4020 Linz, zum Preis von S 9,152.177,04 excl. MWSt. übertragen.

Der Beschluß gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalkredit in Wien (Förderstelle) sowie der Vergabekommission beim Amt der öö. Landesregierung.

Die erforderlichen Mittel für den Kanalbau im Jahr 1997 in Höhe von S 4,993.000,-- excl. MWSt. sind bei der VASSt. 5/8510/004520.2 (Kan. Sammler FIII) vorgesehen.

Der restliche Anteil in Höhe von S 4,160.000,-- excl. MWSt. ist im Budget für das Jahr 1998 bei der gleichen Voranschlagstelle vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 9,153.000,- - notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Den nächsten Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der dritte Antrag bezieht sich auf den letzten Teilbereich des Ausbaus der Gußwerkstraße, und zwar ist das im Bereich des SKF-Parkplatzes. Hier ist noch eine kurze Strecke, die auszubauen ist, um

rechtzeitig beim Beginn der Bauarbeiten bei der Nordspange den Baustellenverkehr über diese Gußwerkstraße führen zu können.

Es wird vorgeschlagen, daß man den Auftrag der ARGE Hinterberg gibt, die das zu denselben Kosten als bei der letzten Ausschreibung macht und auch die zusätzlichen Baustelleneinrichtungen und Baustellenräumung nicht verrechnet.

Weiters konnten wir erreichen, daß das Abtragsmaterial zu einem Lärmschutzwall bei einem Anrainer aufgerichtet wurde, der an dieser Seitenstettner Straße wohnt, und wir können dadurch auch eine bessere Verhandlungsposition für die Planung der Kreuzung zwischen Gußwerkstraße und Seitenstettner Straße erreichen. Hier wird noch verhandelt, ob es ein Kreisverkehr oder ein T-Knoten wird.

Es ergeht daher folgender Antrag:

18) BauStr-25/97 Ausbau der Gußwerkstraße BA 5 im Bereich des SKF-Parkplatzes zwischen km 0,060 bis km 0,240

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 29. Dezember 1997 werden die Baumeisterarbeiten für den 5. Bauabschnitt der Gußwerkstraße im Bereich des SKF-Parkplatzes zwischen km 0,060 bis km 0,240 an die ARGE Hinterberg in Höhe von S 2,529.144,12 incl. MWSt. übertragen und die im Haushaltsplan 1998 vorgesehenen Mittel von S 2,530.000,-- bei VSt. 5/6120/002030.4 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2,530.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kollege Mayrhofer, ich muß sie etwas korrigieren. Es handelt sich hier nicht um den letzten Teilabschnitt. Sie haben es zwar richtig im nachhinein gesagt; die Kreuzung fehlt natürlich noch in diesem Bereich. Aber meine Fragen gehen in eine etwas andere Richtung. Vielleicht können sie die beantworten.

Wir haben hier die Planungen und Bauabschnitte in Teilabschnitten gemacht. Warum hat man nicht ein Büro nach Ausschreibung für den gesamten Teilabschnitt Gußwerkstraße einschließlich Kreuzung an der B 122 beauftragt, warum hat man das verabsäumt bzw. welche Gründe haben dagegen gesprochen? 2. konkrete Frage. Warum ist die Planungsvergabe 5. Bauetappe nicht ausgeschrieben worden? Und 3., der Bauabschnitt im Bereich der Kreuzung, die sie angesprochen haben, ob das jetzt ein T-Knoten oder ein Kreisverkehr wird, das wird in diesem Bereich sehr schwierig sein, wird die auch an Spirk - Haslinger vergeben - freihändig - oder ist hier eine Ausschreibung geplant?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Zur letzten Frage. Hier ist eine Ausschreibung geplant. Die Verhandlungen sind auch mit der

Landesregierung, die wir versuchen, zur Mitfinanzierung mit einzubinden, zu führen. Daß das nicht schwierig ist, glaube ich, weiß wirklich ein jeder.

Warum - das habe ich nicht ganz verstanden - die Ausschreibung nicht an ein Büro vergeben wurde?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein. Warum die Gesamtplanung der Gußwerkstraße in einem vergeben wurde. So ein langes Straßenstück

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich gebe ihnen vollkommen recht. Ich muß zugeben, daß ich diese Sache wirklich geerbt habe und versuche, diese Altlasten einfach zu beseitigen. Ich glaube nur, soweit wirklich meine Kenntnis mit diesen Projekten, mit denen ich mich auseinandergesetzt habe, daß das jetzt zu den bestmöglichen Konditionen auch gemacht wurde. Warum es nicht neu ausgeschrieben wurde, ist vor allem deswegen, weil bei einer Neuausschreibung müssen wir ja alle diese Dinge berücksichtigen, z.B. diese Baustelleneinrichtung, diese Baustellenräumung....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es geht mir jetzt nicht um die Durchführung, mir geht es um die Planung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Um die Planung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Um die Planung. Ich habe ganz konkret gefragt, warum die Planung nicht ausgeschrieben wurde - alles andere ist ausgeschrieben worden - und ob die Planung für den Kreuzungsbereich ausgeschrieben wird. Das war meine konkrete Frage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER

Warum die Planung nicht ausgeschrieben wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Diese neue Planung werden wir ausschreiben.

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den nächsten Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Gehsteig- und Fahrbahnerrichtung beim Seniorenwohnheim Tabor, und zwar geht es hier um eine Refundierung der Baukosten. Die Arbeiten wurden von der GWG vorfinanziert. Hier hat die Zeit nicht gereicht, das rechtzeitig an den Gemeinderat weiterzureichen. Es geht praktisch um einen Formalakt.

Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

19) BauStr-27/97 Gehsteig- und Fahrbahnerrichtung beim Seniorenwohnheim Tabor; Refundierung der Baukosten; Kreditübertragung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 29. Dezember 1997 wird der Refundierung der Baukosten von S 165.840,45 incl. MWSt. für den öffentlichen Gehsteig längs des neuen Seniorenwohnheimes Tabor, Kaserngasse, an die GWG der Stadt Steyr zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel von S 165.900,-- sind von VSt. 5/6120/002250.8 auf VSt. 5/6120/002020.5 (Ausbau weiterer Straßen) zu übertragen.

Ich ersuche um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Den nächsten Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich wieder auf eine Kanalisation, und zwar geht es hier um die Kanalisation Ort-Schlüsselhofgasse. Das ist jener Kanalbereich, der eigentlich einer der ältesten in Steyr überhaupt ist und dringend sanierungsbedürftig ist. Ein Teil dieser Sanierungsmaßnahmen wurde auch schon gemacht. Hier geht es auch um den Neubau eines Nebenkanals und um Verbesserungsmaßnahmen an noch ausständigen Altkanälen. Hier geht es vor allem um Schächte, um überhaupt die Kanäle sanieren zu können. Man versucht in letzter Zeit, um Kosten zu sparen, die Straße nicht aufzugraben und mit neuen Kanälen zu ersetzen, sondern mit Inlinern, das ist ein Polyethylenharz, zu versehen. Das ist eine viel billigere und wie die Wissenschaft sagt, auch dauerhaftere Lösung.

Es ergeht daher folgender Antrag:

20) BauT-4/97 Kanalisation Ort-Schlüsselhofgasse;

1. Neubau NK Schlüsselhofgasse 3; Endabrechnung
2. Verbesserungsmaßnahmen an Altkanälen; Antrag um Vergabe und Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 5. Jänner 1998 wird der:

1. nachträglichen Auftragserweiterung nach Endabrechnung der Kanalbauarbeiten zur Herstellung des NK Schlüsselhofgasse 3 an die Firma Ploier + Hörmann, Linzer Straße 110, 4614 Marchtrenk, um S 47.195,25 excl. MWSt. auf gesamt S 405.795,04 excl. MWSt. zugestimmt.

Weiters wird der

2. Auftrag über die weiteren Verbesserungsarbeiten an den Altkanälen Ort-Schlüsselhofgasse an die Firma Illichmann-Haider, Goldbacher Straße 56 b, 4400 Steyr, auf Basis des Jahresreparaturvertrages 1997 an Anlagen des RHV, zum Preis von S 194.000,-- excl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel (S 241.000,-- excl. MWSt.) sind bei der VSt. 5/8510/004040 (Kanalbau Schlüsselhof) in Höhe von S 100.000,-- und S 141.000,-- excl. MWSt. im Wege einer Kreditübertragung von der VSt. 5/8510/004430 (Kanalisation Reichenschwall-Pyrach), im Rechnungsjahr 1997, vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 241.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr GR Payrleithner hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Herr StR. Mayrhofer, ich bitte um Aufklärung. Bei früheren Anlässen, wenn es hier im Gemeinderat darum gegangen ist, Mittel für die Kanalsanierung im Stadtbereich zur Verfügung zu stellen, habe ich schon ein paar Mal davon Gebrauch gemacht, darauf hinzuweisen, nachdem ich ja dort in der Nähe wohne, daß der Belag der Schlüsselhofgasse in einem extrem schlechten Zustand ist und ihr Vorgänger, Herr Ex-StR. Schloßgangl, immer darauf verwiesen hat, was mir auch logisch erschienen ist, daß, wenn man den Kanal saniert, auch den Straßenbelag saniert. Wir haben das auch immer so belassen. Es ist ja erfreulich, wenn es neue technische Verfahren gibt, um Kanäle abzudichten. Da möchte ich aber gerne wissen, wie sie sich das vorstellen, das heißt, wir brauchen nicht mehr aufzugraben, den Kanal sanieren wir anders und den schlechten Straßenbelag lassen wir trotzdem.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich kann sie beruhigen, Herr Kollege Payrleithner. Bei den Koordinationsbesprechungen mit den öffentl. Institutionen über sämtliche Baumaßnahmen im Bereich Steyr wurde auch das Thema Schlüsselhofgasse angesprochen. Und es wurde koordiniert, daß gleichzeitig von den Stadtwerken die Gasleitungen erneuert werden. Die OKA und wahrscheinlich auch die Telekom ziehen Kabel ein. Im Zuge dessen sind Aufgrabungsmaßnahmen über die gesamte Schlüsselhofgasse notwendig, und es führt dadurch, aufgrund der schmalen Straße, auch zu einer vollkommenen Neuerrichtung der Pflasterung. Das heißt, es wird gemacht. Was wir noch angeregt haben, ist, daß wir so schnell wie möglich und in der Ferienzeit diese Aufgrabungen machen, wo die Frequenz aufgrund der Schließung des BG's geringer ist, daß man sowenig wie möglich an Beeinträchtigung für den Verkehr und auch für die Anrainer hat. Aber es wird heuer auch der Belag erneuert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zufriedenstellend, Kollege Payrleithner? Gut. Danke. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke. Nächsten Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Punkt bezieht sich wieder auf eine Kanalisation, und zwar in Ennsdorf. Hier geht es um die Errichtung der Anschlußkanäle in der Haratzmüllerstraße im Bereich des Kupferbachgrabens. Das ist ein etwas schwieriger Fall. Ich sage das bewußt. Hier geht es um diesen Regensammler, der von den SDP-Werken heruntergeht. Hier gibt es Einleitungen. Und diese Einleitungen, die wild hereingehen, müssen gefaßt und in den Kanal geleitet werden. Es gibt über den Verlauf des Kanals keine Aufzeichnungen, und es ist aufgrund der Situierung dieses Kanals nicht möglich, ein technisches Gerät einzusetzen, das heißt, die meisten Grabungsarbeiten müssen händisch erfolgen und vor allem um eine genaue Ausschreibung auch vornehmen zu können, wäre es notwendig gewesen, aufzugraben, um den Zustand tatsächlich zu eruieren. Das erschien der Abteilung Tiefbau als wirklich zu kostspielig im Verhältnis für diese 15 m Kanal, die wir brauchen. Darum wurden zwar Richtpreise eingeholt, es ergeht jedoch der Vorschlag, die Sanierung dieses Kanalbereiches an den städt. Wirtschaftshof zu übertragen, weil hier nicht damit zu rechnen ist, daß über die Regiekosten, die zu erwarten sind, eine zu hohe Belastung für die Stadt erfolgt.

Es ergeht daher der Antrag:

21) BauT-19/96 Kanalisation Ennsdorf

Errichtung Anschlußkanäle Haratzmüllerstraße im Bereich Kupferbachgraben-Haratzmüllerstraße;
Antrag um Vergabe der Kanalbauarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Jänner 1998 wird der Auftrag über die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung der Anschlußkanäle Haratzmüllerstraße im Bereich des Kupferbachgrabenkanales an den städt. Wirtschaftshof der Stadt Steyr, 4400 Steyr, Schlüsselhofgasse 65, zum Preis von S 200.000,-- excl. MWSt. übertragen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 200.000,-- excl. MWSt. werden bei der VSt. 5/8510/004060 (Kanalbau Ennsdorf) im Wege einer Kreditübertragung von der VSt. 5/8510/050200 (Kanal Christkindlsiedlung) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 200.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium! Der Herr Mayrhofer hat sicherlich schon erwartet, daß ich mich im Zusammenhang des vorliegenden Antrages auch vor diesem Gremium wieder zu Wort melde, weil ich ja bereits in der Stadtsenatssitzung um Aufklärung gebeten habe. Und ich darf natürlich vorausschicken, daß diese, meine Aufklärung und meine Meinung zu diesem Antrag im Interesse der Steyrer Wirtschaft liegt, die sie ja immer vorgeben, zu schützen und mitzubeteiligen. Nur da vermisse ich eine gewisse Mitbeteiligung der Steyrer Wirtschaft insofern - wie heißt es so schön im Amtsbericht? - es wurden für die beschriebenen Arbeiten angeführte Richtangebote eingeholt. Da gibt es unter anderem auch 2 Firmen aus Steyr, insgesamt 5 aufgelistete Zahlen, was die Gesamtbeträge von verschiedenen Unternehmungen betrifft und so auch des Wirtschaftshofes.

Mir ist es einfach zuwenig, daß man erklärt - und das habe ich auch im Stadtsenat zum Ausdruck gebracht -, daß die tatsächlichen Kosten nicht eruierbar sind. Ja bitte, dann frage ich mich, auch im Interesse der Kostenwahrheit, was ja auch ein Anliegen von ihnen ist - von mir auch -, wie man auf diese S 200.000,-- kommt. Wie ist das möglich, daß man jetzt einen Beschluß über ein Kanalbauvorhaben: S 200.000,-- faßt, wobei die Kosten nicht eruierbar sind. Also dem kann ich nicht folgen. Tut mir leid. Deshalb werde ich auch heute diesem Antrag aus diesem Grunde die Zustimmung nicht geben. Aber weil ich davon ausgehe, daß diese Arbeiten notwendig sind, werde ich mich der Stimme enthalten. Aber Tatsache nochmals, es ist erstaunlich, wie man auf den Betrag von S 200.000,-- kommt. Bitte, vielleicht kann man das noch vor diesem Gremium erklären. In der Stadtsenatssitzung war es nicht möglich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe eingangs schon erwähnt, in diesem Falle ist es wirklich etwas schwierig. Die Richtpreise wurden natürlich bei einer Begehung eingeholt, wo man von außen, weil ja zu diesem Kanal kein Zugang ist, versucht, die notwendigen Arbeiten zu beschreiben.

Die Richtpreise beziehen sich auf diesen optischen Eindruck der Firmen. Darüber hinaus wird wie bei jedem Gewerke auch natürlich eine Position „Unvorhergesehenes“ hineingegeben, wie diese S 50.000,--, die hier bei jedem dieser Richtpreise hinzugezählt werden. Nur ist die Fachmeinung der Abteilung Tiefbau, daß man mit dem bei weitem nicht auskommen wird. Das heißt, wir können im

Prinzip jetzt noch nicht genau sagen: Was kommt auf uns hier beim Aufgraben tatsächlich zu. Ein jeder Wirtschaftstreibende würde sich natürlich wünschen, den Zuschlag für so ein Gewerk zu bekommen, weil er kann ganz günstig hineingehen und mit den Regiesätzen, bitte, macht er ein sehr gutes, positives Geschäft, und hier sieht die Fachabteilung Tiefbau das Problem darin. Sie sagt, wir tun uns leichter, weil hier nicht versucht wird, mit dem Wirtschaftshof Gewinn zu machen.

Sie haben zwar vollkommen recht, Herr Kollege Eichhübl, daß ich selbstverständlich die Wirtschaft vertrete, nur so wie ich haben auch sie mit der Gelöbnisformel gelobt, daß wir hier herinnen vor allem auch die Interessen der Stadt und damit auch die Finanzen der Stadt zu berücksichtigen haben.

Bei einer Abwägung bin auch ich zu dem Entschluß gekommen, daß ich dem Antrag der Fachabteilung Tiefbau meine Zustimmung gebe, weil ich wirklich glaube, daß es für die Stadt Steyr der beste und sicherste Weg ist.

Aus diesem Grunde ersuche ich auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

Unverständliche Frage von StR. Roman Eichhübl.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aus genau demselben rechtlichen Grund, daß die Firma die Möglichkeit hat, alles, was nicht im Auftrag beinhaltet ist, daß sie Nachforderungen im Zuge einer normalen Regieverrechnung führen kann. Um das geht es ja. Das ist ja das Problem. Das hält im Prinzip rechtlich nicht. Die Einholung dieser Richtpreise war nur - ganz offen gesagt -, daß wir einen Anhaltspunkt haben, wieviel uns das ungefähr kosten kann.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Warum keine Ausschreibung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das habe ich eingangs bitte schön erwähnt. Die Eruiierung einer genauen Ausschreibung würde wahrscheinlich die Hälfte der Sanierungskosten betragen, und darum wurde seitens der FA Tiefbau darauf verzichtet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen F (StR. Roman Eichhübl, GR Wilfrid Wetzl). Danke. Ich danke dem Herrn StR. Mayrhofer für die Berichterstattung. Der nächste Berichterstatter ist Herr StR. Ing. Dietmar Spanring. Bitte sehr.

BERICHTERST. STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Bezugsregulierung ab 1. Jänner 1998.

Die Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über die Besoldungsregelung für 1998 brachten im September 1997 folgendes Ergebnis:

- Erhöhung aller Löhne und Gehälter ab 1. Jänner 1998 einheitlich,
- Erhöhung der Beamtenpensionen um einheitlich S 373,--,
- Erhöhung der Nebengebühren um 2 %, die Dienstzulagen sind von einer Erhöhung ausgenommen.

Es ergeht daher über die Bezugsregulierung ab 1. Jänner 1998 der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

22) Präs-700/97 Bezugsregulierung ab 1.1.1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

ABSCHNITT I

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 9.12.1997 werden in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Verordnung der OÖ. Landesregierung vom 1.12.1997 die Löhne und Gehälter ab 1.1.1998 erhöht. Die Erhöhung findet in dem Ausmaß statt, in dem sich die zum 1.12.1997 geltenden Gehaltsansätze (ANLAGE A) zu den Gehaltsansätzen der Anlage B erhöhen.

ABSCHNITT II

Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen des Abschnittes I sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 10 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr seit 1.1.1991 in Kraft stehenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden.

ABSCHNITT III

Nebengebühren und Zulagen werden gegenüber dem Stand vom 1.12.1997 um 2 v.H (= Valorisierungsfaktor des Gehaltsansatzes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V im Schema II) nur dann erhöht, wenn bei Beschlußfassung die Valorisierung ausdrücklich beschlossen wurde.

ABSCHNITT IV

Diese Bestimmungen treten mit 1.1.1998 in Kraft. Wegen der Dringlichkeit wird der Stadtsenat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Den nächsten Punkt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um A.S.B. „Stahlklang“ Steyr; 3. Steyrer Chorfestival. Der A.S.B. „Stahlklang“ Steyr, vertreten durch den Obmann Ing. Klaus Lehner, Fleischmannstraße 33, 4400 Steyr, hat durch die Veranstaltung des 3. Chorfestivals in Steyr das Kulturleben der Stadt wiederum bereichert. Leider entstand, durch von Veranstaltern nicht beeinflussbarer Umstände, bei der Anreise des Dubrovniker Sinfonieorchesters ein Abgang in der Höhe von S 37.958,28.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

23) Fin-148/97 A.S.B. „Stahlklang“ Steyr; 3. Steyrer Chorfestival; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 5.12.1997 wird dem A.S.B. „Stahlklang“ Steyr, vertreten durch deren Obmann Ing. Klaus Lehner, Fleischmannstraße 33, 4400 Steyr, zur Bezahlung des Abganges des 3. Steyrer Chorfestivals 1997 eine a.o. Subvention in der Höhe von

S 38.000,-- (Schilling achtunddreißigtausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3220/757000.4 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000.6 auf die VA

1/3220/757000.4 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Den nächsten Punkt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Förderung der Kindertheatertage 1997 des Kulturvereines AKKU.

24) Fin-115/97 Kulturverein AKKU; Kindertheatertage 1997; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 5.12.1997 wird dem Kultur- und Theaterverein AKKU, Färbergasse 5, 4400 Steyr, für die Durchführung der Kindertheatertage 1997 eine ao. Subvention in der Höhe von S 7.500,-- (Schilling siebentausendfünfhundert) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3000/757000.9 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/2590/727000.8 auf die VA 1/3000/757000.9 bewilligt.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im Jahr 1997 veranstaltet der Theaterverein AKKU in seinen Workshop- und Veranstaltungsreihen eine Musikwerkstatt (Masterclasses). Dazu gab es vom AKKU ein Ansuchen um Subvention dieses Projektes.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

25) Fin-254/96 Theaterverein AKKU; Musikwerkstatt (Masterclasses) 1997; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten v. 9.12.1997 wird dem Theater- und Kulturverein AKKU, Färbergasse 5, 4400 Steyr, für die Durchführung der Musikwerkstatt (Masterclasses) 1997 eine a.o. Subvention in der Höhe von S 15.000,-- (Schilling fünfzehntausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3000/757000.0 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000.6 auf die VA 1/3000/757000.0 bewilligt.

Ich ersuche um Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der Kulturverein „Kraftwerk“ ist einer jener Gruppen, der bei der Programmgestaltung der neuen Institution Jugend-, Kulturhaus aktiv mitwirkt. In Weiterleitung einer Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses wird nun vorgeschlagen, für den Programmbetrieb des „Kraftwerkes“ eine Subvention zu gewähren.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

26) Fin-183/97 Kulturverein „Kraftwerk“; Förderung 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 5.12.1997 wird dem Kulturverein „Kraftwerk“, Gaswerkgasse 2, 4400 Steyr, eine Subvention in der Höhe von S 20.000,- (Schilling zwanzigtausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3000/757000.0 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000.6 auf die VA 1/3000/757000.0 bewilligt.

Ich ersuche um diese Bewilligung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächsten Antrag bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Mag. Waltraud Neuhauser-Pfeiffer und Mag. Georg Neuhauser arbeiten an dem wissenschaftlichen Projekt „Lebensgeschichten von EmigrantInnen am Beispiel der Stadt Steyr“. Hauptsächlich geht es um die Aufzeichnung der Lebensgeschichten von Menschen, die aufgrund der Naziherrschaft ihre Heimat verlassen mußten, in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert, Zeugnis von diesen Ereignissen ablegen können. Im RTV konnte man ja bereits diverse Interviews miterleben. Dem dieses wissenschaftliche Projekt begleitende Ansuchen um eine Subvention kommt nun der vorliegende Antrag nach. Nicht, wie im Kulturausschuß besprochen, erst im Budget 1998, sondern er kann nach einer Gewissenserforschung bereits im Budget 1997 oder noch im Budget 1997 bedeckt werden, daher ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) Fin-178/97 „Lebensgeschichten von EmigrantInnen am Beispiel der Stadt Steyr“;
Druckkostenbeitrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 18.12.1997 wird Mag. Waltraud Neuhauser-Pfeiffer und Mag. Georg Neuhauser für die Druckkosten ihres wissenschaftlichen Projekts „Lebensgeschichten vom EmigrantInnen am Beispiel der Stadt Steyr“ eine a.o. Subvention in der Höhe von S 30.000,- (Schilling dreißigtausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/3300/768000 freigegeben. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA 1/3000/728000 auf die VA 1/3300/768000 bewilligt.

Ich ersuche um diese Bewilligung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Vizebürgermeister. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meinen sie mich?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die politische Arbeit, Vorarbeit für den Gemeinderat, Stadtsenat passiert in den Ausschüssen. Es war im Kulturausschuß dieser Bericht bzw. dieser Antrag Diskussionsgrundlage. Und dieser Antrag wurde eben auf die nächste Kulturausschußsitzung am 5.2. verschoben.

Wenn nun jetzt ein Antrag, ohne weitere Diskussion, dann im nächsten Gemeinderat zur Abstimmung kommt, dann finde ich das - unabhängig jetzt vom Inhalt - eine nicht richtige und nicht korrekte Vorgangsweise. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Payrleithner, bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Ich glaube nämlich, daß man Herrn Neuhauser indirekt oder direkt bereits des öfteren bei einigen Projekten unterstützt hat - auch mit den Stimmen der Freiheitlichen. Und man kennt sich bei den Grünen manchmal nicht so genau aus. Der Herr „Grün-Gemeinderat“ Neuhauser sollte erstens einmal meiner Meinung nach dort vorstellig werden, wo er seine politischen Aktivitäten hauptsächlich betreibt, das ist nämlich die Gemeinde Garsten. Zweitens glaube ich, daß diese Dinge, die jetzt immerhin auch schon 53, 54 Jahre zurückliegen - es waren schreckliche Dinge, die da auf beiden Seiten geschehen sind - sicherlich durchleuchtens- und untersuchenswert und Wert sind, sich damit zu beschäftigen, und das haben wir ja auch in der Vergangenheit zur Genüge getan. Ich glaube aber auch im Interesse einer objektiven Geschichtsbetrachtung - und wir sind zum Unterschied von den Herren der GAL-Fraktion auf einem Auge nicht blind -, würde ich ihnen empfehlen, ihrem Freund Neuhauser einmal auszurichten, er sollte sich doch vielleicht mit jenen Dingen beschäftigen, die man jetzt noch beeinflussen kann oder könnte. Es ist - leider - traurig, daß Dinge, die vor mehr als 5 Jahrzehnten geschehen sind und wo man glaubte und meinte, daß sich so etwas nie mehr wiederholen würde, leider doch wieder in ähnlicher Form, ethnische Säuberungen, ähnliche Bestialitäten - gar nicht so weit von uns entfernt - eingetreten sind.

Ich darf ihnen vielleicht einmal etwas zeigen, was vor kurzem in den öö. Nachrichten war. Das ist nur ein paar Kilometer von uns entfernt: in Jugoslawien. Wir haben viele Flüchtlinge aus dem ehemaligen Bundesstaat Jugoslawien auch bei uns in Steyr aufgenommen. Ich glaube, wir wären auch denen gegenüber verpflichtet, jetzt im Interesse dieser Menschen, daß wir uns mit dem nicht nur beschäftigen und vielleicht mit einer Aufarbeitung dieser Dinge dazu beitragen, ob wir es verändern können, weiß ich nicht, aber vielleicht würden sich die das erwarten, daß man diese Abscheulichkeiten auch jetzt verurteilt, und da vermisse ich nämlich so manche von der linken Fraktion, die da ein bißchen blind sind und von diesen Dingen oft nichts hören wollen. Ich möchte ihnen jetzt nichts unterstellen, mir fällt das nur auf. Richten sie ihm das aus. Ich kann mir vorstellen, daß man so eine Studie über diese Dinge auch finanziell von der Gemeinde unterstützt. Ich glaube, daß das noch nicht aufgearbeitet ist. Mit dem anderen haben wir uns eh schon 50 Jahre beschäftigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich habe ich mir nicht erwartet, daß über diesen Punkt diskutiert wird. Ich habe mir gedacht, da traut er sich vielleicht nicht drüber - der Herr Kollege Payrleithner. Aber ihm ist anscheinend nichts zu unangenehm, auch über dieses Buch, über dieses Ansinnen zu diskutieren, und das in einer Art und Weise, die für mich skandalös ist.

Scheinbar reflexartig reagieren sie darauf, wenn es um jüdische oder ehemalige jüdische Mitbürger in Steyr geht, und da muß man einfach grundsätzlich dagegen sein. Sie haben das ein bißchen ausgeschmückt. Ich werde auch darauf eingehen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist eine Unterstellung. Hüten sie ihre Zunge, Herr Kollege!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, ja. Ich unterstelle ihnen das natürlich. Zu der ersten Wortmeldung, die von Vizebürgermeister Dr. Pfeil gekommen ist - er war damals als einziger nicht bei der Kulturausschußsitzung anwesend. Und in dieser Kulturausschußsitzung, das können alle bestätigen, die anwesend waren, hat es einen Grundsatzbeschuß gegeben, daß diese S 30.000,-- gewährt werden. Nur hat man aus budgetären Gründen gesagt, das bringen wir im 97er Jahr nicht mehr unter, aber es wird diese Zusicherung für '98 geben. Um so glücklicher, daß wir es noch '97 geschafft haben.

Auch zur Berichtigung; der Antragsteller Mag. Georg Neuhauser und seine Gattin sind keine Gemeinderäte der „Grünen“ oder einer anderen Liste.

Was mich an ihrer Wortmeldung besonders gestört hat, war, daß sie bezugnehmend auf dieses Werk gesagt haben, daß schreckliche Dinge auf beiden Seiten geschehen sind. Ich möchte sie wirklich fragen: Was ist auf jüdischer Seite Schreckliches passiert?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Über den Krieg im allgemeinen!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aha, über das haben sie gesprochen. Und worum geht es in dem Buch? Geht es um den Krieg oder geht es um Schicksale von Juden in Steyr?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Haben wir jetzt eine Fragestunde?!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein! Aber sie haben eindeutig gesagt, „da sind schreckliche Dinge auf beiden Seiten passiert.“ Und von jüdischer Seite hat es in diesem Krieg wirklich keine schrecklichen Dinge gegeben. Das möchte ich einmal ganz klipp und klar darstellen, und das ist eine skandalöse Unterstellung.

Ich möchte aber zur Berichtigung noch erwähnen, wenn sie sich mit diesem Buch auseinandergesetzt hätten, dann würden sie auch wissen, daß es in diesem Buch nicht nur um jüdische Mitbürger geht, sondern daß auch ImmigrantInnen aus den jetzigen Ostblockstaaten, die jetzt in Steyr wohnen, mit aufgenommen worden sind. Es sind Interviews mit diesen Menschen geführt worden. Genauso, wie sie das jetzt auch gefordert haben. Das ist passiert. Also es ist kein einseitiges Werk von damals. Es geht in diesem Buch um Schicksale von EmigrantInnen. Aber es ist wieder einmal ganz klar, was sie damit versuchen wollen. Ja. Ich glaube, es ist einfach einer Diskussion nicht würdig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Gast! Meine Wortmeldung erübrigt sich, der Herr Kupfer hat schon das meiste gesagt. Ich möchte nur noch feststellen, wir haben sehr wohl im Kulturausschuß sehr breit über diesen Antrag diskutiert, haben auch überlegt, wieweit die Subvention gehen soll, wofür die Subvention gegeben werden soll und haben festgestellt, daß - wie es üblich war - Bücher, die über die Stadt Steyr oder von der Stadt Steyr und über Personen der Stadt

Steyr geschrieben worden sind, immer wieder auch Subventionen bekommen haben. Und aus diesem Grund haben wir auch beschlossen, für dieses Buch eine Subvention zu geben. Nur war die Mitteilung damals so, es wäre überhaupt kein Geld mehr da. Wir haben aber Herrn Dr. Lutz beauftragt, er soll Geld suchen....

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

..., und zwar für die anderen Beschlüsse und da sind ihm einfach diese S 30.000,-- noch übriggeblieben. Wir haben eben dann gemeint, es wäre gut und richtig, dieses Geld noch zu verwenden und nicht liegenzulassen.

Was mir noch wichtig erscheint, ist der Hinweis, den Herr Kupfer gemacht hat, daß es sich um 3 Gruppen von Emigranten handelt. Interessant ist auch, daß dasselbe Projekt zur Zeit in der Schweiz gestartet wird. Auch dort werden diese Damen und Herren interviewt, weil es einfach wirklich unwiederbringliche Reportagen und Berichte sind, da diese Damen und Herren alle in einem Alter zwischen 80 und 90 Jahren sind, und daher für die Geschichte noch etwas geleistet werden kann. Ich glaube, es ist billig und recht, daß wir hier eine Subvention geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Kollege Klausberger, bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Geschätzter Herr Kollege Payrleithner! Als Mitglied des Kulturausschusses bin ich betrübt und eigentlich auch bestürzt darüber, daß sie ein Thema, das eigentlich in unserer Zeit unumstritten sein sollte, in dieser Weise thematisieren.

Der Herr Neuhauser, haben sie gesagt, sollte sich - und ich formuliere es nicht wörtlich, so wie sie es gesagt haben - mit anderen Dingen beschäftigen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Auch!

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Er beschäftigt sich auch. Gut, sehr gut. Der Kollege Neuhauser ist ein Berufskollege von mir und an meiner Schule tätig. Er ist ein ausgesprochen engagierter Lehrer. Wenn sie die Presse verfolgen, dann werden sie vielleicht gesehen haben, daß die HAK Steyr und natürlich auch die HASCH derzeit ein Projekt des offenen Lernens unter seiner Führung macht. Er macht sehr, sehr viele Dinge, die dem demokratischen Thema dienen, die dem Miteinander dienen, die den Menschen in ihrer beruflichen Bildung dienen.

Und ich glaube, gerade auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte, die hier passiert ist, ist für unsere Jugend wichtig. Wenn Herr Neuhauser hier in dankenswerter Weise ein Buch verfaßt und auch in den Medien, z.B. im RTV, das werden sie sich vielleicht dann und wann ansehen, darüber berichtet, was den Menschen an schrecklichen Dingen hier bei uns widerfahren ist, dann soll das die Jugend wissen und künftige Generationen darüber informiert werden. Wir werden als Gemeinderat nicht dem Herrn Neuhauser Vorschriften machen, womit er sich als Historiker zu beschäftigen hat. Ich finde es insbesondere sehr wichtig, weil wir uns gerade morgen wieder von einem Zeitzeugen verabschieden - von Fachlehrer Josef Pieps-Mayrhofer, der 90 Jahre alt geworden ist und für uns noch immer viel zu früh verstorben ist. Er hat uns viele Dinge von damals erzählt. Es ist in dieser Zeit besonders wichtig, daß uns immer wieder, solange sie noch leben, Menschen über diese Zeit etwas berichten. Und wenn hier der Gemeinderat einen kleinen Beitrag auf dem Kultursektor leisten kann, daß ein solches Werk gefördert wird, dann brauchen wir darüber nicht in abfälliger Weise urteilen. Herr Kollege Payrleithner, ich bitte sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, Kollege Klausberger. Wünscht noch jemand das Wort? Kollegin Reznar, bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich darf nur ganz kurz über die Kulturausschußsitzung berichten. Es war wirklich davon die Rede, daß dieser Antrag aus finanziellen Gründen auf das heurige Jahr übertragen wird. Wir haben gemeinsam beraten, wie wir z.B. Geld für das Jugend- Kulturhaus, das ganz wichtige Sachen braucht, zusammenkratzen. Herr Dr. Lutz hat gesagt, ich habe nicht mehr viel, ich kann nicht, max. S 20.000,--, was ja ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Wenn schon ein Antrag auf das nächste Jahr vertagt wird, wo man sagt, gut, für '98 kann ich mir S 30.000,-- vorstellen, dann soll es dabei bleiben. Die S 30.000,-- hätten wir, wenn sie schon übrigbleiben, ohne weiteres dem Jugend-, Kulturhaus geben können - die hätten es wirklich ganz, ganz dringend gebraucht - und diese S 30.000,-- auf das neue Jahr übertragen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, das ist kein Vergleich, auch die haben es dringend gebraucht.

Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort, Herr Referent? Kein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? 4 Gegenstimmen F (GR Günter Fürweger, GR Hans Payrleithner, GR Beatrix Toman, GR Wilfrid Wetzl). Übt jemand Stimmenthaltung? 4 Stimmenthaltungen F (Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil, StR. Roman Eichhübl, GR Elfriede Reznar, GR Siegfried Stieglitz). Danke. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Den nächsten Punkt bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Museum Industrielle Arbeitswelt. Das Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, führt in den kommenden Jahren Bauprojekte aus, die Gesamtkosten im Ausmaß von 14 Mio. S erfordern werden. Es handelt sich neben bestandssichernden Investitionen, die ein 10jähriger Betrieb bedingt, auch um eine Reihe von substanzverbessernden und qualitätssteigernden Maßnahmen, die es uns erlauben werden, die zunehmenden Anforderungen an ein aktives Bildungs- und Veranstaltungszentrum besser zu erfüllen.

Die gesamten Um- und Ausbauvorhaben des Museums Industrielle Arbeitswelt sollen bis Ende 1999 durchgeführt werden. Der späte Zeitpunkt des Antrages begründet sich darin, daß es nach intensiven Verhandlungen der Museumsverantwortlichen mit dem Land OÖ. erst relativ spät im Herbst 1997 zu einem erfolgreichen Ergebnis kam. Das Land wird dieses Projekt „Um- und Ausbau des Museums Industrielle Arbeitswelt“ mit S 10 Mio. fördern, die in unsere Region fließen werden, wenn die Stadt Steyr die restlichen S 4 Mio., verteilt auf die Laufzeit des Projektes, übernimmt. Eine erste Tranche in der Höhe von S 650.000,-- rückwirkend für Planungs- und Vorbereitungsarbeiten 1997 ist nun Inhalt des Antrages des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) Fin-14/97 Museum Industrielle Arbeitswelt - Bauvorhaben; Förderung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 7.1.1998 wird dem Verein Museum Industrielle Arbeitswelt für die kommenden Bauprojekte eine Förderung von S 650.000,-- (Schilling sechshundertfünfzigtausend) in Form einer einmaligen, ao. Subvention aus der VA 1/3600/757000.7 gewährt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung aus der VA 1/3600/757000.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich weiß nicht, Herr Kollege Spanring, ob das jetzt der Beginn einer neuen Kulturära sein wird, daß man sich der Diskussion überhaupt entzieht, daß man Großinvestitionen dem Stadtsenat bzw. dem Gemeinderat vorlegt, ohne daß eine sachliche, inhaltlich kurz-, mittel- und langfristige Kulturplanung stattgefunden hat.

Die Großinvestition von S 14 Mio. - Insider sagen, da baut man ein eigenes Museum um das Geld - war auch nicht Gegenstand der Vorstandssitzungen im Museum Arbeitswelt. Das muß man sich einmal vorstellen - war nicht Gegenstand einer Vorstandssitzung. Erst in der nächsten Vorstandssitzung, am 10. März 1998, wird wahrscheinlich im Tätigkeitsbericht, Rückblick und Vorschau was berichtet werden. Also der Verein Museum Arbeitswelt informiert nicht einmal seine Vorstandsmitglieder über entscheidende, strukturelle, finanzielle Änderungen und Vorhaben für die Zukunft. Es ist in keiner Vorstandssitzung darüber diskutiert worden.

Es gibt hier in dem Projekt 14 Mio. S an Gesamtkosten. Und wenn man sich die Gesamtkosten näher betrachtet, dann erscheinen diese einzelnen Summen - sagen wir so - leicht der Kunst zugewiesen, sie erscheinen leicht gekünstelt.

Ich habe um Aufklärung gebeten. Ich habe gestern oder vorgestern mit Frau Mag. Heger ein längerstündiges Gespräch darüber gehabt und wir sind auch die einzelnen Posten durchgegangen. Wenn man sich nur die größeren Ausgabenposten bei diesem Vorhaben ansieht, beginnend mit Medienzentrums Obergeschoß, S 3,5 Mio. Man sieht, die Vorarbeiten sind auch schon teilweise abgeschlossen worden. Im Veranstaltungsbereich sollen 1,9 S, also auch 2 Mio. S investiert werden, in die Kassenhalle - das ist die Halle daneben, wo es sogar Überlegungen gibt, diese Kassenhalle nicht mehr zu adaptieren, nicht mehr zu sanieren, sondern diesen Platz einer anderweitigen Verwendung zuzuführen, im Bereich vom FAZAT gibt es ja vom Architekten solche Planungen - sollen 2,1 Mio. S investiert werden. Also hier sind schon Diskussionen notwendig, ob wir diesem Vorhaben so ohne weiteres die Zustimmung geben.

Unter Pkt. 4) Wasserrad - Mittelhalle; das erscheint ein relativ bescheidener Betrag: S 300.000,--. Man muß sich vorstellen, da gab es ein Wasserrad, das ist vor 12 Jahren zur Landesausstellung errichtet worden, das leider aus Fichte war. Und jeder Mensch, der mit Wasser und Holz zu tun hat, weiß, daß Fichte im Wasser, teilweise auch in der Luft, nicht gutgehen kann. Das wird verfaulen. Das ist auch eingetreten - es ist verfault. Jetzt hat man dort ein Lärchenrad fixiert. Aber was kosten alleine dort die Abbruchkosten für das alte Fichtenrad? Was schätzen sie? Hat jemand eine Ahnung? Was kann das kosten? Ich meine, das können vielleicht die Pfadfinder oder die Feuerwehr auch an einem Nachmittag machen. Mit einer Motorsäge ist das in einer Stunde weg. Was darf das kosten? Hier wurden geplant - ich sage es ihnen gleich: S 50.000,--. Also wenn man hier diese leichtverständlichen, einfachen Ansätze sich einfach vor Augen führt, dann erscheint die Gesamtsumme S 14 Mio. - wie ich gesagt habe - leicht gekünstelt.

Im Eingangsbereich sollen für einen Windfang S 1,5 Mio. ausgegeben werden. Stolzer Preis für einen Windfang, weil die Eingangssituation ist ja vor 2 Jahren total erneuert worden. Das haben wir ja zur vorletzten Ausstellung erneuert.

Für das Archiv/Dachgeschoß sollen S 830.000,-- zur Adaptierung der Räumlichkeiten bzw. für den Ankauf von Kästen für ein Archiv verwendet werden.

In der Mittelhalle soll eine neue Treppe errichtet werden: S 500.000,--, exakt S 490.000,--. Frage: Warum ist diese Treppe nicht eingangs errichtet worden oder hat sich der Verwendungszweck so geändert, daß man jetzt eine zusätzliche Treppe (Mittelaufgang) benötigt? Man meint diese Treppe zur Brücke hinauf.

Der Pkt. 8, auch ein finanziell sehr, sehr heftiger Punkt: Fußbodenheizung - Mittelhalle. Hier soll in der ganzen Mittelhalle der Boden herausgerissen werden. Der Boden ist 10, 12 Jahre alt. Also jedem Steuerzahler schießen da die Tränen ein, wenn der 10, 12 Jahre alte Boden aufgerissen wird und im nachhinein mit einer Fußbodenheizung versehen werden soll. Das soll die Kleinigkeit von knappe 1,8 Mio. S kosten.

Die neue Vorplatzgestaltung: S 550.000,-- und des weiteren Finanzierungskosten von S 900.000,--.

Ich denke, daß es legitim ist zu verlangen, daß diese Vorhaben, zumindest wo wir von der Gemeinde her im Kulturausschuß zuständig sind, vorbesprochen werden müssen. Es gehört hier auch ein Finanzplan dazu. Der muß auch in das mittelfristige Finanzkonzept der Stadt Steyr einfließen. Auch hier ist diese Summe nicht bedeckt. Wir haben bereits jetzt eine Kreditüberschreitung mit dieser Summe von S 650.000,-- in der ersten Sitzung im Jänner 1998.

Ich denke, daß die Stadt gut beraten ist, diesem Antrag in dieser Form diese Zustimmung nicht zu geben, sondern erst vorzubereiten, was ist im Kulturbereich wichtig und eine geeignete Vorgangsweise zu wählen.

Sie erinnern sich an die Diskussion Landesausstellung '98. Wir haben das Geld, die fehlenden 1,5 Mio. S für die Adaptierung des 1. Stockwerkes für eine Einbeziehung des Archivs nicht gemeinsam aufgebracht. Hier fehlen die Mittel. Und hier scheinen für einen Verein die Finanzmittel im Übermaß zu sprudeln. Man bekommt den Eindruck, das ist jetzt ohne Wertung neutral gesprochen, das Problem dabei ist, man kommt immer mit dem Schmäh, ja S 10 Mio. kommen vom Land. Es kommen nicht 10 Mio. S vom Land, sondern da ist der Bund auch dabei. Aber diese Mittel sind ja auch vom Steuerzahler kommend. Für mich als Steuerzahler, ich kann es mir ja nicht aussuchen, soll ich nur oder darf ich nur Gemeindesteuern oder muß ich auch Bundessteuern zahlen. Hier möchte ich eine geeignete Vorgangsweise, wo alle dahinterstehen können.

Die Arbeit im Museum Arbeitswelt ist als positiv zu bewerten, ist zu begrüßen, sie ist wertvoll - ich möchte das auch ganz deutlich und klar sagen, aber sie darf nicht dazu angetan sein, daß sie uns die kulturellen Vorbereitungen und das Finanzkonzept sprengen. Ich danke ihnen. In dieser Form werde ich diesem Antrag nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist unser Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Der Dr. Pfeil hat natürlich schon insofern recht, daß große Vorbereitungen und Vorberatungen zu diesem Punkt nicht getätigt wurden. Da pflichte ich ihm schon bei, und das war auch gar nicht möglich. Daher haben wir auch in den Mittelfristplanungen und in der Budgetplanung für 1998 oder gar für 1997 diese Überlegungen nicht anstellen können, weil erst neue Entwicklungen eingetreten sind, nämlich durch die Übernahme der Funktion des Vorsitzenden im Vorstand des Museums Arbeitswelt Herrn Landesrat Ackerl und durch den Umstand, daß bei den Budgetverhandlungen des Landes es Herrn Landesrat Ackerl gelungen ist, hier auch dem Landeshauptmann und dem Kulturreferenten näherzubringen, daß Erneuerungsinvestitionen in unserem Museum Arbeitswelt in Steyr notwendig geworden sind.

Natürlich hat sich der Herr Landesrat Ackerl an mich gewendet und mich gefragt, nachdem das Ding bei uns steht - so drücken sich dann die Herren meistens aus -, ob wir auch bereit sind, hier unseren Beitrag zu leisten. Ich habe nach einigem Nachdenken gesagt, selbstverständlich sind wir dazu bereit. Wie würde denn die Alternative dazu aussehen? Nehmen wir an, Ackerl wäre nicht Obmann geworden, nehmen wir an, es würde hier diese Überlegung nachzuzustieren, nach 12 Jahren Betriebstätigkeit ist dort auch eine gewisse - wie sagt man dazu?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Abnützung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Abnützung, ganz richtig, danke Frau Kollegin, eingetreten und man hat auch Erfahrungen sammeln können, es ist der lebendigste Kulturplatz - sage ich immer - in unserer Stadt, wäre etwas geschehen von unserer Seite aus, ja oder nein? Die Frage stelle ich mir. Ich sage ihnen: Nichts wäre geschehen. Wir hätten von uns aus nicht die Idee entwickelt, nachdem es ja, wie sie selbst richtig gesagt haben, viele andere Kulturprojekte gibt, daß man dort 14 Mio. S investiert, weil da hätte man noch das Jugendkulturhaus, die Landesausstellung und ich weiß nicht was alles natürlich vorher gesehen.

Jetzt gibt es durch den neuen Vorsitzenden einen neuen Impuls, und er will das machen. Würden wir das nicht investieren, würde man in 5, 6 Jahren in der Situation sein, daß die Verwaltung des Museums Arbeitswelt so laut schreien würde, daß es auch an unser Ohr dringt und wir irgendeine Reparaturmaßnahme ins Auge fassen müßten. Dann wäre die Geschichte genau umgekehrt. Dann müßten wir nach Linz gehen und den Herrn Landeshauptmann und andere Regierungsmitglieder ersuchen, daß sie uns bei diesen Erneuerungsinvestitionen unterstützen und wir müßten wahrscheinlich den Hauptanteil zahlen. So ist es umgekehrt und ich finde es positiv.

Natürlich ist das für uns nicht nur die reine Freude, daß man in einem Ausmaß mitwirken muß, das doch erheblich ist. Ich habe auch gar nichts dagegen, daß wir uns noch genau anschauen, wie denn die einzelnen Sanierungsschritte bis hin zu dieser Fußbodenheizung usw. sind, ob das in dieser Form wirklich gemacht werden muß, ob das so ist. Aber wir haben hier einen Zeitraum von 3, 4 Jahren. Wir werden uns auch genau anschauen, wie diese Planungen ausschauen. Wir werden auch nur die Aufwendungen vornehmen, wenn diese Investitionen tatsächlich getätigt und abgerechnet werden. Also so ist das Ganze zu beurteilen und einzuschätzen. Und unter diesem Aspekt werden die Dinge wieder umgekehrt. Wir tun plötzlich so, weil hier vom Land her ein Impuls stattfindet, daß wir 10 Mio. S bekommen - ein Glücksfall eintritt - als wie wenn uns etwas Schlechtes passieren würde, weil wir zwar 4 Mio. S zahlen müssen, aber wir eben dieses Hauses auf den neuesten Stand bringen werden.

Ich bin auch nicht ganz sicher, ob das gescheit ist, noch 2 Mio. S in die Kassenhalle zu investieren. Richtig ist, daß dort einmal nach unseren Vorstellungen und nach dem Modell ein anderes, schöneres, architektonisch wertvolles Haus auf diesem Platz stehen wird. Es wird zu überlegen sein, ob man in der Zwischenzeit diese Investition noch braucht. Aber es wird auch noch zu überlegen sein, wie viele Jahre es noch dauert, bis wir diesen Abschluß sozusagen, dieses Haus auf den Platz dort wirklich auch hinstellen können.

Also insgesamt gesehen, betrachte ich es als eine Chance, die sich kurzfristig ergeben hat, die von uns verlangt, darauf zu reagieren. Und wenn man die Chancen nicht beim Schopf packt und wenn man zaudert, wenn man hin und her tut, dann bekommt man das eine nicht und das andere auch nicht. Und daher möchte ich die Damen und Herren des Gemeinderates bitten, dieser ersten Impulsinvestition für die Planung und solche Dinge mehr und was schon geschehen ist von S 650.000,-- wirklich zuzustimmen. Wir brauchen den Platz ganz dringend. Wer am Feuerwehrball war, wird diese Zustimmung noch leichter geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster, GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Auch uns ist es anfangs so ergangen, als wir den Antrag gelesen haben, daß wir vorerst einmal gemeint haben, wir müßten das beraten, wir müßten das im Kulturausschuß durchgehen lassen. Wir sind mit einzelnen Positionen, die da angeführt wurden, nicht recht einverstanden. Aber letztlich hat dann doch das Ja zur Kultur und das Ja zum Museum uns bewogen,

grundsätzlich dem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir wären aus unserer Sicht einfach ungeschickt, wenn das Land 10 Mio. S für Investitionen dem Museum Arbeitswelt zuspricht, diese S 650.000,--, die wir zu zahlen haben, nicht auszugeben. Wir haben auch bedauert und stellen auch fest, daß es im Vorstand des Museums Arbeitswelt darüber keine Gespräche gegeben hat. Die Sitzung ist erst in 14 Tagen, und wir versichern, daß wir dort sehr wohl, auch wie der Herr Bürgermeister gemeint hat, die einzelnen Positionen noch einmal beraten werden müssen und sehr wohl geklärt werden muß, was in den nächsten 4 Jahren wirklich gemacht werden soll, gemacht werden kann und gemacht werden muß.

Grundsätzlich meinen wir, müßten wir Investitionen, die wir vom Land bekommen, einfach annehmen. Und aus der Sicht des Museums Arbeitswelt bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Bei diversen Bauvorhaben und Investitionen fällt immer wieder das Wort: „Prioritäten.“ Es hat zwar in der letzten Gemeinderatssitzung jemand dieses Wort ein bißchen anders ausgesprochen, aber er hat es wahrscheinlich so gemeint. Es sitzen hier im Gemeinderat einige Lehrer und Direktoren usw. Und wenn ich mir das jetzt anschau - und der Herr Bürgermeister hat es indirekt eigentlich auch bestätigt -, welche Positionen und welche Dinge da unten doch in einem Ausmaß subventioniert werden, dann muß man sich schon fragen, wie man auf der anderen Seite - z.B. bei der Plenklbergschule, der zuständige Referent sitzt ja vor mir, er ist Subkassier, in der letzten Zeit müßte er das Gebäude ja besser kennen, in welchem Zustand das ist, die Frau Koppensteiner hat zurecht, ich glaube in der letzten Gemeinderatssitzung, auch andere Mißstände in einer Schulküche bemängelt, für das hat man kein Geld. Und da schmeißt man die Millionen derartig, ich würde fast sagen, in den Eingangsbereich des Museums Arbeitswelt. Ich muß sagen, da habe ich kein Verständnis dafür und kann die Ausführungen von Dr. Pfeil diesbezüglich wirklich nur unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR. Bremm, bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das hier zu vergleichen ist nicht richtig. Das eine ist eine Schule und hier geht es um das Museum Arbeitswelt. Der Herr Bürgermeister hat das sehr genau dargestellt, wie sich das entwickelt hat und warum das so ist.

Ich glaube, wir sollten auch, wenn wir über das Museum diskutieren, das nicht immer wieder in Frage stellen. Das ist für mich schon sehr bedenklich. Jedes Mal, wenn wir über das Museum diskutieren, dann erweckt man den Eindruck, als gäbe es eine Hemmschwelle, dort etwas zu tun. Dieses Gefühl werde ich nicht los.

Und der Hinweis auf die Plenklbergschule, ich weiß nicht, Kollege Payrleithner, ich glaube, du bist dort nicht vorbeigegangen. Wir sollen hier auch nicht die Diskussion führen und unsere Schulen so darstellen, wie wenn die am letzten angelangt wären. Das ist einfach eine massive Unterstellung. Das ist nicht richtig. Natürlich, bei dieser Anzahl von Schulen, die wir haben, wird es immer einen Bedarf geben, wo Erneuerungen notwendig sein werden. Aber wir können uns in Steyr jederzeit mit anderen Städten und anderen Gemeinden messen. Gerade bei Diskussionen mit den Direktorinnen und Direktoren herrscht immer wieder ein große Zufriedenheit vor. Natürlich sind Wünsche da. Aber es herrscht hier doch eine große Zufriedenheit über den Standard unserer Schulen. Ich glaube, wir sollten damit aufhören, daß wir da immer hinhalten, wie wenn unsere Schulen in einem miesen Zustand wären. Ich würde auch sie, Frau Kollegin Koppensteiner, ersuchen, daß wir uns damit sachlich auseinandersetzen, weil Kollege Payrleithner sie auch damit zitiert hat und sie das

unterstützen. Ich tue das nicht. Ich kann nur ersuchen, daß wir die Diskussion sachlich führen. Und das mit der Plenkbergerschule, das ist ein ausgesprochener „Holler“, muß ich ihnen sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Holler. Holunder auf hochdeutsch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

2. Wortmeldung von Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hier muß man natürlich, Herr StR. Bremm, einen Replik machen. Niemand hat in den vergangenen Jahren das Museum Arbeitswelt grundsätzlich in Frage gestellt. Nur ist es der teuerste ...

Zwischenrufe: Na, na, na!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

... - warten sie - der teuerste Kulturbetrieb, aber es macht auch sehr gute Veranstaltungen, das habe ich auch betont. Ich darf sie und die, die neu im Gemeinderat sind, daran erinnern, das Museum Arbeitswelt ist von einer jährlichen Grundsubvention von einer knappen Million S - S 950.000,-- - ausgegangen. Das wurde dann in den ersten Jahren, also in der letzten Legislaturperiode, durch einen Antrag auf Verdoppelung der Subvention ergänzt. Sie wollten 2 Mio. S als Subvention für Projekte, als Projektförderung.

Wir haben auch im Kulturausschuß damals eine sehr, sehr ernste Diskussion geführt und sogar den Kulturausschuß in die Räumlichkeiten des Museums verlegt. Der Kulturausschuß hat damals gemeinsam gewisse Vorstellungen finanzieller Art an das Museum Arbeitswelt gerichtet. Wenn sie sich die Mühe nehmen, vielleicht da nachzulesen. Die Antwort von der Frau Geschäftsführer und vom Vorstand war dahingehend, daß eine Änderung nicht möglich ist. Insbesondere die hohen Kosten im Personalbereich haben damals das gemeinsame Mißfallen des Kulturausschusses erregt - das gemeinsame! Da waren wir damals einstimmig. Aber die Vorschläge waren eher, sagen wir, so deprimierend, die von der anderen Seite gekommen sind, daß wir, na ja, wenn ihr das nicht wollt, sperren wir die Geschichte Freitag, Samstag, Sonntag zu. Also das haben wir mit Verbesserungsvorschlägen nicht gemeint, die vom Museum Arbeitswelt kommen sollen. Wir sind damals sehr tief in die Diskussion eingestiegen, das ging sogar bis zur Lohnverrechnung im Museum. Sie haben sich sogar damals eine eigene Lohnverrechnung geleistet - ich weiß nicht, ob es heute auch noch so ist - und dort jemanden angestellt gehabt. Also jeder kleine Gewerbetreibende, der 10, 14 Leute hat oder jeder Selbständige weiß, das eine eigene Lohnverrechnung hier wahrscheinlich das Teuerste ist. Alle diese Vorschläge, die wohl- und gutgemeint waren, sind beiseite gewischt worden. Im Gemeinderat gab es dann eine Diskussion über diese 2. Rate der Projektförderung, weil eben unsere Vorschläge nicht aufgenommen worden sind. Da war auch - ich kann es sagen, es war damals GR Jansky von der ÖVP, der hier lauthals verkündet hat: Und wenn die nicht das tun, was wir wollen, dann stimme ich diesen Subventionen nicht mehr zu. Das war eine ganz klare Aussage, weil man eben den Eindruck gehabt hat, daß wir ein bißchen an der Nase herumgeführt wurden.

Aufgrund der allgemeinen Sparkürzungen bekommt das Museum Arbeitswelt derzeit ca. 1,5 Mio. S pro Jahr. Pro Jahr. Das bekommen sie undiskutiert.

Jetzt kommt der nächste Anlauf, weil es bleibt ja nicht bei diesen einmaligen nicht budgetierten S 650.000,--, sie wollen undiskutiert jährlich weitere S 650.000,-- . Und da sehe ich andere Kulturträger ins Hintertreffen geraten, wenn alles in eine Richtung geht. Vor allen Dingen, wenn sich diese Einrichtung der Diskussion entzieht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Koppensteiner.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich finde es amüsan, daß sie es auch amüsan finden, obwohl es das wirklich nicht ist, weil ich eindeutig nicht einsehe, daß man mir eine Unsachlichkeit, eine, was weiß ich was vorwirft, wo ich mich nicht einmal mit einem Muckser zu Wort gemeldet habe. Das war's. Danke.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nicht heute.

Herr GR Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt kenne ich mich nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da ist es um die Schulen gegangen. Wir reden über das Museum Arbeitswelt, nicht über die Schulen. Kollege Payrleithner hat mit der Plenkbergsschule begonnen, darum hat sich der Schulreferent gemeldet. Jetzt haben wir die Schuldiskussion gehabt, aber wir kommen wieder zurück zum Museum.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will genau dieses Thema ansprechen, daß ich es eigentlich für höchst unseriös halte, daß man den Schulbereich dem Kulturbereich auszuspielen versucht. Nämlich auch von seiten der Freiheitlichen unseriös, weil der ehemalige Kulturstadtrat Pfeil jahrelang gefordert hat, daß das Kulturbudget erhöht wird. Wenn wir jetzt die Möglichkeit haben, Investitionsschritte, die sowieso irgendwann einmal notwendig sind, deswegen vorzuziehen, weil eben von Landes- und Bundesseite diese Budgetmittel in diesem Ausmaß zur Verfügung stehen, dann verstehe ich das nicht, warum wir dieses Angebot jetzt nicht nutzen, wo es sowieso notwendig ist und diese Mittel sowieso auf die Stadt hätten abgewälzt werden müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. GR Hauser hat sich gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn ich den Bericht richtig lese, geht es um eine S 650.000,--/Subvention, die auf die Budgetmittel 1997 angerechnet werden - oder eine Kreditüberschreitung. Daher verstehe ich auch den Einwand nicht, daß die jetzigen Budgetmittel des Kulturreferates dann für 1998 ausgeschöpft seien, wie das Dr. Pfeil gemeint hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nie gesagt.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Sie haben gesagt, wenn ich mich richtig erinnere: In der ersten Sitzung im heurigen Jahr schöpfen wir schon die Mittel des Budgets '98 des Kulturreferates aus. Daher möchte ich das lediglich berichtigen und ersuche daher auch, daß man diesem Antrag zustimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist unser Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also ich habe Dr. Pfeil etwas anders verstanden, nämlich, daß wir im Jänner schon eine

Kreditüberschreitung haben. Man muß dazusagen, für das Geschäftsjahr 97 ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Geld hat ja kein Mascherl, ob das jetzt für '97 oder

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist auch richtig. Das ist ja vollkommen richtig! Und wenn wir 4 Mio. S zahlen sollen, vorausgesetzt diese 14 Mio. S werden wirklich investiert, müssen wir ja das über einen Zeitraum tun. Wir werden uns noch genau anschauen, ob alle diese Investitionen, die sich der neue Vorsitzende vorstellt, daß wir die wirklich alle tätigen, dann sollen wir 4 Mio. S zahlen, wenn er mit seinem Vorstand da unten 14 Mio. S ausgibt. Das werden wir uns schon noch anschauen. Er sagt ja nicht nur irgend etwas, sondern er bringt 10 Mio. S. Jedenfalls ist das seine Aussage. Und darauf werden wir wohl reagieren müssen. Da können wir nicht zaudern. Da müssen wir entweder Hopp oder trop sagen, sonst passiert dieses Ding nicht. Und da wäre schon vieles nicht passiert. Solche Chancen müssen wir eben wahrnehmen.

Ich möchte nur folgendes sagen, weil mich diese Debatten um dieses Museum Arbeitswelt ja seit ich da herinnen sitze verfolgen. Es war doch jedes Mal dasselbe. Wenn wir über Subventionen für das Museum Arbeitswelt geredet haben, dann hat die ganze freiheitliche Partie zum Gackern angefangen. Das ist doch nichts Neues. Jedes Mal habe ich erklärt, daß dieses Museum für Steyr ein Glücksfall ist. Von weit und breit kommen's her. Alle machen ihre Veranstaltungen dort. Von der christlichen Soziallehre bis zu Fremdenverkehrsveranstaltungen bis zum Feuerwehrball läuft dort alles. Es ist beliebt. Die ganze Welt läuft dort zusammen. Alle kommen wieder. Ja bitte sehr, wenn wir so einen Platz haben, werden wir wohl gewisse Mittel zur Verfügung stellen müssen. Jetzt kommt noch etwas. Wenn wir mit einer schwachen Million, insgesamt mit Projektförderungen, 1,5 Mio. S im Durchschnitt, wie der Herr Dr. Pfeil richtig gesagt hat, im Jahr das dort hingeben, dann müssen wir aber die Gesamtsumme des Budgets, die dort aufgewendet wird, ins Verhältnis setzen. Und soweit ich das ungefähr im Kopf habe, ist das Budget des Museums Arbeitswelt so an die 11, 12 Mio. S. Habe ich das richtig drauf?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Um die 14 Mio. S.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

14 Mio. S haben wir auch schon gehabt. Also gut. Wir geben ungefähr 10 % des Budgets dieser Einrichtung als Stadt Steyr aus, und das Ding steht bei uns. Ich würde mir sehr wünschen, meine Damen und Herren, daß auch bei allen anderen Einrichtungen 90 % des Aufwandes von den dort Tätigen aufgebracht werden, und zwar von anderen Subventionsträgern: vom Land und vom Bund, ich weiß nicht von wo. Selbst wenn das Steuermittel sind, muß ich sagen, ist es eine tolle Leistung, daß die das über 12 Jahre durchgehalten haben. Die haben sich sehr bemüht, alles mögliche anzuzapfen, und das hat dem Museum gutgetan. Das hat auch unserer Stadt gutgetan, das muß man schon in diesem Zusammenhang sehen, und daher bitte schön, laßt doch ab davon, daß man über diese Subventionen jedes Mal dasselbe Theater macht, nur weil es euch politisch vielleicht nicht so in den Kram paßt. Das wäre schon meine Bitte, daß wir ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Die roten Fahnen sind eh schon weg!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... das vielleicht schon gemeinsam erkennen, daß das eine gute Einrichtung ist und daß die auch eine gewisse Unterstützung braucht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Mag. Frech hat sich noch zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Um zu einer Versachlichung dieser etwas emotionalen Debatte ein bißchen beizutragen, ich glaube, wir sollten das Ganze ein bißchen trennen. Das eine sind diese S 650.000,--, über die wir jetzt beschließen sollen. Der andere Punkt ist die weitere Investition mit dem Restbetrag von ungefähr so S 3,5 Mio. Da werden wir uns sicher noch an einem anderen Ort und an einer anderen Stelle genau anschauen müssen, wieweit wir Investitionen als Stadt übernehmen und wieweit nicht und welche Richtlinien wir auch erarbeiten. Ich glaube, von der Grundsatzfrage her dürften wir uns einig sein, daß das Museum für die Stadt wichtig ist, daß dort sehr gute Veranstaltungen stattfinden und daß wir auch im Bereich der Veranstaltungen sonst relativ wenig Räumlichkeiten zur Verfügung haben. Das ist der eine Punkt.

Aber aus diesem gegebenen Anlaß heraus möchte ich auch noch so meine Forderung stellen, die ich im letzten Kulturausschuß gestellt habe, nachdem mir auch wichtig ist, daß das Kulturbudget auch ausgebaut wird, daß also nicht jetzt dann praktisch durch die zusätzlichen Ausgaben für das Museum es zu einer Kürzung in anderen Kulturbereichen kommt, und von da her würde ich mir wünschen, daß wir uns einmal gemeinsam ein Kulturkonzept überlegen: Wo wollen wir in Zukunft überhaupt hin? Wie wollen wir es finanzieren? Und daß wir uns auch diese Dinge überlegen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja, meine Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Frau Mag. Frech, das ist nur zu unterstreichen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß aufgrund der Subventionen des Museums Arbeitswelt das Kulturbudget auf der anderen Seite zu leiden beginnt. Wir haben genug Kulturausgaben, wo wir Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen haben, wo das Kulturbudget noch bluten wird.

Ich gebe auch ihnen recht, Herr Dr. Pfeil, daß es eine Reihe wichtiger Vorhaben in unserer Stadt gibt: wichtige Kulturvorhaben, Kulturprojekte, die ihrer Erfüllung und ihrer Arbeit harren. Aber eines ist schon ein Problem. In diesem Fall, wenn man sagt, das Geld hat in der Regel kein Mascherl, hat es tatsächlich ein Mascherl, wenn eine tüchtige Frau, wie Frau Dr. Heger zustande bringt, daß aus der Landesförderung S 10 Mio. für ihr Museum freigemacht werden, dann hat es eben durch diesen Einsatz, durch diese S 10 Mio., tatsächlich ein Mascherl bekommen und diese sind nicht verwendbar für andere kulturelle Aufwendungen, sind auch nicht verwendbar für andere durchaus äußerst wichtige Projekte, die wir wohl miteinander in der nächsten Periode zu bewältigen haben. Und das ist die Problematik, vor der wir stehen.

Ich unterstreiche eines, was heute schon gesagt wurde, der Vereinsvorstand in diesem Museum wird sehr wohl gefordert sein, das Projekt prüfend zu begleiten und darauf zu achten, daß diese Mittel, die da freigemacht wurden, sinnvoll und für die Kultur nachhaltig verwendet werden. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand? Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme F (GR Dr. Wilfrid Wetzl) Wer übt Stimmenthaltung? 7 Stimmen F. Danke. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Einen Punkt noch, Herr StR.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In diesem Punkt geht es um den traditionellen Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1998.

29) Fin-267/97 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das

Finanzjahr 1998; Akontozahlungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 22. Dezember 1997 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3,233.000,-- (exkl. USt.), also insgesamt S 12,932.000,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1998 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 12,932.000,-- bei der VAS 1/8510/754000 für das Rechnungsjahr 1998 genehmigt.

Ich bitte um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz und nehme den Dringlichkeitsantrag der Frau Kollegin Michaela Frech und anderer unterstützender Mitglieder des Gemeinderates in Behandlung.

Ich darf vielleicht die Frau Kollegin Frech bitten, den Antrag vorzutragen und zu erläutern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zum einen möchte ich mich einmal bei all jenen bedanken, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Unterstützung gegeben haben, zum anderen würde ich mich freuen, wenn im Laufe der Debatte darüber eine möglichst einstimmige Zustimmung zu dieser Resolution entstehen würde.

Ich glaube, wir alle bekennen uns zu Visionen. Wir haben das sehr oft, auch in diesem Gemeinderat, bereits geäußert, und wir bekennen uns - unabhängig von Parteizugehörigkeit - dazu, daß wir das Beste für das Wohl Steyrs und seiner Bevölkerung wollen. Dazu gehört unter anderem auch, gerade wenn wir im Bereich der Betriebsansiedelung, im Bereich des Fremdenverkehrs aktiv sein wollen, um auch unsere Chancen und Möglichkeiten der Zukunft besser zu nützen, daß wir eine verbesserte Anbindung an den Zentralraum erlangen, unter anderem auch an die Schiene. Nichts anderes ist diese Resolution hier, als daß es ein gemeinsames Bekenntnis aller Steyrer Kommunalpolitiker sein sollte, daß wir uns gemeinsam für ein Herauslösen Steyrs aus der jetzigen Randlage einsetzen.

Der Dringlichkeitsantrag deshalb, weil derzeit gerade Verhandlungen zwischen dem Land OÖ. und der ÖBB über einen sogenannten Verkehrsdienstvertrag laufen, der darauf abzielt, den öffentlichen Verkehr in Zukunft zu sichern. Es ist nur so, daß in diesem jetzigen Vertragsentwurf nur eine Zementierung des Status quo vorgesehen ist. Das heißt, daß auch die nächsten 20 Jahre die Zugkilometer auf den einzelnen Strecken gleichbleiben sollen. Es ist aber nicht daran gedacht, und das wäre einer der Punkte, wo wir uns auch einsetzen sollten, einen weiteren Ausbau vorzunehmen. Derzeit sieht beispielsweise die Angelegenheit so aus, daß aufgrund der Rücknahme des Austrotaktes wir ohnedies bereits, was die Fahrplangestaltung angeht, sehr tief angelangt sind. Das kann nicht in unserem Interesse sein, daß es hier nur zu einer Stagnation kommt, sondern wir müssen uns gemeinsam für ein Attraktivierung einsetzen.

Wie gesagt, der Grundtenor dieser Resolution ist eigentlich der, daß die Steyrer Politiker die öö. Landesregierung und die ÖBB auffordern, gemeinsam alles zu unternehmen, um Steyr aus seiner verkehrspolitischen Randlage herauszulösen.

Welche Punkte das konkret sein sollen, das steht auch in der Resolution und soll nach vorheriger Absprache mit Vertretern des Steyrer Gemeinderates stattfinden.

Ich glaube, es erübrigt sich, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, die Resolution Wort für Wort vorzulesen, weil sie ihnen allen ohnedies bereits vorliegt.

Ich habe auch heute noch ein Schreiben von Herrn LR Haider erhalten, wo er sich ebenfalls für eine Verbesserung der Verbindung zwischen Steyr und der Westbahn ausspricht, und ich glaube, daß auch eine gemeinsame Resolution der Steyrer Kommunalpolitiker ihn auf Landesebene nur stützen würde und ihm auch nicht entgegenläuft. Von daher würde ich alle anderen Fraktionen ersuchen, dieser Resolution ihre Zustimmung zu geben und ein gemeinsames Bekenntnis für die Zukunft Steyrs im Bereich des Anschlusses an den Zentralraum abzugeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Kollege Bremm, dann Kollege Dr. Pfeil.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich glaube, daß es hier sicherlich inhaltlich - betreffend die verbesserte Verkehrsanschließung an den Zentralraum Linz - keinen Funken von Meinungsverschiedenheiten in diesem Raum gibt. Das ist überhaupt keine Frage. Eines muß man schon dazu sagen. Es ist das kein Thema, das heute 1 Minute vor 14.00 Uhr - Sitzungsbeginn - diese Brisanz bekommen hat, sondern viele Jahre und Jahrzehnte wird über dieses Thema diskutiert und gerade in der letzten Funktionsperiode haben wir über den OÖ. Verkehrsverbund, als der installiert wurde, uns mit diesem Thema auch in diesem Kreise auseinandergesetzt, uns unterhalten und über viele Dinge diskutiert.

Aus diesem Grunde haben wir als sozialdemokratische Fraktion die Dringlichkeit nicht unterstützt und ihren Antrag nicht mitunterschrieben.

Daß das Thema für uns auch genau dieselbe Priorität hat, ist überhaupt keine Frage. Es wird mit dieser Resolution so wie mit dem ersten Tagesordnungspunkt, den wir heute behandelt haben, sein, wenn in 14 Tagen dieser Vertrag unterschrieben wird, den wir heute diskutiert haben.

Natürlich werden wir uns bemühen müssen. Und gerade der Herr Bürgermeister hat diesbezüglich intensiven Kontakt mit den zuständigen Stellen im Land gehabt. Wir können nur hoffen, daß wir etwas erreichen. Eines ist aber schon zu bemerken. Auf der einen Seite diskutieren wir über Privatisierung, alle Einrichtungen der öffentl. Hand sollen privatisiert werden, wir sollen uns auf Kernaufgaben besinnen. Und gerade sie haben auch die Meinung vertreten und jetzt die ÖBB - die Diskussion kennen wir, bei der Post kennen wir die Diskussion -, alles zu privatisieren und betriebswirtschaftlich zu führen. Hier in diesem Bereich, in ihrer Resolution, schreiben sie, daß es auch andere Überlegungen gibt und das kann nicht rein nach betriebswirtschaftlichen Dingen geführt werden. Also das ist eine schon sehr widersprüchliche Politik, die zum Teil von ihrer Fraktion betrieben wird.

Wir werden als sozialdemokratische Fraktion natürlich dieser Resolution die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bedanke mich bei Frau Mag. Frech für die neue Initiative und für den neuen Anlauf zur verbesserten Anbindung des Wirtschaftsraumes Steyr an den oö. Zentralraum. Ich kann auch nur sagen: Willkommen an Bord, wir freuen uns, wenn wir einen Mitstreiter mit dabei haben. Wir haben in der letzten Periode sehr viel Zeit dafür aufgewendet, die Anbindung des Raumes Steyr sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße voranzutreiben.

Ich denke hier in diesem Zusammenhang an die denkwürdige Begegnung mit dem damaligen Verkehrsminister Klima, wo die Entscheidung über den viergleisigen Ausbau im Bereich St. Valentin noch nicht stattgefunden hat, wo wir durchaus noch Chancen durch eine Trassenänderung gehabt hätten, hier mit angebunden zu werden und er die Stadt Steyr nicht nur links liegengelassen hat, auch mit der Untersuchung an die HL-AG, die er beauftragt hat, den Bahnhof unter den Stadtplatz zu legen. Das zum einen. Das muß man sich einmal vorstellen, welche Berater er damals gehabt hat. Zum zweiten hat er untersuchen lassen, ob es nicht gescheiter wäre, die Westbahn an Steyr, Richtung Lambach direkt anzubinden. Ich habe gesagt, Herr Bundesminister, das ist nicht das, was die Stadt Steyr will. Wir wollen an den Wirtschaftsraum Oberösterreich, und das ist eben Linz und Wels, angebunden werden.

Auch aufgrund unserer Initiative ist dann im Land ein Verkehrskonzept mit besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsraumes Steyr in Auftrag gegeben und im Mai 1996 präsentiert worden. Es hat hier unterschiedliche Ausgangssituationen gegeben. Ich möchte sie jetzt aber nicht langweilen und ihnen das ganze, dicke Verkehrskonzept vortragen. Ich möchte ihnen nur die Zusammenfassung vortragen. Aber bevor ich das tue, möchte ich darauf hinweisen, daß ich höchste Bedenken habe, daß ein neues Gutachten von Herrn LR Haider über die Verkehrsanbindung der Stadt Steyr, selektiv zweigleisiger Ausbau, in diesem oder nächstem Jahr etwas bringt. Diesbezügliche Gutachten gibt es genug - in Hülle und Fülle. Und alle sind dafür, alle wollen es haben. Es kommen alle Gutachter zu der Meinung, daß es höchst dringlich und höchst notwendig und höchste Prioritätsstufe hat. Hier ist Handlungsbedarf. Das Problem dabei ist, daß auch im mittelfristigen Investitionsplan der ÖBB, der letztes Jahr veröffentlicht worden ist, wo im Bereich von 60 Mrd. S in die Infrastruktur investiert werden soll, hier die Region Steyr im Bereich der Schienenwege nicht eingebunden ist. Also in den nächsten 15 Jahren ist von den Bundesbahnen her - wenn nichts geschieht - nichts geschehen. Hier muß der Hebel angesetzt werden, daß es zu Verbesserungen kommt.

In dem angesprochenen Verkehrskonzept - ich spreche jetzt nur über die Bahn, alles andere lasse ich beiseite - wird die Ausgangslage analysiert. Es wird genau auf das bisherige Planungsgeschehen Rücksicht genommen. Es werden Variantenvergleiche durchgeführt. Insbesondere den damals noch in Debatte stehenden und dann nicht zum Zuge kommenden viergleisigen Ausbau der Westbahn über Steyr, aber auch - im nächsten Punkt - über Alternativen dazu. Ich habe in meinem Büro die diversesten Zusagen, die diversen Verkehrsminister und die diversen Bundesbahngeneraldirektoren, daß - ich möchte nicht so schreien.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn es sie nicht interessiert, es ist ja niemand gezwungen, daß er zuhört, aber ich glaube, daß es für die Region schon wichtig ist.

... daß man im Austausch zur Nichtanbindung der Westbahn an Steyr den selektiv zweigleisigen Ausbau in Steyr versprochen hat. Ich habe die schriftlichen Zusagen gesammelt, beginnend vom damaligen Verkehrsminister Streicher. Das steht auch im damaligen Verkehrskonzept Österreich - war eine große Leistung, hat es seither nie mehr wieder gegeben. Es hat einmalig ein „Gesamtverkehrskonzept Österreich“ (ein dicker Band) gegeben. Das war eine einmalige Geschichte - gibt es nicht mehr. Da wurde Steyr auch erwähnt und versprochen, daß da was passiert.

Zusammenfassend - ich werde sie jetzt nicht mit Details langweilen, ich möchte ihnen nur die Zusammenfassung mitteilen - wird festgestellt, daß die derzeitige Anbindung von Steyr an das hochrangige Verkehrsnetz nicht den Bedürfnissen der Stadt bzw. der Region entspricht. Die Westbahnanbindung - also die direkte Anbindung - ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gerechtfertigt. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte sind schwer umfassend zu quantifizieren. Es besteht jedoch die Vermutung, daß von einzelnen Proponenten die regionalen wirtschaftlichen

Impulse überschätzt werden. Das war jetzt die Zusammenfassung zur Beurteilung, warum es nicht zur Westbahn über Steyr gekommen ist.

Jetzt kommt der Verfasser, es war Dr. Höfler, zum Schluß: Alternativen zum direkten Westbahnanschluß. Und hier möchte ich ihnen auch nur die Zusammenfassung mitteilen. Wenn jemand interessiert ist, ich lasse gerne davon eine Kopie machen und diese austeilen. Der viergleisige Ausbau der Westbahn ist Teil der vornehmlich betriebswirtschaftlich motivierten Zukunftsstrategie der ÖBB. Eine Kapazität und ein attraktiv ausreichendes Angebot auf dieser Hauptverbindung durch Österreich ist die Voraussetzung für die Erhaltung bzw. Erhöhung des Marktanteiles der Bahn im Güter- bzw. Personenverkehr. Soweit dazu. Vorgesehen ist in weiten Bereichen ein bestandsnaher Ausbau durch Zulegung von 2 Gleisen, Kurvenbegradigungen - das betrifft alles noch die Westbahn, die zwischen Haag und Valentin ausgebaut wird. Aber im nächsten Absatz heißt es: Bei objektiver Betrachtung muß festgestellt werden, daß das Bahnangebot von und nach Steyr nicht den Bedürfnissen der Stadt Steyr und der Region entspricht und dringend verbessert werden muß. Wir haben hier eine Region von 300.000 Betroffenen, die an das überregionale nicht zeitgemäße Netz angeschlossen sind. In einem ersten Schritt sollen die direkten Züge Steyr - Linz erhöht werden. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir wissen es. Ebenfalls verbessert muß die Einbindung in den Fernverkehr werden. Nach dem viergleisigen Ausbau der Westbahn sollte ein Schnellbahnbetrieb, das ist genau das, was sie hineingeschrieben haben, Frau Mag. Frech, Steyr - Valentin - Linz eingerichtet werden usw. Ich stelle das also jedem gerne zur Verfügung.

Ich freue mich darüber, wenn es neue Anläufe gibt, nur - noch einmal - ich habe höchste Bedenken, wenn man wieder auf eine neue Studie hinweist, die in Auftrag gegeben werden soll. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Dr. Pfeil, was sie erzählen, ist Schnee von gestern und Zukunftsmusik von übermorgen. Man kann die ÖBB und das Land OÖ. für vieles kritisieren, nur wenn man sich ansieht, was die ÖBB derzeit macht und was das Land seit kurzem versucht, dann ist für die Region noch nie so viel versucht worden wie jetzt. 2 Beispiele. Die LABg. Schreiberhuber und die LABg. Fösleitner haben es geschafft, in Zusammenarbeit mit LR Haider, daß für die Region Ennstal erstmalig in OÖ. ein Nahverkehrsprojekt erarbeitet und im Mai fertiggestellt sein wird. Ich denke mir, der Zuschuß von den ÖBB und vom Bund für das Bahnhofsparkdeck ist auch kein Pappentier. Also man kann nicht sagen, die Bahn bzw. die anderen Gebietskörperschaften machen überhaupt nichts. Ich habe das schon einmal vor einem halben Jahr kritisiert, daß man mit dieser Forderung, den zweigleisigen Ausbau im Viertelstunden-Takt etc., von den wahren Problemen nur ablenkt. Natürlich wäre es gut, wenn in ein paar Jahren die Bahn viertelstündlich verkehren würde. Aber wenn sie viertelstündlich verkehrt, dann brauchen wir einen zweigleisigen Ausbau. Aber bis dort hin sind viele andere kleine Maßnahmen viel, viel wichtiger. Da geht es um Attraktivierungen, Qualitätssteigerungen und erst dann sind diese Maßnahmen, die sie angesprochen haben, wirklich notwendig. Jetzt einen zweigleisigen Ausbau zu forcieren, da lenken wir wirklich von den dringenden Problemen im Nahverkehr ab.

Ich kann ihnen vorschlagen, setzen sie sich einmal mit Herrn Dipl.-Ing. Kubasta von der Landesregierung in Verbindung, der kann ihnen sagen, was z.B. in dem Verkehrskonzept für den Zentralraum und auch für Steyr, das es ja seit dem vorigen Jahr gibt, beinhaltet ist bzw. schauen sie sich das Verkehrskonzept an, das im Mai für die Region Ennstal - Steyr vorhanden sein wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen gewünscht? 2. Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kupfer, sie verstehen, das kann man nicht im Raum stehenlassen. Heute bin ich erschüttert. Ich

war damals schon - ich dachte, das ist eine Wahlaussendung, die sie wenig oder schlecht durchdacht haben, wie die Grünen im letzten Herbst gesagt haben, sie sind gegen den selektiv 2-gleisigen Ausbau der Strecke Steyr - St. Valentin. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine andere Attraktivierung und Qualitätssteigerung, wie sie das gesagt haben, die nicht primär auf eine Beschleunigung aus ist, hier greifen kann. Man kann die Leute mit einem Luxuszug von Steyr nach Linz bringen, aber wenn das eine dementsprechende Fahrzeit, die nicht mehr akzeptiert wird, überschreitet, dann wird niemand auch im Luxuszug fahren. Also das sehe ich nicht so.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Andreas Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Genau in dem angesprochenen Verkehrskonzept ist es möglich, eben mit Hilfe eines zweigleisigen Ausbaus, der hier enthalten ist, und das ist eben vom Landesverkehrsplaner Dr. Höfler, der ist dafür zuständig und hat sich den verschiedensten Gutachter bedient, zusammenfassend dargestellt worden, und das ist auch so vom Bund und von der Bundesbahn versprochen worden. Nur jetzt zu sagen, es passiert ja viel, es ist wiederum gelungen, wir haben ein Nahverkehrsprojekt. Das ist nur eine Verschiebung von den höchst notwendigen verkehrspolitischen Maßnahmen und hier ist es dringend an der Zeit, daß diese Politiker und diese Generaldirektoren, die dafür verantwortlich sind, für die Region Steyr nicht nur Lippenbekenntnisse bzw. Untersuchungen machen, sondern hier gehört investiert bzw. der Schienenstrang nach St. Valentin - wie es versprochen wird - in einen zeitgemäßen Zustand fertiggestellt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. 2. Wortmeldung, Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich denke mir, es ist an der Zeit, wieder auf das Gemeinsame zurückzukommen, bevor wir uns zum Trennenden begeben.

Es geht, wie gesagt, in dieser Resolution nicht um Detailfragen, selektiver Ausbau, Anschluß an die Westbahn, ich glaube, da ist auch jetzt nicht der richtige Ort, darüber zu diskutieren. Das Ganze soll ein Bekenntnis von uns Steyrer Gemeindepolitikern für eine Attraktivierung des öffentl. Verkehrs, für eine Attraktivierung der Anbindung an den Zentralraum sein.

Zum Kollegen Bremm möchte ich noch ein paar Worte verlieren, nachdem er mich da direkt angesprochen hat. Genauso wie ich davon ausgehe, daß sie damals den Dringlichkeitsantrag gegen die Schließung der Trollmannkaserne zurecht als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, genauso dürfen sie bei mir davon ausgehen, daß ich einen Dringlichkeitsantrag nicht aus Jux und Tollerei einbringe, sondern weil er wirklich gerechtfertigt ist, weil ich eben - wie gesagt - bis heute Gespräche mit den Vertragsbeteiligten an diesen Verkehrsdienstevertrag geführt habe und sich eben herausgestellt hat, daß er Anfang Februar unterzeichnet werden soll.

Sie haben selbst gesagt, eine Resolution ist nur dann sinnvoll, wenn sie zu einem Zeitpunkt gefaßt wird, wenn der Beschluß noch nicht fest steht. Es steht der Beschluß noch nicht fest. Der Vertrag steht noch nicht fest. Das heißt, wir können noch etwas hineinreklamieren.

Und was die betriebswirtschaftliche Argumentation der ÖBB anbelangt, so halte ich die für absolut legitim. Nur ist es auch unsere Aufgabe als Politiker nicht nur betriebswirtschaftlich zu denken, sondern ganzheitlich auch volkswirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Und da geht es nicht nur um die „Pendler“, sondern auch um die wirtschaftliche Entwicklung der Region, um die demographische Entwicklung der Region und die muß man fernab von betriebswirtschaftlichen Überlegungen sehen. Es ist durchaus keine Kritik an die ÖBB. Ganz im Gegenteil, weil sogar jene Personen, die an diesem Vertrag seitens der ÖBB eingebunden sind, haben mir gegenüber artikuliert, daß sie natürlich betriebswirtschaftlich gebunden sind, daß sie aber sehr wohl froh darüber wären, wenn die Steyrer Politiker bzw. die Politiker der jeweiligen Regionen einfach ein Bekenntnis dazu

abgeben, daß sie sich als Politiker und nicht als Betriebswirte für eine Attraktivierung und für eine Anbindung an den Zentralraum einsetzen.

Wie gesagt, ich würde mich freuen, wenn wir uns gemeinsam zu dieser fortgeschrittenen Stunde einigen könnten, gemeinsam einfach dieses Bekenntnis abzulegen, auch noch zeitgerecht, bevor der Vertrag wirklich abgeschlossen ist und wir nicht heute nach Hause gehen: und das war die Resolution, die jetzt beim Land liegt, sondern daß wir uns wirklich in der nächsten Zeit alle gemeinsam zusammensetzen, die Vertreter der einzelnen Fraktionen, und uns überlegen, wo wir genau im Bereich dieser Anbindung an den Zentralraum hinwollen.

Daher würde ich sie bitten, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall.
Frau Mag. Frech, ich bekenne.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das freut mich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber wissen sie, ich war da deswegen nicht dafür, weil wir das schon sehr oft gemacht, viele Gespräche geführt und uns bemüht haben, nach Linz und wieder zurückgefahren und wieder nach Linz sind. Tausend Geschichten. Allerdings haben wir auch frustrierende Feststellungen treffen müssen, bei Rücknahmen von Kursen, z.B. Warten auf der Schiene. Wie uns der Herr Präsident, der bei uns im Haus war - wir haben eh nicht geruht und nicht gerastet -, aber wenn der nachweist, daß in dem Zug bei 200, ich weiß nicht wieviel, 60 Sitzplätzen, dann 27 Leute drinsitzen und daß er schwarze Zahlen schreiben und Defizite bei den Bahnen abbauen soll und gewisse Mengen zurücknehmen muß und, und, wenn man das alles x-mal erlebt hat, dann glaube ich, ist - ich weiß nicht, wie man das sagen soll! - der Glaube daran, daß das Wunder vollbracht wird, eingeschränkt. Natürlich dürfen wir nicht nachlassen, und daher werden wir dem zustimmen, weil inhaltlich sind wir an und für sich dieser Auffassung und haben das auch 100mal gesagt. Manche Dingen werden allerdings nicht so passieren.

Ich gebe auch dem Kollegen Kupfer recht. Man fährt jetzt in ungefähr 40 Minuten nach Linz am Bahnhof. Die beste Zeit sind 32 Minuten. Das gibt es auch. Mit meinem oft kritisierten Dienstauto BMW Nr. 5 fahre ich auch 40 Minuten zum Amtsgebäude der Landesregierung am Bahnhof. Also gleich weit. Es ist nicht unbedingt die langsame Beförderung, sondern die Leute nehmen's leider zum Teil nicht so an, wie wir uns das wünschen. Und das ist ein Prozeß, der seine Zeit dauert. Wir dürfen nicht nachlassen, ihn auch zu forcieren. Erfolgreich werden wir erst sein, wenn die Staus noch ärger werden. Davon bin ich überzeugt.

In diesem Sinne schreiten wir zur Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand dagegen. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben heute S 42,776.766,-- beschlossen und Darlehen im Ausmaß von S 65,700.000,-- aufzunehmen.

Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. Ich darf fragen: SPÖ? Nein. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichten wir darauf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
GAL-Fraktion?

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:
Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Auch nicht. Danke. Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Zwischenruf: „Liberale!“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Entschuldigung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Kein Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Kein Thema. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 21.23 UHR.